

Die Politische Meinung



BERLIN

Hauptstadt,
Metropole,
Zukunftsort

ZUM SCHWERPUNKT Monika Hohlmeier, Bayerische Heimat und deutsche Hauptstadt; Wolfgang Schäuble, Auch Berlin ist nicht Weimar; Pascale Hugues, Die große Provinzstadt; Ole von Beust, Großstädte ticken anders
INTERVIEW Frank Henkel über den Hauptstadtbeschluss, die Berliner CDU und die Perspektiven der Stadt

IMPULSE Nico Lange, Lehren aus drei Jahren Erfahrung mit der AfD

WÜRDIGUNG Hans-Gert Pöttering, Vierzig Jahre Europäische Volkspartei



”

Aus der Insel der Freiheit ist das freiheitliche Gesicht Deutschlands geworden.

Monika Hohlmeier

„Berlin ist nicht Deutschland!“, sagen die Ausländer.

Berlin stellt die in uns verwurzelten Klischees vom wohlhabenden, ordentlichen und langweiligen Deutschland auf den Kopf.

Pascale Hugues

Manche meinten, eine Entscheidung für Berlin würde die anderen deutschen Städte und Regionen nachhaltig schwächen und zur Verkümmern des deutschen Föderalismus führen. Verkümmern oder nachlassendes Selbstbewusstsein kann ich allerdings bis heute nicht beobachten, wenn ich an meine Treffen mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten oder den Finanzministerkolleginnen und -kollegen der Länder denke.

Wolfgang Schäuble

Der von Berlin immer wieder geforderte Komplettumzug der Regierung unterstreicht den Egozentrismus einer Hauptstadt, die neben sich nichts gelten lassen will.

Stephan Eisel

„Tempelhofer Freiheit“: Diese semantische Codierung zwischen Provinzialität und dem allergrößten Ganzen verrät etwas über die Unsicherheit des neuen Berlins, über die noch nicht bewältigten Beschädigungen und Traumatisierungen seiner Freiheit. Aber auch das kann die Stadt aushalten, zu deren Gelassenheit es ebenso gehört, dass sie den großen Zusammenstoß zwischen Protestbürgern und repräsentativer Demokratie vermeidet.

Paul Nolte

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

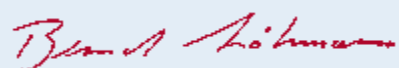
Ein Vierteljahrhundert ist es her, dass sich der Bundestag für Berlin als Sitz von Parlament und Regierung ausgesprochen hat. Die leidenschaftliche Hauptstadtdebatte des Sommers 1991 spielt heute keine Rolle mehr: Berlin steht in Deutschland nicht konkurrenzlos da, ist aber als deutsche Hauptstadt unumstritten.

Keiner hat noch Angst vor einem übermächtigen Berlin. Baudesaster wie am Flughafen Berlin-Brandenburg reizen sogar zu mancher Häme – selbst wenn Projekte wie die Hamburger „Elbphilharmonie“ nicht rühmlicher verliefen. Die fortdauernde Abhängigkeit der Hauptstadt vom Länderfinanzausgleich tut ein Übriges. Dennoch ist Berlin ungerechtfertigterweise auf „arm, aber sexy“ reduziert worden. Dieser scheinbar selbstgenügsame Ausspruch schob in Wirklichkeit die Lösung der Berliner Finanzmisere dem Bund und den anderen Ländern zu. Nie entsprach er den tatsächlichen Entwicklungspotenzialen der Metropole und negierte den Auftrag an die Berliner Politik, auch selbst Verantwortung für die Hauptstadtrolle zu übernehmen.

Wolfgang Schäuble, der mit seiner Rede am 20. Juni 1991 den Ausschlag für den „Hauptstadtbeschluss“ gab, betont, dass es damals um einen sichtbaren Impuls für Mut, Bewegung und Modernisierung ging – kurz, um einen Tribut an die Zukunft des wiedervereinigten Deutschland. Ist Berlin dabei, ein Ort zu werden, an dem sich heute bereits ereignet, was die Zukunft des gesamten Landes mit bestimmen wird?

Als geteilte Stadt hatte Berlin viel an ökonomischer Dynamik, Internationalität und urbaner Liberalität eingebüßt. Offenbar gelingt es, diesen Rückstand aufzuholen, ohne dass Berliner Politik und Verwaltungen mit dieser Entwicklung bisher Schritt halten können. Start-ups und innovative Unternehmen, die sich in beeindruckender Zahl in Berlin ansiedeln, orientieren sich wie selbstverständlich am Geschehen anderer Metropolen dieser Welt und werden von einer Unternehmergegeneration nach vorn gebracht, die Globalisierung und Digitalisierung längst für ihre „natürliche Lebensgrundlage“ hält.

Bei aller Bewegung und Erneuerung – eine tiefe Kluft zwischen „Hauptstadt und Provinz“, wie sie zu Weimarer Zeiten existierte, droht nicht. Schließlich gibt es selbstbewusste Regionen im Osten wie im Westen Deutschlands, die wirtschaftlich weit erfolgreicher dastehen und mindestens ebenso begeisterungsfähig für Neues sind. Noch muss niemand unbedingt auf Berlin – „auf diese Stadt schauen“. Erst wenn sie inspirierender und dynamischer ist als andere, wenn sie auf andere ausstrahlt und sie mitreißt, dann haben sich die Hoffnungen des „Hauptstadtbeschlusses“ vor 25 Jahren erfüllt. Aber dazu bedarf es eines politischen Willens, der die Hauptstadtfunktion Berlins und die Entwicklung seiner Potenziale als eigenen Auftrag anerkennt und ausfüllt.



1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Berlin – Hauptstadt, Metropole, Zukunftsort

14 BERLIN, MON AMOUR

Monika Hohlmeier

Bayerische Heimat und deutsche
Hauptstadt

18 AUCH BERLIN IST NICHT WEIMAR

Wolfgang Schäuble

Die politische Kultur der Bundesrepublik
ist vom Rhein an die Spree gezogen

22 OFFENHEIT UND OBSESSIONEN

Paul Nolte

Berlin – Kontinuität im Wandel

32 INTERVIEW: TANZ AUF DEM VULKAN?

Wie Paul Spies, der neue Direktor des
Stadtmuseums, die Berliner Geschichte
erzählen will

50 HAUPTSTADT AM RANDE

Stephan Eisel

Berlin fehlen die Nachbarn

55 INTERVIEW: BERLIN – LOS ANGELES – TOKIO ...

Daniel Haver, Geschäftsführer von
Native Instruments: Was den Boden
für die *creative industry* bereitet

60 BERLIN BOOMT

Maximilian Weingartner

Und kämpft dennoch mit seinen
finanziellen Defiziten

65 SITZENGEBLIEBEN?

P. Tobias Zimmermann SJ

Einladung zu einer ressourcenorientierten
Betrachtung des Berliner Schulwesens

73 GROSSSTÄDTE TICKEN ANDERS

Ole von Beust

Zu den Unterschieden zwischen Stadt
und Land

77 BERLIN GEHÖRT KEINER PARTEI

Volker Hassemer

Bürgerbeteiligung benötigt einen
veritablen Richtungswechsel

83 INTERVIEW: „BITTERE NIEDERLAGEN, STOLZE SIEGE“

Der Berliner Bürgermeister Frank Henkel
über den Hauptstadtbeschluss, die Berliner
CDU und die Perspektiven der Stadt

Erzählt

40 DIE GROSSE PROVINZSTADT

Pascale Hugues

Eindrücke aus meiner Wahlheimat

Blick auf Berlin

27 **HAMBURG – SECOND CITY?**

Andreas Michael Klein
Deutschlands „schönste Stadt“ im
Schatten Berlins

29 **DIE SCHÖNE UND DAS BIEST**

Joachim Klose
Dresden und Berlin

46 **EIN LOB DER PROVINZ**

Thomas Wolf
Perspektiven aus Südbaden

70 **SO NAH UND DOCH SO FERN**

Silke Bremer
Aus der Sicht Mecklenburg-Vorpommerns

Kommentiert

91 **POPULISTISCHE FIEBERANFÄLLE**

Michael Zöllner
Was ist los in Amerika und was geht
es uns an?

Gelesen

99 **„ICH HÄTTE ES BESSER GEMACHT“**

Horst Möller
Kurt Biedenkopf veröffentlicht seine
Tagebücher 1989 bis 1994

Impulse

95 **VORSICHT: FALLE!**

Nico Lange
Lehren aus drei Jahren Erfahrung mit
der AfD

106 **JUBILÄUM MIT DISSONANZEN**

Basil Kerski
25 Jahre Nachbarschaftsvertrag:
Reflexionen zu den deutsch-polnischen
Beziehungen

115 **NEUER AUFSTIEG**

Peter Frankenberg
Die deutsche Exzellenzinitiative für die
Universitäten setzt ihren Erfolg fort

Würdigung

110 **DIE EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI**

Hans-Gert Pöttering
Vierzig Jahre in Europas politischer Mitte

122 **DER FEINDIAGNOSTIKER**

Michael Braun
Michael Kleeberg erhält den Literatur-
preis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016

120 **NACHRUF AUF LOTHAR SPÄTH**

Günther H. Oettinger

126 **FUNDSTÜCK**



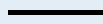
Ankommen in Berlin

Die Bildserie von Dawin Meckel / OSTKREUZ
aus dem Jahr 2013

Der Berliner Fotograf fängt mit einer ausgefeilten „Blitztechnik“
Straßenszenen in der Umgebung des Bahnhofs Zoo ein.
Baustellen, Bauzäune, U-Bahn-Gitter, Werbeflächen werden so zu
labyrinthischen Staffagen, in denen die Orientierung
Mühe bereitet.

Berlin ist weiterhin eine Metropole im Werden. Manchem Besucher
mag sie immer noch rätselhaft erscheinen. Wie viel
gemeinsame Zukunft verbirgt sich hinter den Bauzäunen der
deutschen Hauptstadt?

Berlin



Hauptstadt,
Metropole,
Zukunftsort









venir Shop

SOUVENIR SHOP SOUVENIR SH



Gedenkhall
Memorial Ha

geöffnet

Montag - Freitag	10 - 18:00 Uhr	Monday - Friday
Samstag	10 - 17:30 Uhr	Saturday
Sonntag	12 - 17:30 Uhr	Sunday





FISH
PUB

pa-Center

LIVE MUSIK
EVERY NIGHT

GUINNESS

Hier
ze



Berlin, mon amour

Bayerische Heimat und deutsche Hauptstadt

MONIKA HOHLMEIER

Geboren 1962 in München, seit 2009 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament.

Eine kleine Stadt in Deutschland, so heißt ein Roman von John le Carré, der einen selten gewählten Schauplatz hat: Bonn. Warum meine Reflexionen über Berlin ausgerechnet mit der früheren Bundeshauptstadt beginnen? Für die

Angehörigen meiner Generation, die mit der Teilung unseres Landes aufgewachsen sind, war bis 1989/90 Bonn die unangefochtene Hauptstadt, Berlin dagegen „nur“ das Symbol der Freiheit und des Selbstbestimmungswillens unseres Landes ebenso wie des gesamten freien Westens.

Mein Vater, Franz Josef Strauß, fuhr nach den kostbaren Wochenenden zu Hause nach Bonn, um seine Aufgaben in der Regierung oder als Parlamentarier wahrzunehmen. Bonn war das Zentrum der Macht, auch wenn der Bundespräsident in Berlin gewählt wurde und dort wichtige Staatsakte vorgenommen wurden – stets argwöhnisch beobachtet von den „Sowjets“ und meist hysterisch kommentiert von der DDR-Propaganda.

Für die Politiker der Generation meines Vaters war es indes immer klar, dass Bonn nur ein Provisorium sein durfte. Wenn er von der deutschen Hauptstadt Berlin sprach, waren das keine Lippenbekenntnisse. Es war ein selbstverständlicher Ausdruck seiner Sicht einer historischen Kontinuität, die sich mit der von ihm erwarteten Wiedervereinigung Deutschlands bestätigen würde. Auch Menschen, die vielleicht nicht so stark historisch-politisch dachten, sahen Berlin immer in Wartestellung für die der Metropole zugewiesene Rolle als natürliche deutsche Hauptstadt. So ist das oft verwendete Bonmot, das Autokennzeichen für Bonn, BN, bedeute in Wahrheit „Berlin-Nebensstelle“, bezeichnend für diese Gewissheit.

Je länger Bonn Hauptstadt war, je stärker die sozialdemokratische Ostpolitik vom Ziel des Wandels durch Annäherung wegdriftete und auf eine faktische Anerkennung der deutschen Teilung hinauslief und je schwächer die Hoffnung auf ein Ende der Zweistaatlichkeit wurde, desto stärker wurden die Stimmen, die forderten, Bonn den Charakter des Provisoriums zu nehmen und zu einer „richtigen“ Hauptstadt auszubauen. Mein Vater, sowohl als Parteivorsitzender der CSU als auch als Bayerischer Ministerpräsident, hat dagegen immer schwerste Bedenken erhoben und betont, dass die Entscheidung über den Sitz einer deutschen Regierung nur das deutsche Volk als Ganzes treffen könne.

Deshalb hat er auch stets die Rolle Berlins betont und seinen Teil dazu beigetragen, die Stadt durch den Aufbau von Institutionen und die Ausrichtung von Veranstaltungen an die Bundesrepublik zu binden sowie das Bewusstsein für ihren herausgehobenen Rang unter den deutschen Städten zu wahren.

WIE HÄTTE SICH MEIN VATER VERHALTEN?

Franz Josef Strauß hat die Umwälzungen des Jahres 1989 und die Wiedervereinigung des Jahres 1990 nicht mehr erlebt. Deshalb kann niemand zuverlässig sagen, wie er sich in der Hauptstadtfrage schlussendlich positioniert hätte. Wie viele andere auch habe ich die Bundestagsdebatte vom 20. Juni 1991 gebannt verfolgt, in der die epochale Rede von Wolfgang Schäuble eine Entscheidung für den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin vorbereitete. Wie hätte sich mein Vater, der überzeugte Parlamentarier und begnadete Debattenredner, an diesem Tag verhalten? Hätte auch er im Umzug der exekutiven und legislativen Institutionen an die Spree die Vollendung der Überwindung der Spaltung gesehen, sozusagen die letzte Naht an der tiefen Wunde der vierzigjährigen Spaltung? Oder hätte er angesichts der Auseinanderentwicklung der Stadt in diesen vierzig Jahren, die ihm aus zahlreichen Reisen in den Ost- wie den Westteil Berlins nur zu gut bekannt war, der Stadt gegönnt, zusammenzuwachsen, ohne den Fokus der Republik auf sich

zu ziehen, ohne die permanenten Wagenkolonnen der Staatsgäste und ohne den starken Zuzug aus anderen Regionen der Republik?

Ohne Zweifel wäre auch in Deutschland denkbar, was in den USA, in Kanada, Australien oder in der Schweiz funktioniert: Washington, Ottawa, Canberra oder Bern sind keineswegs die größten und bedeutendsten Städte ihrer Länder, und trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – bewähren sie sich als Hauptstädte. Diese Länder sind wie Deutschland föderalistisch strukturiert, und deshalb wären auch dort Hauptstädte undenkbar, die wie Paris, London oder Rom alles in sich bündeln und gleichsam die ganze Kraft des Landes an sich ziehen.

25 JAHRE PRIMUS INTER PARES

Nun haben aber 25 Jahre Berlin als Hauptstadt und siebzehn Jahre als Regierungssitz bewiesen, dass bei uns die größte Stadt zugleich Hauptstadt und Metropole sein kann. Deutschland zeichnet sich ja nicht allein durch ein starkes föderalistisches System aus, Deutschland ist auch kulturell, wirtschaftlich und emotional zutiefst regional orientiert. Nachdem Deutschland nur 100 Jahre seiner über 1.200-jährigen Geschichte in einem vereinten Staatswesen organisiert gewesen ist, haben sich viele Zentren herausgebildet: München, Hamburg, Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Stuttgart, Hannover, Dresden und Leipzig spielen wirtschaftlich, im Geistesleben, in der Forschung, in der Wissenschaft und in der Infrastruktur in einer Liga mit dem Primus inter Pares Berlin. Die bedeutendste Veranstaltung zeitgenössischer Kunst findet im kleinen Kassel statt, die obersten Gerichte tagen in Karlsruhe, Leipzig, München, Kassel und Erfurt, der größte nationale Sender hat seinen Sitz in Mainz. Spitzenforschung wird an Universitäten auch in Kleinstädten wie Göttingen, Regensburg oder Freiburg betrieben. Berlin hat sich in diesem Reigen einen eigenständigen Platz erobert, ohne durch seine Größe oder Dominanz alles zu erdrücken. Es ist heute erste Adresse im globalen Kulturleben, übt eine magische Anziehungskraft auf Start-ups aus, wird zum Kristallisationspunkt der Kreativwirtschaft und zu einem *melting pot* der Ideen.

Wenn es nach der Wiedervereinigung ein Wunder gegeben hat, dann das: Aus dem Berlin, das unser historisches Gedächtnis als Metapher des preußischen Militarismus, des nationalsozialistischen Terrors und des miefigbürokratischen DDR-Sozialismus kennt, ist ein Ort geworden, den Menschen in aller Welt mit Freiheit, Entfaltungsmöglichkeiten und Toleranz gleichsetzen. Welch ein Triumph für die Männer und Frauen, die sich im Kalten Krieg für die Sicherheit und Stärkung des Westteils von Berlin eingesetzt haben! Aus der Insel der Freiheit ist das freiheitliche Gesicht Deutschlands geworden. Berlin hätte sich ohne den Hauptstadtbeschluss vielleicht auch ähnlich, sicherlich aber nicht so schnell so positiv entwickelt.

PREUSSISCH-BERLIN?

Damit sind aber auch alle Befürchtungen, insbesondere in Bayern, obsolet, der Fokus auf Berlin werde die Entwicklung der anderen Regionen in Deutschland behindern. Das Gegenteil ist der Fall. Berlin hat sich nicht zu dem administrativen und wirtschaftlichen Moloch entwickelt, den warnende Stimmen an die Wand gemalt haben. Die Stärke und Attraktivität der Regionen, namentlich Bayerns und hier besonders des Großraums München, ist ungebrochen und wirkt stärker denn je. Berlin als freundliches Aushängeschild Deutschlands und Visitenkarte unseres Landes in der Welt strahlt auf das Image der ganzen Republik aus. Traditionelle Antagonismen und Ressentiments gegen „Preußisch-Berlin“ haben sich in dem Maße verflüchtigt, wie Berlin immer weniger preußisch und immer mehr europäisch-weltoffen wurde.

Eine andere Sorge hat sich ebenso wenig bestätigt, nämlich dass eine Stärkung Berlins durch die Hauptstadtfunction zu einer Schwächung des Föderalismus in Deutschland führen würde. Für Bayern sind der Föderalismus, die Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität nicht einfache Fragen des effektiven Regierens oder der Staatstheorie. Bayern definiert sich aus einer Staatlichkeit, die älter ist als die deutsche und die in einer langen geschichtlichen Konstante immer europäisch ausgerichtet war.

KEIN „SCHWAMM DRÜBER!“

Alle Katastrophen, die Deutschland im 20. Jahrhundert erlebte, der Erste Weltkrieg, der nationalsozialistische Terror und der Zweite Weltkrieg, gingen einher mit einer Zurückdrängung beziehungsweise Abschaffung föderalistischer Strukturen, einer feindseligen Einstellung zu den Nachbarländern und einer Betonung und Überhöhung des Zentralstaates. Das Berlin der Jahre vor 1914 beziehungsweise 1933 bis 1945 ist hierfür natürlich nur eine Metapher. Letztlich wird Politik von Menschen formuliert und exekutiert, die allerdings die Atmosphäre einer Stadt beeinflussen und von dieser beeinflusst werden. In diesem Sinne ist Berlin heute herrlich demokratisch, europäisch und kosmopolitisch.

Geht man durch die Stadt, beschleicht einen ein beunruhigend-beruhigendes Gefühl. Überall scheinen die Narben, die die beiden deutschen Diktaturen der Stadt geschlagen haben, verheilt zu sein. Die Zeichen der Spaltung, die mir aus den Besuchen in meiner Jugend in der Erinnerung noch so präsent sind, sind verschwunden. Das bedeutet aber nicht, dass man ein „Schwamm drüber!“ praktiziert hätte: Die Narben sind nur verdeckt, doch oft noch sichtbar oder greifbar. Die Harmonie der Stadt als europäische Metropole wird dadurch nicht gestört. Im Gegenteil: Berlin scheint der glückliche Ort zu sein, an dem spürbar wird, dass ein Volk aus der Geschichte lernen kann.

Auch Berlin ist nicht Weimar

Die politische Kultur der Bundesrepublik ist vom Rhein an die Spree gezogen

WOLFGANG SCHÄUBLE

Geboren 1942 in Freiburg, Mitglied im Präsidium der CDU Deutschlands, war von 1989 bis 1991 und von 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern, seit 2009 ist er Bundesminister der Finanzen. Seine Rede vor dem Deutschen Bundestag gilt als entscheidend für den „Hauptstadtbeschluss“ vor 25 Jahren.

Verdient hatte Bonn das nicht: Die Zeit, in der die Bundesrepublik Deutschland von Bonn aus regiert wurde, war eine gute Zeit für die damalige Bundesrepublik. Eine Zeit, in der sie sich nach den schrecklichen deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, dem tiefsten Fall der Deutschen in ihrer Geschichte, einen Platz im Kreis der zivilisierten Nationen zurück erarbeitete, in der Welt das Vertrauen der Partner und im Innern Stabilität, Prosperität und

eine gefestigte politische Kultur gewann. Ich war selbst achtzehn Jahre politischer Akteur in diesen Bonner Jahren der Republik, bevor die glücklichsten Entwicklungen der jüngeren deutschen Geschichte, der Fall der Mauer und die Deutsche Einheit, uns vor wichtige Entscheidungen stellten – darunter

jene Entscheidung vor nunmehr 25 Jahren, welche Stadt in Deutschland künftig Sitz von Parlament und Regierung sein sollte.

Der Deutsche Bundestag hatte im November 1949 beschlossen, dass die leitenden Bundesorgane „ihren Sitz in die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, [verlegen], sobald allgemeine, freie, gleiche, geheime und direkte Wahlen in ganz Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführt sind“. Das galt auch vierzig Jahre später, als nach 1989 eben dies möglich wurde.

KRÄFTE DES FESTHALTENS WAREN GEWALTIG

Man kann sich das heute kaum noch vorstellen, aber die Kräfte des Festhaltens an Bonn waren damals in der Tat gewaltig. Vor der Debatte im Bundestag am 20. Juni 1991, in der über die Hauptstadt-Frage abgestimmt werden sollte, schien es eine sichere Mehrheit für Bonn zu geben. Ich habe dann in meiner Rede an die Abgeordneten appelliert, die verständlichen Sorgen und Bedenken des Tages und der betroffenen Region, auch solche der persönlichen und familiären Lebensplanung, zu überwinden und weitere Perspektiven ins Auge zu fassen. Im Grunde ging es darum: Kann man sich nach einer solchen Jahrhundertfügung wie der gewonnenen Einheit und mit dem Blick auf die deutsche Geschichte seit 1945 ein Deutschland ohne einen Regierungssitz Berlin überhaupt vorstellen? Vor allem empfand ich damals, Deutschland brauche jetzt Bewegung, Mut, sichtbaren Neuanfang, ein starkes Zeichen der neuen Einheit und des Willens, diese Einheit zu leben und zu vertiefen.

Es gab nicht nur kleinliche Einwände gegen den Umzug. Es gab bedenkenswerte Argumente, ernstzunehmende Sorgen. Der Name Berlin stand auch damals nicht nur für eine Stadt. Er stand darüber hinaus für die Erinnerung daran, dass Deutschland in seinen historisch dunkelsten Zeiten von Berlin aus regiert worden war – und das, obwohl unter den Berlinern weder Nationalsozialisten noch Kommunisten und Sozialisten aus eigener Kraft Mehrheiten für die beiden deutschen Diktaturen hatten gewinnen können. Manche fragten sogar: Wann sei Deutschland von Berlin aus denn je politisch verantwortlich regiert worden? Nationalismus und Militarismus, Großmannssucht, Wilhelminismus und Untertanengeist – die Wiederkehr all dessen in Berlin schien vielen möglich. Doch der Geschichte entflieht man nicht, wenn man ihre Schauplätze meidet.

VERKÜMMERUNG DES FÖDERALISMUS?

Manche meinten, eine Entscheidung für Berlin würde die anderen deutschen Städte und Regionen nachhaltig schwächen und zur Verkümmern des

deutschen Föderalismus führen. Verkümmern oder nachlassendes Selbstbewusstsein kann ich allerdings bis heute nicht beobachten, wenn ich an meine Treffen mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten oder den Finanzministerkolleginnen und -kollegen der Länder denke. Es gab auch die Sorge, Deutschland verabschiede sich mit Berlin statt Bonn von der bundesstaatlichen Vision für Europa und entscheide sich für ein nationalstaatliches und damit gegen ein immer stärker vereinigtes und geeintes Europa. So argumentierte etwa Peter Glotz in der Debatte im Bundestag am 20. Juni 1991.

Ich denke inzwischen, dass solche Fragen und Haltungen weniger mit der Stadt zu tun haben, in der regiert wird, als mit politischen Entwicklungen und mit Problemen und Herausforderungen, die sich uns stellen, mit den großen Trends wie Globalisierung, Digitalisierung, weltweitem Wettbewerb und mit historischen Kontinuitäten, die von einem Wechsel des Regierungssitzes am Ende doch nicht ausschlaggebend berührt werden. Welches Europa wir wollen, hat mehr mit den Notwendigkeiten gemeinsamer Wettbewerbsfähigkeit und gemeinsamen Eintretens für unsere Werte in der Welt zu tun. Da wird zunehmend unabweisbar, dass Europa nicht als loser Verbund stets neu und mühsam sich zusammenraufender Nationalstaaten in der sich immer stärker globalisierenden, digitalisierenden und damit zunehmend beschleunigenden Welt des 21. Jahrhunderts wird bestehen können, sondern nur integriert, stark und einig.

Und der Vitalität des Föderalismus in Deutschland konnten schon zuvor die historischen Zäsuren nicht wirklich dauerhaft etwas anhaben. So waren 1990, nach vier Jahrzehnten sozialistischer Leugnung und Verdrängung, die Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch immer lebendig in den Köpfen und Herzen der Menschen, und sofort wurde wieder Landespolitik gemacht.

MEHR VERANTWORTUNG IN EUROPA UND DER WELT

Was sich in Deutschland seither verändert hat, politisch, sozial, kulturell, in der Mentalität des Landes, hat sich weniger durch einen neuen Regierungssitz, sondern viel stärker durch eine neu sich zusammenfindende Gesellschaft verändert. Aber, wie gesagt, jene Befürchtungen waren im Vorhinein, 1991, nicht einfach von der Hand zu weisen. Umso dankbarer dürfen wir sein, dass sie sich nicht bewahrheitet haben. Wir haben den zivilen und nachdenklichen politischen Stil der Bonner Jahre in das vereinigte Deutschland und nach Berlin als dem neuen Regierungssitz der Bundesrepublik weitergetragen und uns gleichzeitig weiterentwickelt: zu mehr Verantwortung in Europa und der Welt – als Erfüllung einer Pflicht, die mit der in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewachsenen Bedeutung Deutschlands einhergeht.

DIE „GRÜNDUNGSHAUPTSTADT“

Auf Berlin als Stadt hat sich die Entscheidung, die wir damals für sie als Regierungssitz trafen, positiv ausgewirkt. Die Stadt wurde mit dem Regierungsumzug insgesamt noch einmal interessanter, als sie es ohnehin schon war, und es kamen schnell Menschen und Strukturen hierher, die Berlin guttaten. Seit Jahren erlebt die Stadt eine dynamische Entwicklung. Nicht nur ihre Bevölkerung wächst konstant. Auch ihre Wirtschaft legt in den letzten Jahren stärker als der bundesweite Durchschnitt zu. Berlin ist nicht nur Regierungssitz, sondern auch „Gründungshauptstadt“. Die Stadt gilt als einer der spannendsten Standorte für die junge digitale Wirtschaft neben dem Silicon Valley. Und auch ganz ohne Statistik kennt jeder in Berlin das Gefühl und spürt jeder auf den Straßen die Begeisterung aus aller Welt: „Hier muss man sein!“ Für diese Entwicklung war unsere Entscheidung vom 20. Juni 1991 sicher nicht der schwächste Ausgangsimpuls.

Offenheit und Obsessionen

Berlin – Kontinuität im Wandel

PAUL NOLTE

Geboren 1963 in Geldern, Historiker, Publizist, Professor für Neuere Geschichte / Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin.

Den schönsten Blick auf Berlin hat man – bei passender Windrichtung und einem gut gewählten Fensterplatz – beim nächtlichen Anflug auf den Flughafen Tegel: Dann schwebt die Maschine in weitem Bogen von Süden

über den östlichen Stadtrand, beschreibt eine Kurve nach Westen, sodass eine ganze Weile Berlins Mitte in den Blick kommt. Gewaltig erstreckt sich die Stadt, aber doch nicht endlos wie London oder New York oder Tokio. Ihre Grenzen bleiben – in Lichterpunkten gemessen – überraschend scharf gezogen. Berlin ist Berlin, und die Siedlungsgrenze fällt schroff ab wie ein Kliff gegen die ländliche, fast leere Umgebung, statt sich in undefinierbaren Übergängen zu verlieren. Keine Insel mehr und doch viel mehr Insel als die Île-de-France, als Greater London oder die amorphe suburbane Landschaft rings

um die amerikanische Hauptstadt Washington. Das ist eines der historischen Merkmale Berlins, die sich durch alle Extreme und politischen Wechsel des 20. Jahrhunderts hinweg erhalten haben.

Die Teilung, die Einmauerung über achtundzwanzig Jahre hinweg hat diese Radikalität der Weichbildgrenze noch verstärkt, besonders da, wo noch der letzte Hektar West-Berliner Territoriums in den 1960er- und 1970er-Jahren hart an die Grenze zur DDR heran bebaut wurde und wo auf der anderen Seite bloß braches Land lag, oft in Gestalt der ehemaligen Rieselfelder. Fast genauso lange, wie sie stand, ist die Mauer nun schon gefallen, aber die kompakten Grenzen des städtischen Organismus bleiben an vielen Stellen auf Anhieb erkennbar, der Ausdehnung des „Speckgürtels“ zum Trotz, von dem schon Anfang der 1990er-Jahre die Rede war. Berlin bleibt das überraschende Ereignis im märkischen Sand, das zwischen Kiefern und Birken, Seen und Flüssen auf einmal da ist. Auch wenn man sich der Stadt nicht aus der Luft nähert, sondern auf der Schiene oder der Straße, erfährt man das hautnah, aus welcher Richtung auch immer. Die nächste Großstadt ist in jedem Fall weit entfernt. Berlin ist wieder deutsche Hauptstadt geworden und auf bemerkenswerte Weise mehr als nur politisches Zentrum des wiedervereinigten Deutschlands – und bleibt doch exzentrisch, nicht nur im geografischen Sinne.

Nach dem Mauerfall hieß es euphorisch, nun werde die Stadt bald wieder wachsen, wieder Magnet sein können wie in der Sturm-und-Drang-Periode des Kaiserreichs. Die Bevölkerung werde den alten Höchststand von 4,3 Millionen bald erreichen und womöglich übertreffen. Stattdessen hat es über zweieinhalb Jahrzehnte hinweg nur bescheidenes Wachstum gegeben, selbst unter Einschluss des Brandenburger Umlandes gerechnet. Alle kommen nach Berlin, aber nicht alle bleiben dort – die Stadt ist Durchgangsstation und Umschlagplatz wie früher. Erst in den letzten Jahren ist eine rasantere demografische Dynamik spürbar, durch neue Wellen der Migration, auch durch Flüchtlinge. Mancher Berliner erschrickt und fragt sich, wo so viele Menschen leben sollen. Sie sind, auf seltsam gespaltene Weise, zwar stolz auf Dichte, auf Urbanität, auf das steinerne Berlin, wie es der Bauboom der Gründerzeit und der Wilhelminischen Ära aus Abermillionen Ziegelsteinen in den Brennöfen des Umlandes erzeugt hat – und doch angstvoll angesichts der urbanen Überwältigung, wie es ein Bewohner Londons, New Yorks oder Tokios nie sein könnte.

BIOTOPE UND BRACHEN

Die Stadt ist voll von Bäumen, die ihr jedes Jahr, auch ohne dass man einen einzigen neuen pflanzt, gewaltige Biomasse hinzufügen, und doch ist die Sorge groß, jeder gefälltete Baum könnte der letzte gewesen sein. Jedes endlich bebaute Brachgrundstück ist Verheißung und erscheint zugleich wie eine

Attacke auf die grüne Lebensqualität der Stadt. Berlin: 3,5 Millionen Menschen auf 830 Quadratkilometern; New York: 8,4 Millionen auf 790 Quadratkilometern; jeweils ohne die Wasserflächen des Stadtgebietes. Ein Vierteljahrhundert nach der Vereinigung beider Stadthälften, nach dem Ende eines Dornröschenschlafs in weiten Gebieten nicht nur West-Berlins, sondern auch der „Hauptstadt der DDR“, staunt man immer noch täglich: Schon wieder eine Lücke verschwunden! War hier nicht der Mauerstreifen, dort ein altes Trümmergrundstück, und stand da drüben nicht einer jener flachen Behelfsbauten der Nachkriegszeit, in denen sich fast immer eine Woolworth-Filiale fand? Verschwunden und ersetzt durch ewig gleich aussehende Neubauten auf Berliner Traufhöhe. Und im nächsten Moment: noch ein Brachgrundstück, noch eine Freifläche, ein längst nicht mehr benötigtes Bahngelände, das einem vorher nie aufgefallen war. Berlin scheint solches Gelände auf geheimnisvolle Weise ebenso neu zu produzieren wie gierig zu verbrauchen.

Zoomt man sich in die Stadt hinein, gilt das Gleiche: Alles ist anders, und doch ist das meiste so geblieben, wie es war. Oder dauert die Veränderung einfach nur viel länger, als man erwartet hatte? Da, wo sie schnell gekommen ist, vor allem in der alten und neuen Mitte, im Regierungsviertel, um Friedrichstraße und Gendarmenmarkt herum, ist sie längst zur Normalität geworden. Und da geht es den Berlinern wie anderen blasierten Hauptstädtern: Gelegentlich wundern sie sich, was all die anderen Menschen hier machen und warum sie bestaunen und fotografieren, worin man sich ganz alltäglich bewegt. Im nächsten Moment staunt man selber zwischen Bahnhof Zoo und Gedächtniskirche: Tatsächlich, ein Hochhaus mit mehr als zwölf Stockwerken! Ein veränderter Straßenverlauf, eine neue Perspektive – vor Kurzem hatte es noch, Mauerfall hin oder her, genauso ausgesehen, wie man es von der pflichtgemäßen Berlin-Exkursion in den 1970er-Jahren in Erinnerung hatte. Manche Stadtbezirke sind umgekrempelt worden, ganz besonders im Osten, an erster Stelle Prenzlauer Berg, das in diesem Wandel schon zum Klischee geworden ist.

IST IN LANKWITZ DIE MAUER GEFALLEN?

Anderswo, nicht zuletzt in der Tiefe der West-Berliner Peripherien, herrscht Kontinuität, als sei nichts gewesen. Ist in Lankwitz die Mauer gefallen? Oder die subtilere und besonders Berlin-typische Form der Kontinuität im Wandel, für die Schöneberg ein gutes Beispiel ist. Ständige Veränderung: Araber statt Türken, Galerien statt Döner-Buden, Bürger statt Studenten. Und doch sind die Mischungsverhältnisse ähnlich geblieben, die Überlagerungen, die Kleinräumigkeit der sozialen Felder, die charakteristisch für Berlin ist: Nur eine Straßenecke weiter hat die Stadt ein anderes Gepräge. Boheme, Kleinbürgertum und migrantische Milieus stoßen unmittelbar aufeinander, wie einst in

der „Kreuzberger Mischung“ von Gewerbe und Wohnen. Das bleibt eine gute Versicherung gegen großflächige Ghettobildung, unter der Berlin kaum irgendwo leidet. Die Gentrifizierung wird allenthalben beklagt, aber sie hält die Stadt auch in Bewegung, und aus Berliner Perspektive drohte manchmal schon eine Luxussanierung, wenn die Toiletten vom Treppenabsatz in die Wohnung verlegt und richtige Bäder eingebaut werden sollten. Die Teilungsstarre hatte die Wohnverhältnisse in beiden Teilen Berlins, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, oftmals auf dem Niveau der Zwischenkriegszeit eingefroren.

Damit ist es nun vorbei. Im neuen Berlin sind die besonderen sozialen Schutzzonen nicht nur des Sozialismus, sondern auch der Subventionsstadt aufgebrochen. In ihren sozialen Topografien sortiert die Hauptstadt sich marktlicher, kapitalistischer, bleibt jedoch von amerikanischen oder französischen Verhältnissen, ja sogar von der Segregation westdeutscher Städte wie Hamburg oder München weit entfernt. Nicht nur das Geld, sondern auch die kulturelle Zuordnung und das Lebensgefühl spielen eine wichtige Rolle, und je nachdem orientieren sich das Bürgertum und die Besserverdienenden nach Zehlendorf oder Prenzlauer Berg, ja sogar nach Kreuzberg. Aus der prekären, im Osten sogar dramatischen ökonomischen Lage im Jahrzehnt nach der Vereinigung hat sich Berlin befreit, aber es bleibt ein eigentümlicher Zustand, dass die Hauptstadtregion das Gegenteil des prosperierenden Zentrums eines der wohlhabendsten Staaten der westlichen Welt ist, das Gegenteil also von der Stellung, die London, Paris oder Washington ökonomisch für ihre jeweilige Nation haben. Die Armut Berlins wirkt paradox: Sie lässt soziale Probleme, etwa auf dem Wohnungsmarkt, schärfer hervortreten, entschärft sie aber zugleich, denn gemessen an anderen Metropolen ist das Leben günstig geblieben. Die Nischen sind teilweise verdrängt worden oder gewandert, aber nicht verschwunden.

MIGRANTENSTADT BERLIN

So hat sich Berlin als eine offene Stadt wiedergefunden, nicht nur weil Einmauerung und Diktatur bloß noch ferne Erinnerungen sind. Die Zugezogenen scheinen überall zu dominieren. Türkei in Kreuzberg und Vietnam in Lichtenberg – das gibt es noch, aber auch Schwaben in Prenzlauer Berg und Rheinländer in Wilmersdorf. Auch darin stellt sich ein älteres Gefüge der Migrantenstadt Berlin des 19. Jahrhunderts wieder her und wird neu interpretiert: Araber, Afrikaner, Spanier, Amerikaner – quer durch die Welt und auch quer durch die sozialen Schichten. Das neue Berlin kultiviert seine Vielfalt und seine Toleranz, seine Zivilität und Offenheit. Aber das ist nicht nur soziale Utopie oder soziale Romantik, sondern unterscheidet die deutsche Hauptstadt von ihrer eigenen Vergangenheit ebenso wie von anderen globalen

Metropolen. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert ist die Kapitale der preußischen Monarchie nicht zuletzt Militärstadt gewesen. Uniformen und Waffen auf den Straßen gehörten zu ihr dazu, im Kaiserreich, in der NS-Zeit und unter alliierter Besatzung. Die Spuren davon sind in nur zwei Jahrzehnten beinahe ganz verschwunden. Auch der neue Terror hat der Stadt bisher erstaunlich wenig anhaben können. Wo sonst gibt es so wenig Angst, so lässig-zivile Polizisten, so wenig Überwachungskameras wie in Berlin? Sogar die Zugänge zu den Bahnsteigen des öffentlichen Nahverkehrs bleiben ohne Barrieren und Drehkreuze, die sich nur mit Magnetkarte öffnen ließen. Was in nahezu jeder Metropole der Welt selbstverständlich ist, ist für die Berliner unvorstellbar.

„TEMPELHOFFER FREIHEIT“

Die Kehrseite der Offenheit ist die manchmal obsessive Angst vor Übermächtigung und Veränderung. Wenn die Veränderung im Kleinen daherkommt, mag sie akzeptiert werden – aber als politisch betriebenes Projekt will man davon lieber nichts wissen, und woran auch immer sich der Geruch eines elitären Großvorhabens heftet, ist schon im Voraus gescheitert. Gleich zweimal galt das nach dem Mauerfall für die Olympiabewerbung. Beim Tempelhof-Volksentscheid von 2014 funktionierten die Reflexe des fundamentalistischen Rigorismus besonders gut: keine Kompromisse, hundert Prozent, nicht einmal eine Bibliothek am Rande der riesigen Fläche, und alles andere wird zum Frontalangriff auf die Demokratie. „Tempelhofer Freiheit“: Diese semantische Codierung zwischen Provinzialität und dem allergrößten Ganzen verrät etwas über die Unsicherheit des neuen Berlins, über die noch nicht bewältigten Beschädigungen und Traumatisierungen seiner Freiheit. Aber auch das kann die Stadt aushalten, zu deren Gelassenheit es ebenso gehört, dass sie den großen Zusammenstoß zwischen Protestbürgern und repräsentativer Demokratie vermeidet. Im Gegenteil, die politischen Kämpfe haben sich beruhigt, und Liberalität als Prinzip hat sich, in jeder Hinsicht, nicht schlecht behauptet. Auch darin ist Berlin zugleich neu geworden und alt geblieben.

Hamburg – second city?

Deutschlands „schönste Stadt“ im Schatten Berlins

ANDREAS MICHAEL KLEIN

Geboren 1972 in Freiburg, Leiter des Politischen Bildungsforums Hamburg, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Es hätte alles so schön sein können. Endlich einmal aus dem Schatten Berlins heraustreten, wo „arm, aber sexy“ zum Credo der Stadt wurde. Das wohlhabende Hamburg wäre auf einmal sexy geworden; hätte Berlin abgehängt, wäre für einen Moment zur heimlichen Hauptstadt Deutschlands geworden, zur Olympia-(Kandidaten-)Stadt, zur Metropole mit Weltrang ... Hätte, hätte – Fahrradkette!

Nichts ist aus der Olympia-Bewerbung geworden. Berlin hatte man schon abgehängt. Im nationalen Entscheid des Nationalen Olympischen Komitees setzte sich Hamburg, Deutschlands *second city*, durch. Zwar fühlen sich die Hamburger

durchaus auf Augenhöhe mit Berlin. In vielerlei Hinsicht sind sie es auch. In vielen Bereichen liegen sie gar vor der Bundeshauptstadt, beispielsweise in der Wirtschaftskraft, in der Beschäftigungsquote oder in der Zahl der internationalen Firmensitze. Nur: Eine Stadt von Weltrang, gemessen an ihrem internationalen Bekanntheitsgrad, ist Hamburg nicht.

Dies hofften Politik, Wirtschaft, Medien und zahlreiche gesellschaftliche Akteure und private Initiativen mit der Olympia-Bewerbung zu ändern. Einzig die Hamburger Bürgerinnen und Bürger trugen diesen Gedanken nicht mit. In einem Referendum entschied sich eine Mehrheit der Teilnehmenden gegen die Olympia-Bewerbung. Wieder war es nichts mit dem Weltruf. Übrig blieb nicht einmal ein Trostpreis. Hamburg bleibt auf den Kosten der

Bewerbung sitzen. Die Bundespolitik in Berlin hat die Landespolitik in Hamburg ausgebremst.

EINE NUMMER KLEINER

Der Wettbewerb um die Olympia-Bewerbung steht charakteristisch für das Verhältnis Hamburgs zu Berlin. So sehr die Hamburger den Lärm, das Chaos, die Schnoddrigkeit, die Armut Berlins geringschätzen, manchmal wäre man in Hamburg gerne wie Berlin ... so angesagt, so hip, so unbeschwert, so leidenschaftlich, so sexy. Vieles ist dann doch eine Nummer kleiner als in der Bundeshauptstadt: die Universität, die Oper, die Museen, das Nachtleben sowieso.

So hip wie Berlin wird Hamburg wohl nimmermehr. Man begnügt sich mit dem inoffiziellen Titel „schönste Stadt der Welt“. Dennoch tut sich gerade im Bereich der Neuen Medien und der Gründerszene eine ganze Menge in der Hansestadt. Google eröffnete hier sein größtes Deutschland-Büro. Facebook und XING haben in der Hansestadt ihre Deutschland-Zentrale. Die Onlinespiele-Firmen Big Point und Goodgames konkurrieren von der Elbe aus mit den internationalen Spielegiganten wie Nintendo. Seit 2012 richtet Hamburg seine Social Media Week mit stetig wachsendem Zulauf aus. Zwar war Hamburg erneut „nur“ Deutschlands *second city*, da Berlin bereits seit 2010 zur Social Media Week einlädt, aber mit 3.000 registrierten Teilnehmern nähert sich Hamburg in großen Schritten dem Berliner Vorbild an.

Auch zeigt sich Hamburg bei den Firmengründungen selbstbewusst. „Berlin

ist für Start-ups, Hamburg für Grown-ups“ (Hanna Grabbe: „Stullen statt Schampus“, in: *Zeit online*, <http://www.zeit.de/2014/24/hamburg-gruender>). Die Pleitequote bei Firmengründungen liegt in Hamburg deutlich unter der von Berlin. Um diese positiven Parameter machen die Hamburger ganz im Sinne des hanseatischen Understatements keinen großen Hehl. Es reicht, dass die Zahlen in den einschlägigen Städterankings und Standortanalysen nachzulesen sind.

AUCH HAMBURG „KANN TEUER“

Die Bewerbung um die Olympischen Spiele spiegelt das Selbstverständnis der Hamburger wider. In der internen Auseinandersetzung wurde Berlin geschlagen. Hamburg hat damit den Beweis erbracht, dass es die Olympischen Spiele in die Hansestadt hätte holen können. Das soll es aber auch gewesen sein. Im tiefsten Innern ist ein Großereignis wie die Olympiade „unhanseatisch“: zu teuer, zu pompös, zu viel Spektakel.

Teuer kann Hamburg auch: Für 789 Millionen Euro entsteht in der HafenCity mit der Elbphilharmonie das neue Wahrzeichen der Hansestadt. Nach jahrelangen Querelen und Bauverzögerungen stiegen die Kosten von den ursprünglichen siebenzig Millionen Euro um das Zehnfache. Damit ist der Entstehungsprozess der Elbphilharmonie durchaus mit dem des Berliner Großflughafens vergleichbar. Der Unterschied liegt darin, dass für das Hamburger Konzerthaus nun ein endgültiger Eröffnungstermin feststeht. Die Tickets für die Eröffnungssaison 2017 gehen ab Juni 2016 in den Verkauf.

Die Schöne und das Biest

Dresden und Berlin

JOACHIM KLOSE

Geboren 1964 in Eberswalde, Landesbeauftragter für Sachsen und Leiter des Politischen Bildungsforums Sachsen, Konrad-Adenauer-Stiftung.

In der Gemäldegalerie Alte Meister hängen vier Dresdner Stadtansichten, die der venezianische Künstler Bellotto, genannt Canaletto, um die Mitte des 18. Jahrhunderts gemalt hat. Sie sind zu Ikonen der Selbstwahrnehmung der heutigen sächsischen Landeshauptstadt geworden. Eine

der Veduten zeigt die zerstörte Kreuzkirche – im Siebenjährigen Krieg erschossen von preußischen Kanonen. Die Kugeln trafen Sachsen mitten ins Herz, denn die kriegerischen Ereignisse fügten sich ein in eine Reihe militärischer Misserfolge. Sachsen stand immer auf der falschen Seite, Preußen erwies sich immer als stärker. In der Folge mussten große Territorien an Preußen abtreten werden. Das hat sich bis heute tief ins kollektive Gedächtnis eingegraben. Ursprünglich wollte Preußen sich ganz Sachsen einverleiben,

das früher durchaus noch auf Augenhöhe gestanden hatte und seinerseits um Bedeutung und Aufstieg rang: August II. wurde 1697 König von Polen.

DAS GEFÜHL, ZURÜCKZUBLEIBEN

Die Geschichte prägt das Verhältnis von Sachsen und Berlin noch heute. Auch in Friedenszeiten betrachtet sich Sachsen als Opfer der Berliner Politik. Dass Sachsen nicht mehr an alte Zeiten anknüpfen kann, dafür steht symbolisch die Bahnverbindung zwischen beiden Städten. Vor dem Zweiten Weltkrieg benötigte man neunzig Minuten für die Strecke. Heute braucht man das Eineinhalbfache. Die Entwicklung scheint an Sachsen vorüberzuziehen, zumindest symbolisch und in der Selbstwahrnehmung. Das war schon während der DDR so und ist es – trotz des inzwischen prächtig herausgeputzten Stadtbildes – auch heute noch.

Viel könnte Berlin und Dresden verbinden. Die wiedererrichtete Frauenkirche ist ein Symbol überwundener deutscher Teilung in einem einst von Krieg zerstörten, einigen Europa – vergleichbar dem Brandenburger Tor. Doch finden die Städte nicht so richtig zueinander.

AUS BERLIN KOMMT NICHTS GUTES – DIE SACHSEN TRAGEN NICHTS BEI

Bis heute machen sich die Berliner über den sächsischen Dialekt lustig. Umgekehrt werden die „Berliner Schnauzen“

als schnoddrig und unfreundlich wahrgenommen. Während die Sachsen es lieben, sich bei einem „Tässchen Heßen“ zu unterhalten, erscheinen die Berliner als kurz angebunden, oberflächlich und kalt: Sie sind halt kulturlose Banausen aus dem Norden. Berliner stört es wiederum, dass die Sachsen so sehr von sich eingenommen sind. Dieser überzogen selbstbewusste Anspruch zeige sich schon in der Bezeichnung „Freistaat“. Von Berlin komme nichts Gutes, und die Sachsen trügen nichts bei, auf diesen Nenner ließe sich die gegenseitige Wahrnehmung bringen.

Berlin ist ein großer Schmelztiegel, aus dem anfänglich fast jeder wieder fliehen möchte. Hat man sich aber erst einmal eingerichtet und ist angekommen, schätzt man die pulsierende Stadt und kann sich bald keinen anderen Lebensort mehr vorstellen. Das nehmen besonders die jungen Leute wahr. So zieht es – sehr zum Leidwesen der Nachbarn – die gesamte Kreativszene in die Metropole. Dresden ist der glatte Gegenentwurf. Seine Kreativität basiert eher auf Kontinuität als auf Spontaneität. In Elbflorenz fühlt man sich sofort zu Hause. In sich ruhend und selbstverliebt sieht es Neuerungen skeptisch entgegen. So verbindet beide Städte mentalitätsmäßig relativ wenig. Während die Sachsen gemütlich und „langschemlig“ sind, sind die Berliner unestet und quirlig. Sachsen fühlt sich auch eher den Südländern zugehörig als den nördlichen Nachbarn. Berlin hingegen schaut über Dresden lächelnd hinweg, ignoriert sein etwas störrisches Auftreten und maßregelt die „Sächsischen Verhältnisse“, die wohl aussagen sollen, dass sie die Wirklichkeit nicht so richtig abbildeten und es mit der Ordnung nicht so genau nähmen.

PEGIDA – KEINE SPEZIFISCH DRESDNER ERSCHEINUNG

Verständnislos blickte mancher aus Berlin auf PEGIDA und hielt es zunächst für eine spezifische Dresdner Erscheinung. Inzwischen wird deutlich, dass wirtschaftliche Verlustängste und das Gefühl, gesellschaftlich abgehängt zu sein, weit mehr als lokale Phänome sind. Vielleicht ist Dresden mit seinen besonderen sozialen Spannungen prädestiniert dazu, dieser Krisenstimmung Ausdruck zu verleihen. Aber die stilsetzenden Eliten in den Start-ups der Zentren werden keine gute Zukunft gestalten, wenn sich Menschen anderswo dauerhaft von der Entwicklung ausgeschlossen fühlen.

Werden in Berlin und Dresden nicht zwei Seiten einer Medaille sichtbar? Überzeichnen die Klischees nicht, was jedes Gemeinwesen ausmacht? Einerseits die Bewahrung des Traditionellen – zu viel Bewahrung führt zur Konservierung – und andererseits die forsche Gestaltung der Gegenwart. Aus dem einen entsteht Selbstbewusstsein, das Voraussetzung ist für das Gelingen der Zukunft, aus dem anderen folgt, dass etwas geschieht. Selbstbewusstsein ohne verantwortliches Handeln wirkt arrogant und forsches Handeln ohne Rückbindung überheblich.

Dresden und Berlin gehören zusammen, denn sie profitieren voneinander. Und eines ist auch sicher: Dresden würde mit Berlin nicht tauschen wollen und Berlin nicht mit Dresden.

Tanz auf dem Vulkan?

Wie der neue Direktor des Stadtmuseums die Berliner Geschichte erzählen will

PAUL SPIES

Geboren 1960 in Amsterdam (Niederlande), seit 2009 Direktor der Amsterdam Museum Foundation, seit 2016 Direktor der Stiftung Stadtmuseum Berlin – Landesmuseum für Kultur und Geschichte Berlins. In dieser Funktion ist er einer der Gründungskuratoren des Humboldt Forums.

„Alle wollen nach Berlin. Ich auch!“, sollen Sie, Herr Spies, gesagt haben. Wieso so viel Berlinbegeisterung?

Paul Spies: Das hätte ich bis zum letzten Jahr auch nicht gedacht. Fünf Tage lang bin ich damals durch die Stadt gefahren

und habe etwas gespürt, was ich nicht richtig deuten kann. Viele Leute sagen: Berlin, das ist eine Stadt von Freiheit und Toleranz. Und das Interessante daran ist, dass Amsterdam historisch diesen Ruf besitzt und wir davon im Amsterdam-Museum erzählt haben. Aber Amsterdam kam mir plötzlich klein vor, und Berlin bietet unwahrscheinlich viel Raum – auch wegen bestimmter „Geschichten“, die nicht schön sind. Jetzt gibt es in diesem Raum eine Energie und Vitalität – eine Art Selffulfilling Prophecy: Wenn alle wegen dieser Energie kommen, kommen sie alle mit Energie, und so wird es immer mehr Energie. Die Luft ist sozusagen voll davon.



© Stadtmuseum Berlin, Foto: Sandra Weller

Wie schaut man von den Niederlanden aus auf Berlin und Deutschland? Historisch gibt es doch viele Vorbehalte ...

Paul Spies: Ich bin 56 Jahre alt und habe „Deutschlandhass“ noch sehr nah miterlebt. Meine Mutter war ursprünglich Österreicherin und hat ihr Leben lang Niederländisch mit deutschem Akzent gesprochen. Wenn es mal eine Auseinandersetzung gab, wurde sie sofort mit „SS“ oder „Gestapo“ beschimpft. Ich kenne noch lebende Personen, die auf dem Weg nach Italien nicht über Hitlers Autobahnen durch Deutschland fahren wollten. 1974, als unser Team mit Johan Cruyff das Finale der Fußballweltmeisterschaft gegen Deutschland verlor, war der Hass noch einmal sehr groß. Da hat man nur noch unschöne Witze über die Deutschen gemacht. Das alles hat sich um ungefähr

180 Grad gedreht. Heute gibt es in Holland ein Buch, das der Frage nachgeht: „Warum wir die Deutschen auf einmal lieben“. Üble Deutschenwitze würde man inzwischen total altmodisch finden.

Ungefähr 1995, fünfzig Jahre nach Kriegsende, kam der Umschwung. Die Leute fingen an zu sagen: „Vielleicht müssen wir mal aufhören, dieses Deutschland immer nur mit seiner Vergangenheit zu quälen, denn die Bundesrepublik beweist, dass sie eines der verlässlichsten demokratischen Länder überhaupt ist.“ Später starben die „deutschen Prinzen“, Claus und Bernhard, denen man nachsagte, sie hätten der Hitlerjugend angehört. Damit war das Thema vorbei. Heute geht es um Máxima, die unwahrscheinlich populär ist, deren Vater aber als Regierungsmitglied während der argentinischen Militärdiktatur unerwünscht ist.

Sie haben betont, wie gut Sie in Berlin aufgenommen worden seien. Zuletzt kam aber Kritik: Es sei „unglaublich verantwortlich“ hier. Haben sich auch negative Erwartungen bestätigt?

Paul Spies: Ja! Ich wusste, dass vor allem Behörden total hierarchisch gegliedert sind. Ich finde aber, wenn eine Stadt offen und tolerant ist, dann gehört ein anderer Arbeitsstil dazu. Den gibt es wahrscheinlich in jüngeren Betrieben, auch in manchen Organisationen. Man spricht von „agile management“. Das heißt, es gibt eine Gliederung und Struktur, vor allem aber werden Aufgaben als Mandate vergeben. Von dem Moment an liegt die Verantwortung bei den jeweiligen Mitarbeitern, und es heißt: „See you at the opening!“, ohne dass in der Zwischenzeit immer wieder von oben kontrolliert wird.

In der Verwaltung ist es offensichtlich noch nicht so weit. Für das Märkische Museum und das benachbarte Marinehaus sind 65 Millionen Euro bewilligt, und der Bedarfsplan liegt vor. Aber wenn ich sage: „Also fangen wir nächstes Jahr an“, ist die Antwort: „Wieso nächstes Jahr? Nein, frühestens 2019!“ Bei der Bauvorbereitung geht es von Behörde zu Behörde, und alle prüfen drei Monate! Am Tag, als ich das erfuhr, wurde ich interviewt. Und wirklich, da fühlte ich mich bestätigt: Es ist hier alles sehr verantwortlich!

Haben Sie trotz aller Verwaltungshürden bereits ein Grundgefühl für das Verhältnis der Berlinerinnen und Berliner zu ihrer Stadt und Geschichte entwickeln können?

Paul Spies: Das ist nicht so leicht. Berlin ist eine enorm heterogene Stadt, in der die

Menschen unter sehr unterschiedlichen Bedingungen leben. Das fängt damit an, dass „Ost“ und „West“ immer noch eine große Rolle spielen und sich etwa die Gehälter weiterhin danach bestimmen – was mir 25 Jahre nach der Wiedervereinigung der Stadt völlig unverständlich erscheint. Ich habe Osttarif, und mein Kollege in der Berlinischen Galerie im ehemaligen West-Berlin bekommt Westtarif. Auf dem Weg vom Flughafen Schönefeld spreche ich oft mit Taxifahrern aus dem „Osten“, und dann geht es auch immer um die DDR-Zeit. Da spürt man, wie kritisch ihre Sicht auf die heutige Situation ist. Ob es berechtigte Gründe dafür gibt, kann ich nicht beurteilen, aber es besteht das Gefühl, nicht genügend einbezogen zu sein, zu wenig Zugang zu haben. Der Eindruck ist: Alles um mich herum bewegt sich, aber nicht für mich.

Selbst wer bestimmt kein „DDR-Freund“ ist, fragt sich, wie eine solche ganze Gruppe entstehen kann. Im Stadtmuseum Berlin spüre ich es auch: West spricht über Ost, anstatt dass man Ost fragt: Wie war es denn eigentlich?

Welche Bedeutung hat die Geschichte für die Berliner?

Paul Spies: Geschichte ist in Berlin allgegenwärtig – das habe ich noch nirgendwo in der Welt so verspürt. In einer mexikanischen Ruinenstadt bekommt man einen Eindruck von Geschichte. Aber das ist etwas anderes. In Berlin wird man am Morgen quasi von der Geschichte „geweckt“. Man lebt damit, dass überall so viele unterschiedliche, so schwere Geschichten anwesend sind – geht etwas essen und trinken, geht schlafen, ohne ständig über Geschichte nachzudenken.

Trotzdem wird man dauernd mit ihr konfrontiert: Auf einmal wird ein Bauvorhaben gestoppt, weil wieder etwas gefunden wurde – eine Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg oder etwas Archäologisches aus dem Mittelalter. Dann hört für einen Moment lang alles auf – aufgrund der Geschichte!

Glauben Sie, dass Sie als Nicht-Deutscher einen unbefangeneren Umgang mit der belasteten Geschichte Berlins haben?

Paul Spies: Einen unbefangeneren Umgang vielleicht nicht, aber bestimmt einen anderen. Um ein Beispiel zu geben: Man hat versucht, mich vom geplanten Einheitsdenkmal, der sogenannten Wippe auf der Schlossfreiheit, zu überzeugen. Als Skulptur und an einem anderen Ort – etwa am Checkpoint Charlie oder am Bahnhof Friedrichstraße, wo es um die Teilung und den Mauerfall geht – würde ich es gar nicht schlecht finden, aber am Humboldt Forum, wo wir die ganze Welt zum Mitmachen einladen wollen, da erscheint mir die Aussage missverständlich. Also habe ich gesagt: Hören Sie mal, ich bin aus Holland. Wenn das deutsche Volk, in welcher Wortkombination auch immer, sagt: „Wir sind ein Volk“, dann kann ich das nicht unterstützen. Denn das passt nicht zum Humboldt Forum. Die Aussage mag für Deutsche sehr verständlich sein. Aber ausländische Gäste werden erschreckt fragen: Hat das nicht etwas mit Nationalismus zu tun? Ist das vielleicht sogar ein Pegida-Denkmal? Das heißt, von außen kommend ist man auch von der Geschichte belastet, aber anders belastet. Deshalb ist es so wichtig, wie und an welchen Orten man Geschichte

erzählt. Wird etwas falsch erzählt, kann es sehr schnell eine peinliche Angelegenheit werden.

Heute ist die „Wippe“ im Bundestag „gekippt“ worden. Es wird sie so und am vorgesehenen Ort nicht geben.

Paul Spies: Macht ja nichts! Ich fand sie da wirklich nicht an der rechten Stelle.

Das Märkische Museum, das Stammhaus Ihrer Stiftung, geht auf eine Bürgerinitiative zurück. Was waren damals, was sind heute die Motive, die Geschichte der eigenen Stadt museal zu präsentieren?

Paul Spies: Sehr viel hat sich am Grundgedanken nicht geändert. Es geht weiterhin um Bürgerschaft – nur dass das Stadtmuseum heute kein Institut ausschließlich reicher, hoch gebildeter Bürger mehr ist. Wenn man es richtig macht, nehmen heute alle Anteil daran. Je mehr mitmachen, desto besser. Ausgehend von diesem Partizipationsgedanken heißt das, dass man die Leute mitdenken lässt, dass man Fragen an sie stellt und sie Fragen stellen. Geschichte lehrt das Nachdenken über Gesellschaft. So erzählt ein gutes Stadtmuseum Geschichte nicht, um Nostalgie zu betreiben. Sondern es geht darum, die Geschichte als Spiegel der Gegenwart zu nutzen und durch sie vielleicht sogar einen Blick in die Zukunft zu wagen. So haben wir es in Amsterdam versucht, und so werden wir es auch in Berlin versuchen.

Kürzlich haben wir eine Ausstellung über Berlin in den 1920er-Jahren gemacht: „Tanz auf dem Vulkan“ hieß sie. Eine Frage an die Besucher hätte sein können: Glauben Sie, dass jetzt wieder eine



„Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses“: Im Bau befindliche Westfassade; in den unteren Geschossen wird das Ziegelmauerwerk den Betonwänden vorgeblendet und die Bauplastik aus Naturstein angebracht (oben). Ostfassade zur Spree hin (unten). Im fertiggestellten Gebäude wird das Humboldt Forum untergebracht.
© Kitty Kleist-Heinrich / Der Tagesspiegel

Zeit ist, in der wir auf einem Vulkan tanzen? Glauben Sie, dass eine Gesellschaft wieder „kippen“ könnte?

Welche Rolle spielt die Selbstvergewisserung?

Paul Spies: Sie meinen die Identitätsfrage! Ich habe nichts dagegen, wenn Menschen sagen: Ich bin so und so und meine Wurzeln sind so und so. Das ist in Ordnung, weil es um eine persönliche Identität geht. Gefährlich wird es aber, wenn man sagt: Wir als Volk sind so und so. Das geht nicht mehr, weil die Gesellschaft total heterogen ist und sie immer vielfältiger wird. Man kann nicht mehr von einer „Monokultur“ reden. Berlin allein hat Tausende Identitäten. Zwar gibt es schöne Gelegenheiten, wie etwa bei Fußballweltmeisterschaften, einmal bestimmte Dinge gemeinsam zu tun. Aber alles ist im Übrigen total unnationalistisch – bis zu dem Moment, wo das holländische Fußballteam spielt und alle sich orange kleiden.

Man könnte auch der Meinung sein, dass die Entwicklung in eine andere Richtung geht. Von Rekulturalisierung ist die Rede, für die es ja auch in Europa Anzeichen gibt: Schottland, Katalonien ...

Paul Spies: Aber warum passiert das? Weil die Welt manchen Leuten zu groß wird und die Einflüsse, die man spürt, als so chaotisch empfunden werden, dass sie manche unangenehm berühren. Genau vor diesem Hintergrund ist Geschichte wichtig: Fragt man nämlich etwa in einem Bezirk von Amsterdam, wie es früher war, dann kommen die allerschönsten Geschichten – vor allem vom wunderbaren Zusam-

menhalt damals. Bohrt man aber weiter, dann kommt heraus: Wir waren arm, haben gefroren, hatten Hunger, es gab oft Streit und der Vater war aggressiv und so weiter. Vorbei ist es mit der Nostalgie!

Da gibt es so etwas wie einen Pawlow'schen Reflex, dass Menschen über alles, was auf sie zukommt, erst einmal denken: Wo bin ich und wo bleibt das Meine? Was wird aus meinen Sicherheiten gegen Armut, Hunger und Aggressivität? Wenn man aber die richtigen Verbindungslinien offenlegt, wird deutlich, dass es andere Gründe waren, die dazu geführt haben, dass wir arm und hungrig waren und unter Aggressionen zu leiden hatten.

Welche Berechtigung hat das Wort Heimat für Sie?

Paul Spies: Den Begriff Heimat kennen wir in Holland so nicht. „Heemkunde“ ist eine Art Denkmalschutz. Heimat ist ein nostalgischer Begriff, der bestehen darf, weil Nostalgie nichts Verbotenes ist. Schöne alte Schwarz-Weiß-Fotos anzusehen, darf einen berühren. Man kann auch mal ins Schwärmen geraten. Es hilft vielleicht, auf die Fernsehserie „Heimat“ zu verweisen. Da haben wir Holländer verstanden, dass „Heimat“ ein typisch deutscher Begriff ist, der etwas über Wurzeln, Zuhause und das Miteinander aussagt. Gemeint ist er als ein „warmes Bad“, aber wenn man die Serie weiterverfolgt, gibt es auch immer wieder Ärger und Streit und Gewalt. Heimat ist auch keine Garantie für Glück.

Welchen Stellenwert haben die Interessen ausländischer Gäste bei Ihren Überlegungen? Geht es darum, Gemeinsamkeiten aufzuzeigen oder das

Spezifische an Berlin herauszustreichen?

Paul Spies: Das ist eine sehr gute Frage. Selbst wenn sich das nicht scharf voneinander trennen lässt, neige ich dazu, zu sagen, dass das typisch Berlinerische eher im Märkischen Museum stattfinden wird und die internationalisierte Kultur mehr im Humboldt Forum, wo die „Welt“ mit der ethnologischen und asiatischen Kunst ohnehin schon anwesend sein wird. Es ist nur logisch, die Brücke zwischen Stadt und Welt zu schlagen.

Im Märkischen Museum ist es vielleicht richtig, dieses Verlangen nach Identität und Eigenheit, über das wir eben gesprochen haben, aufzugreifen und zu thematisieren – nur bitte nicht so, dass ein Besucher aus Neukölln oder eine Flüchtlingsgruppe sich nicht wohlfühlen kann, weil sie nicht beteiligt sind. Jeder muss sich willkommen fühlen.

Das Stadtmuseum bekommt im ersten Stock des Humboldt Forums 4.500 Quadratmeter Ausstellungsfläche. Können Sie bereits etwas genauer skizzieren, worum es dort gehen soll?

Paul Spies: Es geht um das Verhältnis der Welt zur Stadt und umgekehrt, also um Internationalismus. Große Städte werden überall auf der Welt wichtiger und wachsen – und das ist, vor allem im Westen, nicht wegen der Geburtenrate vor Ort der Fall, sondern wegen der Migration. Insofern werden Migranten bestimmen, wie die nächste Generation von Stadt aussehen wird. Es ist aufschlussreich, dass es diesen Internationalismus immer gegeben hat: in Berlin Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Da gab es einen

Boom, und Menschen kamen von überallher. In der Weimarer Republik war man begeistert von diesem Internationalismus: Nicht New York, sondern Berlin zog die Menschen an. Jetzt ist Berlin wieder so international, wie es nur irgend denkbar ist, und es wird noch internationaler werden. Man sollte sich bewusst sein, dass man dabei selbst eine Rolle spielt: Was machen wir in der Stadt? Und fraglich hat das auch einen Effekt. Es gehört zu der Berliner Geschichte, dass die ganze Welt hat mitmachen müssen, was in Berlin losgetreten wurde: im Zweiten Weltkrieg, vielleicht schon im Ersten Weltkrieg. Im Kalten Krieg stand Berlin im Zentrum des Konflikts, der Mauerfall hatte weltweite Auswirkungen. Jetzt ist es ziemlich ruhig, aber die Leute kommen nun alle hierher und bringen eine neue Form von Internationalismus hierher: *creative industry*. Ich finde das interessant und möchte darauf unseren Fokus richten: Was waren die Aspekte des Internationalismus dieser Stadt? Was ist davon noch zu sehen, und was wirkt fort?

Wie ließe sich die Internationalität Berlins anhand von Objekten darstellen?

Paul Spies: Beispielsweise könnte man den Einfluss auf Hollywood zeigen. Ursprünglich war die Weltfilmproduktion fünfzig Prozent Hollywood, fünfzig Prozent Babelsberg. Bevor die Nazis Regisseure und Schauspieler vertrieben, war die Welt von Hollywood aus gesehen berlinisch.

Letztlich geht es um die Verbindung der Stadt und ihrer Bürger mit der Welt und um das Bewusstsein, dass jeder Bürger, so „klein“ er auch sein mag, etwas mitbestimmt und mitverantwortet. Insofern

verstehe ich die Museumsarbeit am Humboldt Forum als eine demokratische Institution. Sie versucht, klarzumachen, dass – wie Alexander von Humboldt es in seinem Werk „Kosmos“ beschrieben hat – alles, was ich mache, Auswirkungen hat und eine Kettenreaktion auslöst: Die Welt ist rund, und alles, was ich tue, kommt in meinem Rücken wieder zu mir zurück.

Weil die Zusammenhänge in der Globalisierung immer unüberschaubarer werden und man sich wie ein sehr unbedeutender Bestandteil vorkommt, gewinnt man den Eindruck, nichts selbst zu bestimmen. Aber das ist eben nicht wahr. Und da ist die Geschichte der Stadt ein Passepartout, das davon erzählt, dass Bürgerschaft, eine städtische Gemeinschaft in der Welt etwas ausrichten kann.

Das ähnelt dem Konzept von Neil MacGregor, das Sie als „toll“ bezeichnet haben. In der letzten Pressekonferenz kam das wohl nicht so gut rüber?

Paul Spies: Unabhängig voneinander sind wir auf den gleichen Gedanken gekommen, und wir haben beide gedacht, warum gibt es das noch nicht. Aber Sie haben recht mit der Pressekonferenz, die eigentlich einem anderen Zweck galt. Die war vage, das war zu früh. Ich habe gedacht: Mein Gott, jetzt muss MacGregor wieder vor! Weil er doch hinter den Kulissen versucht, alle locker zu machen, und also noch nichts sagen sollte. Er hat viele gute Ideen, aber wenn er sie jetzt öffentlich macht, sind sie alle kompromittiert. „Sie haben aber mit uns nicht darüber gesprochen!“, wäre die Reaktion. Also braucht er Zeit, dann hat er auch die Sympathie und Unterstützung seiner Kollegen. Dann sollte man an die Öffentlichkeit

gehen – und zwar zusammen. Die Vorstellung kann doch nicht sein: MacGregor kommt und bestimmt, was geschieht. So kann es nicht funktionieren. Er muss mit jedem Kurator reden: Was hältst du davon? Wie schaffen wir das?

Ich verteidige ihn nicht nur, weil ich an ihn glaube, sondern weil ich in einer ähnlichen Situation bin und Ideen, die andere betreffen, auch mit ihnen besprechen muss, bevor sie öffentlich werden. Als Erstes geht es jetzt um eine gemeinsame Botschaft, die verständlich macht, was der Nutzen, die Relevanz und die Strategie sein sollen. Und erst dann um die Frage, wie man das konkret mit Inhalten füllen kann.

Es wäre schön, wenn das Humboldt Forum eigentlich kein Museum wäre, sondern ein Forum im alten Sinne, wo die Leute nicht nur aus intellektuellen Gründen hinkommen, wo es angenehm ist, zu verweilen, und wo man manchmal hineingeht, um etwas Interessantes zu erfahren. Das kann Musik, Kunst, Film oder etwas anderes sein, aber es muss ein Ort sein, der eine Botschaft „atmet“, die mit Freiheit, Humanität und Weltbürgertum zu tun hat: Wir wohnen jetzt hier, bleiben oder gehen demnächst wieder woanders hin. Aber was wir tun, bestimmt das Ganze und verbindet uns. Das ist ein aktivierender Gedanke: Man muss nicht schwermütig sein, sondern ich habe hier etwas mitbestimmt. Und dabei auch ein bisschen mehr Verständnis dafür, wie wirklich wichtig es ist, dass man die Ideen darüber miteinander teilt und sich nicht immer aufregt oder politisiert – intermenschlich sozusagen, „human“. Humanität, das wäre eigentlich ein Kernbegriff für Home-World.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann
am 13. April 2016.*

Die große Provinzstadt

Eindrücke aus meiner Wahlheimat

PASCALE HUGUES

Geboren 1959 in Straßburg (Frankreich), Journalistin und Schriftstellerin, berichtet für das Wochenmagazin „Le Point“ aus Deutschland. Außerdem verfasst sie vierzehntäglich für die Berliner Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ die Kolumne „Mon Berlin“.

Man muss Berlin nur für einige Zeit verlassen, um seinem Charme von Neuem zu verfallen. Vor Kurzem kam ich von einer zweiwöchigen Reise in eine Kleinstadt des

Mittleren Westens der USA nach Hause. Mein Kopf war mit Jetlag wattiert, deshalb entschloss ich mich, die Zeit bis zum Schlafengehen mit einem Spaziergang in Mitte zu überbrücken. Es war einer der ersten lauen Abende, die den Sommer ankündigen. Straßencafés und Parks waren überfüllt, die Fenster standen weit offen, die Neu-Berliner schlenderten durch die Straßen. Und wie jedes Mal nach der Rückkehr ließ ich mich vom milden Lebensgefühl in dieser merkwürdigen deutschen Hauptstadt anstecken.

Berlin ist eine *slow city*. Das Leben rauscht hier nicht so schnell vorbei wie woanders. Wenn man durch die Stadt bummelt, mag man kaum glauben, dass man sich in der pulsierenden und selbstbewussten Hauptstadt der wichtigsten europäischen Wirtschaftsmacht befindet. Berlin ist unendlich viel entspannter als Paris, New York oder London. Niemals hat man hier das Gefühl, zu ersticken, niemals fühlt man sich so beengt, so furchtbar erschöpft nach einem langen Tag voll Lärm, Verkehr, Gedränge, Stress, schlechter Laune, Umweltverschmutzung, Sehnsucht nach Grün. In Berlin komme ich wieder zu Kräften. Für mich besteht ein Zusammenhang zwischen dieser Ruhe und der Breite der Bürgersteige: In Paris ist ein Trottoir ein Flaschenhals. Man rempelt sich an, man tritt den Passanten vor einem auf die Hacken. In Berlin sind die Fußwege breit und leer. Man kann im eigenen Rhythmus flanieren, man kann sich Zeit nehmen, zwei Kinderwagen haben nebeneinander Platz. „Anders als New York, das ich wirklich liebe, das mich aber ständig erschöpft, lässt Berlin einen in Ruhe und gibt einem sogar Energie“, sagt der Regisseur Wim Wenders, der in der Torstraße wohnt, der großen Lebensader von Mitte. Auch mich hält diese besondere Atmosphäre in der Stadt. In welcher Weltstadt kann man mit dem Rad fahren, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen? Wo kann man ohne allzu große Probleme einen Parkplatz finden? Oder unter den Fenstern des Regierungschefs picknicken? An Sommerabenden treibt der Qualm von gegrilltem Fleisch in fetten Schwaden über den Tiergarten bis zum Kanzleramt. Wo kann man in einem idyllischen See baden, gerade zehn Minuten von zu Hause entfernt? Sich im Park nackt auf eine Wiese

legen? Mit Bestürzung denke ich daran, was passieren würde, wenn jemand in einem Londoner Park seinen Slip ausziehen würde. Im Handumdrehen würde eine Verhaftung wegen Verstoßes gegen die guten Sitten folgen! In jedem Frühjahr gibt es in den Berliner Tageszeitungen Beilagen: Fahrradtouren, Seen, Wanderwege. Diese Freiheit, nur ein paar Pedalumdrrehungen bis ins Grüne zu brauchen! Die Pariser zahlen einen hohen Preis für ihre Landpartien. Zwei Stunden Stau am Sonntagabend inmitten der Wohnklötze der endlosen Vorstädte.

ZEITREISE IN DIE VERGANGENHEIT

Berlin ist ein Chamäleon. Nach ein paar Tagen Abwesenheit ist das vertraute Dekor kaum wiederzuerkennen. Das Schloss ist um eine Etage gewachsen! Das Gebäude war vor einem Monat noch gar nicht da! Man könnte das Berlin, wie ich es wenige Wochen vor dem Fall der Mauer kennengelernt habe, nicht über das von heute legen ... die Umrisse haben sich verändert. Das ist nicht mehr dieselbe Stadt. Als ich im September 1989 zum ersten Mal Berliner Boden betrat, entdeckte ich eine janusköpfige Stadt. Der provinzielle, ruhige Westen, ein von Seen und Wäldern umringtes Biotop. Ein Zufluchtsort für die Kriegsdienstverweigerer, denen der Viermächte-Status der Stadt den Militärdienst ersparte, und für junge Leute, die sich von den einschnürenden Konventionen ihrer westdeutschen Kleinstädte befreien wollten. Eine Stadt der Kriegerwitwen mit blasslila Dauerwellen, die im Café Kranzler am Kurfürstendamm bei

Kaffee und Kuchen sitzen, eine Stadt der Punks mit knallrot gefärbten Haaren, die im Schatten der Mauer in Wohnwagen lebten. Ostberlin dagegen war für uns Westeuropäer bis 1989 Terra incognita. Es war das Ziel von Tagesausflügen. Und man war froh, dass man abends nicht da bleiben musste. Ein paar knatternde Trabants, quietschende Straßenbahnen, der Geruch nach Koks und nachts schlecht beleuchtete Straßen. Die Läden waren fast leer, das Obst hatte einen Graustich, die Frauen trugen ausgebleichte blonde Dauerwellen und die Männer ausgewaschene Jeansjacken. Auf den verfallenen Fassaden sah man noch die Einschusslöcher vom Frühling 1945, als die Hauptstadt des Dritten Reichs belagert wurde. Eine wie in Formalin konservierte Stadt. Ich hatte das irritierende Gefühl, mit einer Zeitmaschine in die Vergangenheit zu reisen.

Wie oft suche ich auch heute noch vergeblich ein bestimmtes Haus: abgerissen oder bis zur Unkenntlichkeit renoviert; eine Straße: mit einem neuen Verlauf versehen; eine Kunstgalerie: umgezogen. Berlin ist eine gigantische Baustelle voll von Kränen und Gerüsten, Presslufthämmern und Betonmischern ... überall wird renoviert, abgerissen, aufgebaut, umgewandelt, ausgebessert. Am Sonntag durchstreift man die Stadt mit dem Fahrrad, um die neuen Landschaften zu inspizieren und die Entwicklung der Baustellen zu überwachen.

Paris, London, Rom haben sich kaum verändert. Es sind fertige Städte, sie sind fest in ihrer intakten Vergangenheit verankert, die Jahrhunderte defilieren harmonisch an den Passanten vorbei. Berlin dagegen häutet sich ununterbrochen. Man genießt den Schwebezustand, denn man ist sich seiner Vergänglichkeit be-

wusst. In Berlin finden sich noch Unmengen dieser sagenhaften und dem Verschwinden geweihten Orte. Wenn ich so durch die Straßen wandere, weht mich häufig eine leichte Melancholie an. Ja – der flüchtige Zustand Anfang der 1990er-Jahre ist für immer vorbei. Alles ist wieder an seinem Platz. Ich erinnere mich an das Hotel Esplanade, einen Solitär mitten in der Brache des Potsdamer Platzes. Man fühlte sich wie in einem verzauberten Land: Nach einer Nacht im holzgetäfelten Kaisersaal fand man sich im Morgengrauen mitten im Unkraut wieder! Der Kaisersaal wurde in den neuen Wolkenkratzer des Sony Center integriert. Ein steriler Ort, in den ich nie einen Fuß setze. Auf dem Leipziger Platz wurde vor Kurzem ein monumentales Einkaufszentrum eröffnet. Noch ein Geschäftszentrum mit den immer gleichen Boutiquen und dem immer gleichen Aussehen! Und noch mehr Bürohäuser! In dieser Stadt sprießen sie aus dem Boden wie Champignons nach dem Herbstregen.

SURREALISTISCHES ZUSAMMENLEBEN

Es ist wahr, wir Berliner haben ein wenig Angst um unsere Stadt. Gentrifizierung – das Schreckenswort ist in aller Munde. In meinem Stadtviertel sehe ich häufig Scouts, die im Auftrag von Unternehmern nach Baulücken suchen, um sie zu bebauen, nach Gebäuden aus den 1950er-Jahren, um sie abzureißen. In Kreuzberg gehen die Mieten durch die Decke. Achtzig Prozent der Einwohner von Prenzlauer Berg sind Neuankömmlinge, die meisten von ihnen Schwaben aus Stuttgart oder

Ulm. Sie müssen sich gegen den Vorwurf verteidigen, mit ihren Bioläden und bilingualen Kindergärten die Gegend zu entstellen. Und die Preise in die Höhe zu treiben. Surrealistisches Zusammenleben: Townhouses mit minimalistischen Fassaden grenzen an Plattenbauten, die ost-deutschen Sozialwohnungen mit ihren Tüllgardinen und ihren Geranienkästen an den Fenstern. Die Immobilienpreise haben die astronomischen Höhen von Paris, London, Zürich oder sogar München zwar noch lange nicht erreicht, aber das Spekulationsfieber grassiert auch hier.

Und so mache ich mir seit einiger Zeit Sorgen. Immer wieder einmal fürchte ich, dass Berlin sich von den Gleichmachern zähmen lassen könnte, dass es eine angesagte Metropole wie so viele andere werden könnte, mit seinen Concept Stores, seinen Townhouses, seinen die ganze Nacht vibrierenden Clubs ... und seiner Freiflächen im Herzen der Stadt beraubt.

FASZINIERENDES PARADOX

Aber – da hat man nicht mit der Widerstandskraft der Berliner gerechnet. Vor zwei Jahren haben sie der Immobilienspekulation ein donnerndes „Nein“ entgegengesetzt. Ein Volksentscheid hat das Bebauungsvorhaben für das Gelände des von Hitler in den 1930er-Jahren erbauten und heute stillgelegten Flughafens Tempelhof gestoppt. Das Tempelhofer Feld ist größer als der Central Park und zugleich das größte Niemandsland in einer europäischen Stadt. Eine Steppe, so weit das Auge reicht. Ein magischer Ort. Die Berliner haben sich nicht lange bitten lassen, sich den Ort anzueignen. Wenn ich auf

der ehemaligen Landebahn jogge, sehe ich Hundebesitzer, umschlungene Liebespaare im hohen Gras, einen Saxophonspieler, Nudisten und Yogis, türkische und arabische Familien, die hier Fleisch grillen. Im Gemeinschaftsgarten am Rand des Rollfelds steht zwischen zwei Gemüse-kisten ein Sessel aus Holz, nach Westen gedreht. Hier setze ich mich gern hin, um den Sonnenuntergang zu betrachten. Und jedes Mal sage ich mir gerührt: Ja, wegen genau solcher Orte liebe ich diese Stadt.

„Berlin ist nicht Deutschland!“, sagen die Ausländer. Berlin stellt die in uns verwurzelten Klischees vom wohlhabenden, ordentlichen und langweiligen Deutschland auf den Kopf. Es ist all das, was Deutschland nicht ist: phantasievoll, ein bisschen kaputt ... arm, aber sexy! Die Formulierung seines früheren Bürgermeisters Klaus Wowereit passt wie ein Handschuh. Nein, Berlin wird seine Seele nicht so schnell verlieren. Ungeachtet all der Hipster-Bärte, Lederjacken und Tattoos bleibt das angesagte Berlin – und genau dieses Paradox macht es so faszinierend – eine große Provinzstadt.

*Übersetzung aus dem Französischen:
Elisabeth Thielicke, Frankfurt am Main*





Ein Lob der Provinz

Perspektiven aus Südbaden

THOMAS WOLF

Geboren 1961 in Geldern, Leiter des Regionalbüros Südbaden des Politischen Bildungsforums Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Mit dem Auto kann man die rund 800 Kilometer lange Strecke von Freiburg nach Berlin – einmal diagonal durch die Republik – bestenfalls in gut siebeneinhalb Stunden schaffen. Die gefühlte Distanz zwischen Südbaden im südwestlichen Zipfel des Landes und Berlin ist eher noch größer, als es der Blick auf die Landkarte vermuten lässt. Der Südbadener ist kein Freund von langen Reisen. Dazu ist es im Schwarzwald, im Markgräfler Land, am Kaiserstuhl oder am Bodensee viel zu schön. Schon die Fahrt nach Stuttgart

tritt man nicht ohne Not an, für eine Berlin-Reise muss es erst recht einen triftigen Grund geben.

LEBEN IM DREILÄNDERECK

Südbaden ist durch die Lage im Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz geprägt. Der alemannische Sprachraum endet nicht an den heutigen Grenzen, sondern reicht im Süden weit in die deutschsprachige Schweiz, im Westen ins Elsass hinein. Entlang des Rheins fühlt man sich dem Nachbarland Frankreich und der Europastadt Straßburg auf besondere Weise verbunden. Die Nähe zu

Frankreich und die Zeit der französischen Besatzung nach dem Kriege haben ihre Spuren in der südbadischen Lebensart hinterlassen: Savoir vivre! Aus den einstigen Erzfeinden sind längst gute Freunde geworden; Adenauer und de Gaulle sei Dank. Über die Grenze ist es nur ein Katzensprung; guten Wein und gutes Essen findet man auf beiden Seiten des Rheins, völlig unkompliziert, seitdem es den Euro gibt.

Mehr als 38.000 Frauen und Männer aus Waldshut, Lörrach oder Freiburg pendeln Tag für Tag über die Grenze zur Arbeit in die Nordwestschweiz, vor allem nach Basel. Die Schweizer wiederum bevölkern Hotels und Restaurants in Südbaden, erledigen ihre Einkäufe erheblich günstiger beim großen Nachbarn und lassen die Kassen im südbadischen Einzelhandel klingeln. Nicht immer verläuft dieser kleine Grenzverkehr konfliktfrei, unter dem Strich ist er aber für beide Seiten von Vorteil. Die Schweiz profitiert von gut ausgebildeten deutschen Fachkräften, der deutsche Fiskus freut sich über zusätzliche Einnahmen. Wer die täglichen Lkw-Staus auf der A5 an der Schweizer Grenze kennt, ahnt, welch ein fataler und kostspieliger Rückschritt ein Europa der geschlossenen Grenzen wäre.

FREIBURG PFLEGT SEINEN MYTHOS

Werfen wir einen Blick auf die Stadt Freiburg, auch wenn die Breisgau-Metropole keineswegs typisch für das Leben in Südbaden ist. Schon der Bau des Freiburger Münsters war Ausdruck einer wohlhabenden und selbstbewussten Bürgerschaft.

Wie durch ein Wunder hat dieses Freiburger Wahrzeichen inmitten einer zerstörten Altstadt die Bombardierung kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahezu unbeschadet überstanden. In Freiburg war man so weitsichtig, die Altstadt behutsam in den Proportionen der mittelalterlichen Stadt wieder aufzubauen, mitsamt ihrer Gässle und Bächle. Diese Pflasterstein-Idylle mit dem bunten Markt am Münster ist Kern des Mythos Freiburg. Die sonnenverwöhnte Stadt im Grünen erscheint als Wohlfühlinsel oder Puppenstube. Auch die Studenten und Fahrradfahrer gehören zu diesem Image Freiburgs, nicht zu vergessen neuere Label wie „Solarhauptstadt“ oder „Green City“.

KLISCHEES – WAHR UND FALSCH ZUGLEICH

All diese Freiburg-Bilder sind wahr und falsch zugleich. Die Freiburger halten sie lebendig und tragen sie mit einem Augenzwinkern in die Welt. Schließlich verdanken sie ihrem guten Ruf Scharen von Touristen, Studenten und Neubürgern. Auch im Schwarzwald-Tourismus bedient man sich der Klischees von Bollenhut, Kuckucksuhr und Schwarzwälder Kirschtorte und interpretiert diese auf moderne Art und Weise neu. Tatsächlich steht das schöne Freiburg – wie jede andere Stadt – vor ganz normalen Problemen: Hoffungslos überteuerte Immobilien und eine Wohnungsknappheit, die junge Familien aufs Land treibt; die höchste Kriminalitätsrate Baden-Württembergs oder etwa die Herausforderung der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, um nur drei Punkte zu nennen. Spätestens mit dem

gewagten und umstrittenen gläsernen Neubau der Universitätsbibliothek hat man sich in Freiburg auch von einer beschaulichen Architektur und Stadtplanung verabschiedet.

NACH DER LANDTAGSWAHL

In der Freiburger Politik dominiert die Farbe Grün schon seit Langem. Ein grüner, pragmatischer Oberbürgermeister: Manche Projekte wurden von Schwarz und Grün gemeinsam auf den Weg gebracht. Bei den Landtagswahlen gewinnen die Grünen im Stadtgebiet Freiburg 43,2 Prozent der Stimmen (+0,2 Prozent), die CDU muss sich mit 16,5 Prozent (-5 Prozent) begnügen. Der ökologische Vorzeige-Stadtteil Vauban war schon immer eine grüne Hochburg: 61,2 Prozent (-11 Prozent!) wählen hier die Grünen, nur fünf Prozent (+1,2 Prozent) die CDU. Die Grünen fahren in den Groß- und Universitätsstädte im Ländle traditionell ihre besten Ergebnisse ein, während die Vorherrschaft der CDU auf dem Lande bislang ungebrochen war. Mit der Landtagswahl haben die Grünen nun auch große Teile des ländlichen Raums erobert. Die CDU, die sich immer als die Baden-Württemberg-Partei verstanden hat, muss mit 27 Prozent der Stimmen (-12 Prozent) einen historischen Tiefstand verkraften. Im Ringen um den richtigen Kurs in der Flüchtlingspolitik hat sie am Ende in beide Richtungen verloren: 190.000 Stimmen an die AfD und 107.000 an die Grünen. Die Grünen gewinnen zahlreiche Direktmandate und ziehen, hinter dem breiten Rücken ihres überaus populären Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, mit über dreißig

Prozent der Stimmen (+6,1 Prozent) erstmals an der Union vorbei. Die AfD als Sammelbecken der Kritiker der Flüchtlingspolitik und der Unzufriedenen gewinnt aus dem Stand 15,1 Prozent und lässt SPD (12,7 Prozent), FDP (8,3 Prozent) und Die Linke (2,9 Prozent) weit hinter sich. Hat es die CDU in Baden-Württemberg versäumt, sich beizeiten zu modernisieren? Fehlt es ihr an überzeugenden Konzepten und charismatischen Köpfen? Oder hat sich die Partei von ihren Wurzeln entfernt und ist zu weit nach links gerückt, sodass sie kaum noch von den Grünen zu unterscheiden ist? Die CDU hat sich jedenfalls entschieden, Verantwortung zu übernehmen und in die „saure Kiwi“ zu beißen. Die grün-schwarze Koalition unter Führung des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann ist ein Wagnis mit ungewissem Ausgang, vor allem für den kleineren Partner.

REGIONALE VIELFALT

Berlin ist nicht Deutschland, Stuttgart ist nicht Baden-Württemberg und Freiburg ist nicht Südbaden. Die Vielfalt selbstbewusster Regionen hat viel zum Erfolg unseres Landes beigetragen. Das Leben spielt sich nicht nur in den großen Städten ab. In Baden-Württemberg gibt es vielerorts lebendige Dörfer mit gesunder Infrastruktur, auch wenn die Balance zwischen Stadt und Land in Zeiten des demografischen Wandels schwieriger wird. Je genauer man hinschaut, desto deutlicher treten regionale Unterschiede und Besonderheiten zutage, selbst in einem überschaubaren Gebiet wie Südbaden. Die Freiburger ticken anders als

die Hotzenwälder, das Leben auf der Baar unterscheidet sich vom Alltag in der Ortenau, und in Lörrach hat man andere Sorgen als in Konstanz.

SUBSIDIARITÄT GEGEN POPULISMUS

Deutschland profitiert davon, dass politische Entscheidungen, dem Prinzip der Subsidiarität folgend – wo immer es möglich und sinnvoll ist –, vor Ort oder im Lande fallen. Wird die Politik nur in der Ferne gemacht, in Brüssel oder in Berlin, werden immer mehr Menschen der Politik

fernbleiben und in das Lager der Nichtwähler oder Populisten wechseln. Unsere Demokratie ist in jeder Generation aufs Neue auf Menschen angewiesen, die bereit sind, sich als Gemeinderäte, Bürgermeister oder Abgeordnete für ihr Dorf, ihre Stadt oder ihr Land einzusetzen. Politische Bildung hat die Aufgabe, dieses demokratische Engagement zu wecken und zu fördern. Will sie erfolgreich sein, muss sie nah bei den Bürgerinnen und Bürgern sein. Selbst das prächtigste Feuerwerk hochrangiger Veranstaltungen in Berlin wird in der Provinz überhaupt nicht wahrgenommen. Regionale Vielfalt ist Deutschlands Stärke.

Hauptstadt am Rande

Berlin fehlen die Nachbarn

STEPHAN EISEL

Geboren 1955 in Landau, von 2007 bis 2009 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis Bonn.

Berlin ist eine merkwürdige Hauptstadt: zugleich Touristenattraktion und die unbeliebteste Großstadt im eigenen Land. Viele Deutsche identifizieren sich nicht mit ihrer Hauptstadt, und für Berlin ist Deutschlands

Mitte oft in weiter Ferne: Kaum etwas ist untypischer für Deutschland als seine Hauptstadt.

Wenn danach gefragt wird, wo man gerne wohnen möchte, führt Berlin die Negativliste der vierzehn größten deutschen Städte an. Das bestätigte

Anfang 2016 eine Befragung von 1.300 Deutschen. „Feiern in Berlin, wohnen lieber anderswo“, fasst das Meinungsforschungsinstitut YouGov die Ergebnisse seiner Studie zusammen: „An Berlin scheiden sich die Geister.“

Gefragt nach der „sympathischsten Stadt“ erreicht die Hauptstadt in einer repräsentativen Befragung von 5.000 Deutschen nur Rang 12 von 34 bewerteten Städten (Brandmeyer Markenberatung, „Stadtmarken-Monitor 2015“) – abgeschlagen hinter den Spitzenreitern Hamburg, Freiburg im Breisgau und Köln, aber auch hinter Städten wie Dresden, Lübeck, Münster oder Kiel. Selbst bei jungen Leuten (bis zu 29 Jahren) belegt Berlin nur Platz 11 auf der Sympathieskala. Wird nach dem guten Ruf gefragt, rutscht die Hauptstadt mit Platz 15 endgültig ins Mittelfeld ab.

WARUM DIE SKEPTISCHE RESERVE?

Woran liegt es eigentlich, dass Berlin auch 25 Jahre nach dem Hauptstadtbeschluss des Deutschen Bundestages für die meisten Deutschen kein Identifikationspunkt ist, sondern weit über die übliche Distanz zu einem Politikzentrum hinaus mit skeptischer Reserve begleitet wird?

Berlins Hauptproblem ist seine latente Unfähigkeit, sich selbst nicht im Mittelpunkt zu sehen. Der Hauptstadt fehlt die Gabe, sich selbst zu relativieren. Dazu trägt entscheidend bei, dass die Metropole praktisch keine Nachbarn hat: In der Hauptstadt leben seit der Wiedervereinigung gleichbleibend etwa 3,4 Millionen Menschen. In Brandenburg, das Berlin umschließt, sind es – selbst unter Einschluss des auf Berlin fixierten „Speckgürtels“ – mit abnehmender Tendenz nur 2,4 Millionen.

In einem Radius von 250 Kilometern um Berlin leben weniger als zehn Millionen Menschen. Das heißt: Auf jeden Hauptstadt-Bürger kommen durchschnittlich drei Nachbarn in der Erreichbarkeit von Hin- und Rückweg an einem Tag. Für die anderen deutschen Millionenstädte liegt dieser Index selbst in den geografischen Randlagen Hamburg und München um das Dreifache und für Köln in seiner Mittellage sogar um das Zehnfache höher.

Berlin hat auch nach der Wiedervereinigung seine Insellage auf neue Art behalten. Es kann sich an nichts in der Nachbarschaft reiben und kommt Wettbewerbern nicht wirklich nahe. Das unterscheidet es auch von Paris, London, Warschau oder Rom. Nicht nur deren Umfeld ist stärker besiedelt. Im 250-Kilometer-Radius um diese Hauptstadt-Metropolen liegt auch wenigstens eine andere der zehn größten Städte des jeweiligen Landes. In Sichtweite Berlins liegt jedoch keine der dreißig größten deutschen Städte. Für achtzig Prozent der Deutschen ist die Hauptstadt weit entfernt, sozusagen hinter dem Horizont.

AUF SICH SELBST ZURÜCKGEWORFEN

So ist Berlin mit sich selbst allein und auf sich selbst zurückgeworfen. Das bleibt nicht ohne Folgen: Viele Berliner denken, was im *Tagesspiegel* steht, würde Deutschland bewegen, und der Wiederaufbau des Berliner Schlosses sei ein nationaler Identifikationspunkt. Beides interessiert die Deutschen außerhalb Berlins allerdings praktisch nicht. Die Hauptstadt nimmt sich selbst viel wichtiger, als die Deutschen sie nehmen, und sie ist deshalb auch kein wirklich guter Ort, um Deutschland kennenzulernen.

Auch Flops wie das endlose Theater um den Flughafenbau, die für eine deutsche Großstadt singulären behördlichen LAGeSo-Probleme bei der Flüchtlingsaufnahme oder jüngst das beschämende Begräbnis eines Einheitsdenkmals scheinen die Tugend der Bescheidenheit in der Hauptstadt nicht zu befördern. Die Reaktion zeigt eher Stolz auf die eigene Einzigartigkeit auch im Scheitern. Wowereits „Arm, aber sexy“ hat dieses Selbstverständnis auf den Punkt gebracht. Ein Slogan, der in Berlin ebenso populär ist, wie er bei den meisten Deutschen Kopfschütteln auslöst.

ZWEITE LIGA, ENTFERNTE WAHLKREISE

Es gibt nur wenige Erfahrungen, die den Berlinern ihre Grenzen dennoch bewusst machen: Die beiden auffälligsten haben mit Fußball und mit dem Bundestag zu tun.

Beim Volkssport der Deutschen rangiert die Hauptstadt im Mittelfeld und steigt gelegentlich sogar in die zweite Liga ab. Im Unterschied zu anderen europäischen Metropolen wurde auch die Meisterschaft noch nie erreicht, eine Teilnahme an der Champions League ist die absolute Ausnahme. Außerhalb von Berlin überrascht das niemanden, aber in Berlin halten viele diesen Durchschnitt für unter ihrer Hauptstadt-Würde. Die Stadt war auch ins Mark ihres ungebremsen Selbstbewusstseins getroffen, als sie 1993 im Internationalen Olympischen Komitee bei der Olympiabewerbung 2000 nur neun von 89 Stimmen erhielt und 2015 schon am nationalen Deutschen Olympischen Sportbund mit der Bewerbung für 2024 an Hamburg scheiterte. In Deutschland insgesamt hielt sich die Enttäuschung darüber sehr in Grenzen.

Die zweite nachhaltige Relativierung im Alltag erfährt Berlin durch seine prominentesten Pendler, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Durch den ständigen Wechsel zwischen Sitzungswochen in der Hauptstadt und sitzungsfreien Wochen im Wahlkreis erfahren und vermitteln sie immer wieder neu, dass Berlin nicht das Zentrum Deutschlands ist. Neben der im Grundgesetz verankerten föderalen Struktur Deutschlands ist diese Organisation des deutschen Parlamentsbetriebs eine der wichtigsten Sicherungen

für Bürgernähe gegen Zentralismus. So müssen die Regierenden im Zentrum immer wieder die Erfahrung machen, dass jene, die sie zum Wochenende als Herolde aus der Hauptstadt ins Land schicken, montags als Botschafter des Volkes dorthin zurückkehren.

Die 2013 verstorbene Journalistin Tissy Bruns, erste Vorsitzende der Bundespressekonferenz nach dem Berlin-Umzug, hat in ihrem 2007 erschienenen „Bericht aus Berlin“ unter der Überschrift „Republik der Wichtigtuer“ zum Berliner Politikbetrieb resümiert: „Berlin-Mitte ist zu einer Bühne von Politik und Medien geworden, die von der Lebenswirklichkeit der Bürger weiter entfernt ist als das legendäre Raumschiff Bonn.“

„BONN NEBEN BERLIN“

Dass sich die Hauptstadt so entwickelt, wenn sie in eine Metropole in Randlage verlegt wird, war eine der wesentlichen Befürchtungen bei der umkämpften Bonn-Berlin-Entscheidung am 20. Juni 1991 – denn: Bonn stand im Unterschied zu Berlin nie in der Gefahr der Selbstüberschätzung und liegt als Stadt mittlerer Größe nicht nur geografisch in der Mitte Deutschlands.

Mit nur 338 zu 320 Stimmen beschloss der Deutsche Bundestag damals den „Berlin-Antrag“ mit der Festlegung, dass im Rahmen einer „fairen Arbeitsteilung“ neben dem Parlamentssitz lediglich „der Kernbereich der Regierungsfunktionen in Berlin angesiedelt wird“. In der zwölfstündigen Debatte mit 104 Rednern unterstrichen auch prominente Berlin-Befürworter den Kompromisscharakter ihres Antrages. Willy Brandt plädierte für „Bonn neben Berlin“, und Lothar de Maizière sagte: „Ich gehöre zum Lager der Berlin-Befürworter; dennoch spreche ich mich für einen Konsens aus oder für einen Kompromiss oder, wie der Jurist sagt, für den im Wege gegenseitigen Nachgebens gefundenen Vergleich.“

Zur rechtlichen Umsetzung dieses Beschlusses verabschiedete der Bundestag am 26. April 1994 das Berlin-Bonn-Gesetz. Artikel 1 bestimmt als Zweck dieses Gesetzes, „die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn zu sichern“. Dies solle geschehen durch „eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn“.

Auf dieser Grundlage regelt Artikel 4 des Berlin-Bonn-Gesetzes: „Bundesministerien befinden sich in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn. [...] Die in der Bundesstadt Bonn verbleibenden Bundesministerien sollen auch einen Dienstsitz in der Bundeshauptstadt Berlin erhalten. Die ihren Sitz in der Bundeshauptstadt Berlin nehmenden Bundesministerien sollen auch einen Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn behalten.“ Dabei solle „insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn erhalten“ bleiben.

Darauf beruht die seit fünfzehn Jahren erfolgreiche Praxis von acht Bundesministerien mit erstem Dienstsitz in Berlin und sechs Ministerien mit erstem Dienstsitz in Bonn. Unterlaufen haben allerdings alle Bundesregierungen seit dem Umzug die gesetzliche Festlegung, dass „der größte Teil“ der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn bleiben solle. Dass auf Berlin inzwischen 11.500 dieser Stellen und auf Bonn nur 6.500 entfallen, ist ein klarer Gesetzesbruch und beschädigt die Glaubwürdigkeit von Politik.

Der von Berlin immer wieder geforderte Komplettumzug der Regierung unterstreicht den Egozentrismus einer Hauptstadt, die neben sich nichts gelten lassen will. Eine solche Entscheidung wäre nicht nur eine Abkehr von jenem Kompromiss, der dem Berlin-Beschluss 1991 erst die knappe Mehrheit verschaffte, sondern würde zudem die Staatskasse mit circa fünf Milliarden Euro belasten. Allein die Zinslast dieser zusätzlichen Verschuldung würde die Kosten für zwei Regierungssitze um ein Vielfaches überschreiten. Diese hat die Bundesregierung 2015 mit jährlich 7,5 Millionen Euro angegeben. Selbst der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass die Aufteilung des Regierungssitzes zwischen den beiden Städten auch langfristig billiger ist als ein Komplettumzug.

NICHT DER NABEL DEUTSCHLANDS

Wer dennoch alles nach Berlin verlagern will, läuft Gefahr, seine Verankerung in der Mitte Deutschlands zu lösen. Das gilt nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für Verbände, Stiftungen und andere Institutionen.

Ursprüngliche Befürchtungen, die Verlagerung der Hauptstadt in die Millionenmetropole Berlin würde den Föderalismus in Deutschland schwächen, haben sich nicht bewahrheitet. Es ist die umgekehrte Entwicklung eingetreten: Berlin spielt im föderalen Deutschland eher eine Nebenrolle und steht nicht im Mittelpunkt. Für Deutschlands inneres Gleichgewicht ist das eine gute Nachricht. Problematisch ist freilich, dass man sich in Berlin so schwertut, diese Realität zu akzeptieren. Die Hauptstadt sollte sich in das bundesstaatliche Gefüge einordnen und sich nicht selbst immer wieder zum Nabel Deutschlands stilisieren. Mit Selbstbescheidung könnte Berlin seine Randlage überwinden und die Hauptstadt ihren Platz in der Mitte Deutschlands finden.

Berlin – Los Angeles – Tokio ...

Was den Boden für die *creative industry* bereitet

DANIEL HAVER

Geboren 1967 in Köln, Geschäftsführer von Native Instruments, Weltmarktführer mit virtuellen Musikinstrumenten.

Herr Haver, können Sie uns ohne englische Vokabeln erklären, was Ihr Unternehmen anbietet?

Daniel Haver: Jetzt haben Sie mich kalt erwischt. Aber ein paar eingedeutschte Vokabeln – wie Software und Hardware – werde ich hoffentlich gebrauchen dürfen.

Vereinfacht gesagt, sind wir primär ein Musikinstrumentenhersteller, unsere Kunden sind Musikproduzenten und DJs. Doch bauen wir unsere Instrumente nicht aus traditionellen Materialien wie Holz oder Metall zusammen, sondern verwan-

deln den Computer – mittels Software – in ein Musikinstrument oder ein DJ-Setup. Stellen Sie sich vielleicht einen DJ vor, der mit zwei Plattenspielern und einem Mischpult in der Mitte Musik macht – das emulieren wir und bieten das als Software an.

Jetzt hat man also diese Software, die sehr viel kann und toll klingt, aber die Maus reicht zur Steuerung nicht mehr aus. Deshalb sind wir mit der Zeit auch ein Hardware-Hersteller geworden, der Controller anbietet – also Geräte, die es erlauben, diese Programme umfassend zu bedienen.

Alles an Ihrem Unternehmen ist international und digital. Und doch heißt Ihre Firma „Native Instruments“, was



© Native Instruments, Berlin

zu Deutsch so etwas wie „einheimische“ oder „ursprüngliche Instrumente“ heißt! Ist das Ironie?

Daniel Haver: Das ist überhaupt nicht ironisch gemeint, sondern es erscheint uns als eine sehr gute Beschreibung dessen, was wir tun. Denn wir benutzen die Werkzeuge unserer Zeit, um Klänge und Musikinstrumente herzustellen. Im 21. Jahrhundert ist es normal, den Computer oder auch ein Mobiltelefon als Werkzeug zu begreifen. Für meinen Sohn, der auch gezwungenermaßen mit dem iPhone aufwächst, ist das etwas völlig Selbstverständliches und Ursprüngliches.

Kann man Sie denn „hören“, wenn man das Radio einschaltet?

Daniel Haver: Dafür, dass einzelne Sounds, also Klänge innerhalb einer Musikkomposition, von uns stammen,

wenn Sie das Radio einschalten, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch. Ich bin bestimmt kein „name dropper“, aber um es anschaulich zu machen, nenne ich mal ein paar Namen: Sir Simon Rattle hat in der Philharmonie mit unseren elektronischen Klängen gespielt, die Alben von Coldplay bestehen ganz wesentlich aus Klängen von Native Instruments. Wenn Madonna auf die Bühne geht, dann hören Sie im Hintergrund Sounds von uns. Im ganzen Hip-Hop-, Elektronik- und Pop-Bereich sind wir dabei. Aus den modernen Musikstilen und Genres sind unsere Klänge eigentlich nicht wegzudenken.

Neben Berlin haben Sie Standorte in Los Angeles, Tokio, Shenzhen und London. Wie ordnet sich Berlin in diesen internationalen Kontext ein?

Daniel Haver: Wenn es um Musik, besonders um kontemporäre Musik, geht,

gehört Berlin zu den Top-5-Metropolen der Welt. Berlin kommt direkt nach London und Los Angeles. Insofern hat Berlin für unsere Firma große Bedeutung, weil es wichtig ist, seinen Kunden nah zu sein und ständig mit ihnen interagieren zu können: Gefällt dir das? Brauchst du das? Was brauchst du noch?

Hinzu kommt, dass viele unserer Mitarbeiter aus dem Musikerpool Berlin stammen. Hier fällt es relativ leicht, Menschen zu finden, die mit uns arbeiten.

Inzwischen haben Sie insgesamt 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weltweit – davon rund 350 in Berlin. Sie sind also längst kein Start-up-Unternehmen mehr, aber als Ihre Firma vor zwanzig Jahren gegründet wurde, gehörten Sie zu den ersten Start-ups im kreativen Bereich, für die Berlin heute gerühmt wird.

Daniel Haver: Jedenfalls gehörten wir im digitalen Musikbereich zu den ersten Start-ups, wobei es für uns damals einfach eine Firmengründung war – mit dem Plan, aus einer ganz kleinen eine große Firma zu machen.

Als wir 1996 anfangen, konnte von einer Start-up-Szene keine Rede sein. Aber Berlin hatte damals – sieben Jahre nach dem Mauerfall – etwas ganz Frisches, Unorthodoxes. Der „Osten“ galt als das wilde Feld des Experimentierens. Damals bin ich nach Berlin umgezogen. Da kamen die „Wessis“ – die berühmten Schwaben, aber auch Kölner wie ich. Zehn Jahre später folgten die Spanier, Skandinavier, Israelis und alle anderen, die in diesem kulturellen Zentrum Berlin, das nun auch Hauptstadt war, neue Zugänge und Chancen suchten: Kreativität, das deutsche Image

des Ingenieurturns, aber auch die gute Ausstattung mit Förderprogrammen wirkten bei der Bildung dieser Start-up-Szene zusammen.

Wie das genau vor sich gegangen ist, kann ich aber schwer sagen, weil wir damals aus dem Start-up-Level heraus waren und der Blick bereits nach Los Angeles und Tokio ging. Aber mein Eindruck ist, dass in Berlin unglaublich viel passiert und sehr viele Leute hier ihre Idee ausprobieren wollen. Viele Statistiken belegen diese Dynamik: Berlin ist bei Unternehmensgründungen einer der Top-Standorte in Europa. Allerdings sind die Amerikaner noch mal ein ganzes Stück weiter.

Hätte Ihr Unternehmen an einem anderen Ort Erfolg haben können?

Daniel Haver: Native Instruments ist eine Urberliner, genauer eine Kreuzberger Gründung, und wir sind weiterhin sehr gern hier. Berlin ist schon genau der richtige Boden für die Firma gewesen. Aus gewissen Gründen konnten wir vielleicht nur hier so erfolgreich sein. Das hat viel mit der Techno-Bewegung zu Beginn der 1990er-Jahre zu tun – wobei ich das mit einer gewissen Vorsicht sage, weil wir für Musiker aller Genres da sind und da sein wollen. Dennoch liegen die Wurzeln von dem, was uns stark gemacht hat, in der Techno-Bewegung und in der elektronischen Musik. Da kommen mein Kompagnon Mate Galic und ich eigentlich her, und das hat uns beflügelt und getrieben. Dort waren auch die Leute, die als Erste begriffen haben, was wir machen – die ersten Kunden unserer Software. Das konnte man in diesem Umfang und in dieser Dynamik damals nur in Berlin finden.

Wenn Sie heute vergleichen: Was sind Stärken, was sind Schwächen des Standorts Berlin/Deutschland? Was wäre Ihr Rat in den politischen Raum hinein, um Innovation und Gründernetz zu unterstützen?

Daniel Haver: Die Unterstützung der Politik und das, was es an „Förderlandschaft“ gibt, halte ich für sehr gut – mit der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), in Berlin mit der IBB (Investitionsbank Berlin) und verschiedensten europäischen Programmen. Auch beim Thema Talente sehe ich keine Probleme: Es gibt ein gutes Bildungssystem, und wir haben viele junge, intelligente Menschen. Die Probleme für die Firmen beginnen dort, wo es nach dem Gründungslevel um Wachstumsfinanzierung geht. Da kommt man sofort in den Risikokapitalbereich, und jeder wird sehr schnell feststellen, dass es ganz primär angelsächsische Unternehmen sind, die dieses Geld zur Verfügung stellen und die dazu auch die Kompetenz, die Erfahrung mitbringen. Und da halte ich Europa – von England abgesehen – für ganz schwach. Das hat zur Folge, dass vielversprechende europäische Start-ups am Ende doch irgendwann von angelsächsischen Finanzgebern und Geldgebern besessen werden und sich die Facebooks und Googles dieser Welt alles kaufen können, was sie brauchen.

Ist Internationalität für Ihr Unternehmen überhaupt noch eine Herausforderung oder ein Problem?

Daniel Haver: Internationalität ist, wenn sie überhaupt ein Problem sein kann, das aller kleinste unserer Probleme. Internationalität ist vielmehr ein echter Wettbewerbsvorteil. Am Standort Berlin vereinen

wir Menschen aus über dreißig Nationen und allen Weltteilen.

Um Internationalität brauchen wir uns nicht mehr zu bemühen. Das klappt problemlos, und wir schaffen es, die Menschen zu integrieren. Sobald in einer Besprechung nur einer des Deutschen nicht mächtig ist, sprechen wir Englisch. Das ist der gemeinsame Nenner, das klappt super und ist nicht das Thema.

Unser Thema, das wir gerade proaktiver angehen, ist „diversity“, also Diversität jenseits der Nationalitäten: Mehr Frauen, mehr ältere Menschen ins Unternehmen zu holen, auch mehr Diversität mit Sicht auf die kulturellen Hintergründe – das sind Ziele, die wir künftig noch höher priorisieren werden.

Sie schreiben auf Ihrer Homepage, Sie seien in den „globalen Metropolen zu Hause“. Wie schafft man es, Internationalität und Heimatgefühle miteinander zu verbinden?

Daniel Haver: Da haben wir den Luxus, dass wir um ein sehr emotionales Gut, die Musik, herum agieren – und die ist global. Ich kann genauso gut in Tokio wie in Los Angeles Fan elektronischer Musik sein, selbst Countrymusik wird über die Grenzen hinweg gehört und verstanden. Es gibt dieses verbindende Element, das für uns unbedingt dazugehört: Kürzlich haben wir eine sogenannte „Sample Library“ gemacht – also ein samplebasiertes Instrument, das indische Instrumente modelliert. Tatsächlich werden jetzt diese indischen Instrumente in der Filmmusik Hollywoods eingesetzt. Das ist inzwischen die Realität, das finden wir toll, und insofern begreifen wir uns als sehr global.

Nehmen Sie in den Büros in Kreuzberg oder am Sunset Boulevard noch wahr, was sich im Bergischen Land – wo Sie aufgewachsen sind – ereignet?

Daniel Haver: Nimmt man das noch wahr? Ich persönlich bewege mich tatsächlich vorwiegend in den Metropolen. Was im Bergischen Land, in meiner ursprünglichen Heimat, passiert, weiß ich, ehrlich gesagt, kaum noch. Fast alle meine Freunde von dort sind mit nach Berlin gekommen.

Ich frage das natürlich vor einem bestimmten Hintergrund: So bewundernswert es ist, wie selbstverständlich Internationalität und die Globalisierung bei Ihnen gelebt werden, so wenig kann einem doch entgehen, dass es entgegengesetzte Tendenzen der Abschottung und Renationalisierung gibt – ganz gewiss nicht speziell im Bergischen Land. Was ich sagen will, ist: dass es vielleicht auch sehr darauf ankommt, diejenigen mitzunehmen, die sich nicht unbedingt in den kreativen Zentren bewegen.

Daniel Haver: Da stimme ich Ihnen zu! Die Frage „Wie bringen wir die Menschen zusammen?“ ist natürlich das spannendste Thema unserer Zeit. Die Metropolen haben den Vorteil, dass das Zusammenleben von verschiedenen Menschen tagtäglich erlebt und überwiegend sogar genossen oder zelebriert wird. Doch wenn man schon im Umland von Berlin unterwegs ist, kann man Gespräche darüber mit anhören, wie schrecklich es in Kreuzberg am Kottbusser Tor oder im Görlitzer Park zugeht. Und das Ganze wird letztendlich in eine pauschale Fremdenfeindlichkeit übertragen. Ich glaube, dass es sich gerade

im „Osten“, wo diese Probleme ja größer zu sein scheinen, um eine Frage der Nichterfahrung handelt. Das Unbekannte ist suspekt, und was man nicht einschätzen kann, wird eher schlecht als gut wahrgenommen.

Glauben „Digital und Global Natives“ noch an die vorhandenen politischen Strukturen? Oder konkreter gefragt: Spielen Institutionen wie die Europäische Union, die Internationalität mit garantieren, für die „Global Player“ etwa aus dem Silicon Valley noch eine Rolle?

Daniel Haver: Eric Schmidt von Google hat uns hier vor einem guten halben Jahr besucht, und seine Rede war nicht an meine Kollegen und mich adressiert, sondern an die deutsche Politik in Berlin. Selbstverständlich schafft die Politik und schaffen die politischen Organisationen nach wie vor die Rahmenbedingungen für uns Unternehmer.

Diese Rolle muss weiterhin wahrgenommen werden. Und wenn wir in Europa gerade Probleme haben, dann deshalb, weil wir auf der europäischen Ebene nicht in genügendem Umfang zusammenarbeiten. Wir haben eine Wirtschaftsgemeinschaft, aber keine echte politische Gemeinschaft gebildet. Das bekommen wir jetzt bitter zu spüren. Dass die EU kein zentrales Marketing-Organ hat, dass es keinen EU-Sender gibt, sind Versäumnisse. Die EU steckt immer noch in den Kinderschuhen und riskiert gerade, aus diesen herauszufallen, statt sich die nächste Größe zuzulegen.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 4. Mai 2016.

Berlin boomt

Und kämpft dennoch mit seinen finanziellen Defiziten

MAXIMILIAN WEINGARTNER

Geboren 1984 in Berlin,
Redakteur für Wirtschaftspolitik,
„Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Berlin ist eine der beliebtesten Städte der Welt. Seit Jahren strömen viele Dutzend Millionen Touristen in die deutsche Hauptstadt. Ältere Gäste aus Spanien, Italien, England und den

Vereinigten Staaten besuchen während eines Wochenendtrips etwa die Museumsinsel und trinken Kaffee am Gendarmenmarkt oder am Kurfürstendamm. Jüngere essen Pizza am Prenzlauer Berg, nehmen einen Drink in einer Bar in Mitte und feiern in der weltberühmten Diskothek Berghain, bis sie erschöpft, aber glücklich Hotelzimmer oder Ferienwohnung aufsuchen.

Der Spruch des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD), Berlin sei „arm, aber sexy“, ist über zehn Jahre alt – und gilt immer noch. Dass die Hauptstadt attraktiv ist, zeigen die Tourismusströme. Berlin

ist allerdings wirtschaftlich noch immer eine geteilte Stadt: Die Wirtschaft wächst überdurchschnittlich, der Schuldenberg bleibt gigantisch. Es werden Arbeitsplätze geschaffen, aber mehrheitlich nicht für Berliner, die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ist weiterhin hoch. Die Start-up-Branche boomt, verzweifelt aber wie die übrige Wirtschaft an der langsamen und bürokratischen Verwaltung. Die Steuereinnahmen steigen, dennoch erhält die Hauptstadt immer noch den größten Anteil des Länderfinanzausgleichs.

TOURISMUS-WACHSTUM

Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) nannte kürzlich vor allem den Tourismus als Berliner Wachstumsbranche und sagte, dass dabei noch viel Luft noch oben sei. Seit einiger Zeit wird aber auch die Frage diskutiert: Wie viel Tourismus verträgt Berlin? Das Statistische Landesamt zählte im Jahr 2015 mehr als dreißig Millionen Übernachtungen von Besuchern aus der ganzen Welt. Die Politikerin kann sich in den nächsten Jahren auch 35 Millionen Gäste vorstellen, denn in den vergangenen fünf Jahren sind die Zahlen um zehn Millionen von 20,8 auf dreißig Millionen Übernachtungen gestiegen. Der Anteil der Übernachtungen deutscher Gäste ist mit knapp 55 Prozent am höchsten. Aber auch die Zahl der Gäste aus dem Ausland nimmt kontinuierlich zu. Sie haben mit ihren Berlin-Aufenthalten einen großen Anteil an den gestiegenen Zahlen: rund 45 Prozent. Auf die in Deutschland reisenden Touristen insgesamt kommt lediglich ein Anteil von 17,8 Prozent von Besuchern aus dem Ausland. Siebzig Prozent der ausländischen Gäste in Berlin sind Europäer, mit 1,5 Millionen die meisten von ihnen aus Großbritannien. So weit, so gut.

Eine aktuelle Erhebung von „Visit Berlin“ für das Jahr 2014 belegt die Bedeutung der Branche für die Stadt: Durch einen Bruttoumsatz von 10,6 Milliarden Euro im Berlin-Tourismus entstanden 2014 Steuereinnahmen für Bund und Land in Höhe von 1,91 Milliarden Euro. Etwa 240.500 Personen leben in Berlin vom Tourismus. Das wirkt sich auch auf die Wirtschaftskraft aus: Der Tourismus inklusive Gastgewerbe hatte im Jahr 2015 einen Anteil von rund sieben Prozent am Berliner Bruttoinlandsprodukt.

Die Mehrzahl der Berliner freut sich, dass die Stadt inzwischen auch für Besucher attraktiv ist. 88 Prozent, das zeigt eine Umfrage von „Visit Berlin“, heißen Touristen willkommen. Fast alle Parteien unterstützen den Tourismus; es kommen aber auch kritische Stimmen dazu. In Kreuzberg-Friedrichshain, wo sich in den vergangenen Jahren eine Art Party-Tourismus entwickelte, ist die Akzeptanz geringer: 67 Prozent. Dort haben sich in mehreren Kiezen Anwohner zusammengeschlossen, weil ihnen die Auswirkungen der großen Beliebtheit ihres Bezirks bei jungen Menschen aus aller Welt über den Kopf wachsen. Dabei geht es um nächtliche Ruhestörung, gestiegene

Kriminalität, vermehrten Drogenhandel, Verwahrlosung und Vermüllung in ihrem Kiez. Ein Großteil der Berlin-Besucher seien Kongressgäste; sie seien hochwillkommen und würden nicht als störend empfunden, sagt Wirtschaftssenatorin Yzer dazu. Den „Auswüchsen“ der Partytouristen müsse man allerdings entgegentreten, findet Yzer, notfalls sogar mit einem Alkoholverbot auf bestimmten Straßen.

START-UP-SPITZENREITER

Die Investitionsbank Berlin (IBB) verweist auf eine weitere Quelle des Wachstums: Berlin habe sich „zum wichtigsten deutschen Zentrum für die digitale Wirtschaft entwickelt“, teilte sie kürzlich mit. Nach IBB-Angaben war die digitale Wirtschaft 2013 Arbeitgeber für rund 59.000 Beschäftigte. Seit dem Jahr 2008 seien in diesem Bereich sogar fast 18.000 neue Arbeitsplätze hinzugekommen. Zudem ist Berlin die Hochburg für Start-ups in Deutschland. Mit Rocket Internet und Zalando sind zwei große Unternehmen an die Börse gegangen. In der Tat scheint die deutsche Hauptstadt *die* Kreativmetropole in Europa zu sein. Kapitalgeber haben im vergangenen Jahr 2,1 Milliarden Euro in Berliner Start-ups investiert – damit belegt Berlin die Spitzenreiterposition in Europa. Die Zusammenarbeit von Industrie und Start-up-Szene kann eine wichtige Zutat für das Erfolgsrezept werden: Zahlreiche große Industrieunternehmen haben in Berlin Geschäftszweige eröffnet, um ihre Unternehmen aus der deutschen Hauptstadt heraus ins digitale Zeitalter zu führen. Berlin hat beste Voraussetzungen, sich zur führenden Gründermetropole in Europa zu entwickeln. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey. Bis zum Jahr 2020 könnten in Berlin über 100.000 neue Arbeitsplätze durch Start-ups entstehen. Mit der Digitalisierung der Industrie sind qualifizierte Fachkräfte und digitales Know-how entscheidende Faktoren für die Wahl des Produktionsstandortes geworden.

Dass viele junge Menschen entweder als Touristen oder als Arbeitnehmer nach Berlin kommen, macht sich auch positiv auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar, der jahrelang das Sorgenkind schlechthin war. Die Arbeitslosenquote sinkt kontinuierlich, liegt mit aktuell 10,4 Prozent nach Angaben der Agentur für Arbeit jedoch immer noch fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt von 6,4 Prozent. Dass die Hauptstadt im Vergleich zu anderen Regionen auch in Ostdeutschland relativ schlecht dasteht, hat viele Gründe. Im Osten der Stadt verschwanden nach der Wende kaputte, von der DDR finanzierte Staatsunternehmen. Im Westen liefen die Subventionen für Unternehmen aus, die sich in Westberlin engagierten und nun plötzlich nicht mehr konkurrenzfähig waren. Aber es gibt Hoffnung: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im vergangenen Jahr abermals deutlich auf fast 1,4 Millionen gestiegen, das sind 100.000 mehr als vor drei Jahren.

Ein Grund dafür ist: Neben dem Tourismus betreibt die Stadt auch eine neue Industrie- und Ansiedlungspolitik, die die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Stadt mit Wirtschaftsunternehmen verbindet. Technologiestandorte wie Adlershof, Buch oder Marzahn sind entstanden. Hier setzen Berliner Unternehmen auf innovative Produkte statt auf billige Massenproduktion, wodurch zugleich Arbeitsplätze für wissensintensive Dienstleistungen entstehen. Zugleich strömen kontinuierlich neue Unternehmen, Gründer, Arbeitnehmer und Studenten in die Stadt, um an der Entwicklung teilzuhaben.

Allerdings profitiert nur die Minderheit der Einwohner der Hauptstadt von diesem Aufschwung. Die meisten Unternehmen finden neue Mitarbeiter nicht in Berlin, sondern in anderen Regionen. Jürgen Allerkamp von der IBB sagt zwar: „Mehr als jeder dritte der neuen Jobs geht auch an einen Arbeitslosen aus Berlin.“ Vor zehn Jahren seien in Berlin noch 326.000 Arbeitslose registriert. Heute seien es rund 186.000 Arbeitslose, was einen nahezu fünfzigprozentigen Rückgang um 140.000 bedeute. Im gleichen Zeitraum wurden mehr als 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das heißt: Von den mehr als 300.000 neuen Jobs gingen 140.000 an bisher arbeitslose Berliner. Der Umkehrschluss des Satzes von Allerkamp zeigt aber auch, dass zwei Drittel der Stellen an Nicht-Berliner ging. „Wir haben natürlich noch immer zu viele Arbeitslose in Berlin“, sagt Allerkamp. Grund sei der relativ schlechte Ausbildungsstand vieler Arbeitsuchender in der Hauptstadt. Zwar hätten die Arbeitsagenturen das Problem erkannt und würden mittlerweile eine Menge Geld in Weiterbildungsmaßnahmen für Geringqualifizierte investieren. Diese Programme seien erfolgreich, die Unternehmen würden allmählich erkennen, dass Menschen, die ein solches Programm durchliefen, viel Potenzial hätten. „Doch leider gibt es in Berlin auch einen großen Sockel an Unterqualifizierten, die keinen Job mehr finden werden, egal, wie stark die Wirtschaft wächst“, so Allerkamp. Dabei entstehen in vielen Branchen neue Arbeitsplätze; allerdings erfordern diese ein gewisses Mindestmaß an Qualifikation. Vor allem im Maschinenbau, im Dienstleistungssektor und in jungen Unternehmen aus den Bereichen Informationstechnologie und Elektrotechnik sind viele neue Stellen zu besetzen. „Das ist ein Indiz dafür, dass zahlreiche Neugründungen der letzten Jahre erfolgreich verlaufen sind“, sagt auch Creditreform-Präsident Christian Wolfram.

FINANZAUSGLEICHSZAHLUNGEN AUF REKORDNIVEAU

Aufgrund der sich zwar verbessernden, aber immer noch nicht rosigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist Berlin auf Finanzspritzen von außerhalb angewiesen. Arbeitslose und Geringverdiener zahlen keine oder kaum Steuern, kosten im Gegenteil sogar viel Geld. Berlin sitzt auf einem Schuldenberg von 59 Milliarden Euro. Rein rechnerisch steht jeder Berliner damit mit etwa 17.500 Euro

im Minus. Zum Vergleich: Im Durchschnitt sind die übrigen Länder nur mit 9.400 Euro pro Kopf verschuldet. Noch nie wurde im Rahmen des Länderfinanzausgleichs so viel Geld unter den Bundesländern umverteilt wie im Jahr 2015. Unter den Empfängerländern lag dabei erneut die Hauptstadt an der Spitze. Im vergangenen Jahr überwiesen die Geberländer über diesen Umverteilungstopf nach aktuellen Zahlen des Bundesfinanzministeriums 9,595 Milliarden Euro an die finanzschwachen Nehmer. Dies ist ein Plus von rund 600 Millionen Euro gegenüber 2014. Mit Abstand größter Zahler bleibt Bayern. Der Freistaat steuerte nach Angaben aus dem aktuellen Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums mit rund 5,45 Milliarden Euro weit mehr als die Hälfte bei. Weitere Geberländer sind Baden-Württemberg (gut 2,31 Milliarden Euro), Hessen (1,72 Milliarden) und Hamburg (112 Millionen Euro). Größter Profiteur war abermals Berlin. Die Hauptstadt erhielt gut 3,61 Milliarden Euro Ausgleichszahlungen – auch dies ist ein Rekordwert. Im Vorjahr waren es noch 3,49 Milliarden Euro gewesen, also eine Steigerung um gut 100 Millionen Euro. Der seit Jahren umstrittene Finanzausgleich regelt die Verteilung der Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und muss bis 2019 neu gefasst werden, weil dann der Solidarpakt ausläuft. Eine bis März angestrebte Lösung verzögert sich weiter.

Erstmals hat Berlin aber bei der Steuerkraft das einwohnerstärkste Bundesland Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr hinter sich gelassen. Das ergibt sich aus den vorläufigen Berechnungen zum Länderfinanzausgleich für das Jahr 2015. Berlin kommt nach der Auflistung bei der Steuerkraft auf einen Wert von 97,2 Prozent des Länderdurchschnitts je Einwohner. Nordrhein-Westfalen dagegen liegt bei 96,8 Prozent. Berlin steht mittlerweile bei der Steuerkraft auf dem fünften Platz im Länderranking. Im Jahr 2014 war es noch Platz sieben.

Sitzengeblieben?

Einladung zu einer ressourcenorientierten Betrachtung
des Berliner Schulwesens

P. TOBIAS ZIMMERMANN SJ

Geboren 1967 in München,
seit 2011 Rektor des Canisius-
Kollegs, Berlin.

Berliner Schulen sind schlecht, so lautet ein deutschlandweites Credo! Es begegnet zum Beispiel bei Eltern, die nach Berlin ziehen und sich sorgen, ihre Kinder könnten hier ins Bildungsabseits geraten. Daran ändert sich nichts, wenn die „PISAner“ mal leichte Verbesserungen vermelden. Wie bei schulischen Karrieren entscheidet über die Ausbildung guter Resilienz auch in Institutionen nicht zuletzt die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den selbstgemachten Ursachen von Misserfolgen. Die Larmoyanz, mit der in Berlin gern auf externe Ursachen, wie auf die fehlende finanzielle Ausstattung, auf den hohen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache verwiesen wird, ist weder hilfreich, noch zeugt sie von Wahrhaftigkeit. Die angeblich für den Erfolg von Schulen so entscheidende Schüler-Lehrer-Relation ist in Berlin in manchen

Schularten luxuriöser ausgestattet als vielerorts. Und die Integrationsleistungen, die Schulen in anderen Bundesländern abverlangt werden, sind nicht geringer als jene in Berlin. Die nah am Komplex siedelnde Großspurigkeit mancher Hauptstädter befeuert – verstärkt durch diese selbstmitleidigen Lebenslügen – das hämische Urteil von außen: Flughafenplanung, der Bau-eklat um die Staatsoper Berlin, Schule ... „die können das halt nicht!“ Kennt man eine ähnliche Konstellation von Vorurteilen und Resignation nicht aus der Schule? Ist das Berliner Schulwesen also sitzengeblieben und abgehängt?

Vielleicht hilft ein Perspektivwechsel, weg vom defizitorientierten Blick, der viele Lehrende demotiviert, hin zu einer neuen Blickrichtung: Wo liegen Ressourcen? Wie können die für einen Change-Prozess entscheidenden Kräfte eingebunden und motiviert werden?

LUXUSENKLAVEN FÜR KINDER REICHER ELTERN?

In Berlin besuchen über 27.000 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule in freier Trägerschaft. Das sind mehr als zehn Prozent der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen. „Freie“ Träger leisten einen wesentlichen Beitrag, damit der Zuwachs an Schülern/Schülerinnen bewältigt wird. Nur die Gestrigen reden von „Privatschulen“ und denken an teure Luxusenklaven für die Kinder besser verdienender Eltern. Wo aufgrund von Vorurteilen freie Träger nicht einbezogen werden, bleibt sehr viel Elternengagement, bleiben pädagogische Kompetenzen mit eigenen Akzenten und viele Zugänge zu Netzwerken zivilstaatlichen Engagements brach liegen. Das muss man sich leisten können!

Die wachsende Einsicht in Bildungspolitik und Bildungsverwaltungen, dass eine Einbindung aller Kräfte im Schulsystem nötig ist, zeigt sich darin, dass das Brennpunktschulprogramm für freie Träger geöffnet wird und der Senat auf die freien Träger zukommt, um sie in die Bewältigung der Flüchtlingsbeschulung einzubeziehen. Für die meisten freien Träger entspricht es ohnehin dem Selbstverständnis, am Gemeinwohl eines leistungsfähigen Schulsystems und an der Verbesserung der Bildungschancen für alle jungen Menschen mitzuarbeiten. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und freien Schulträgern an einem transparenteren Modell zur Refinanzierung von Schulen in freier Trägerschaft schafft Verständnis füreinander und für die vielfältige Wirklichkeit Berliner Schulen. Und doch staunt der Unternehmer, der ich als Vertreter eines Freien Trägers auch sein muss, dass der Staat weiterhin meint, Kosten ignorieren zu können, zum Beispiel für die Entwicklung und Verwaltung von Immobilien und auf dem Feld der Deckung von Pensionsansprüchen. Am Ende aller Berechnungen wird sich die Gretchenfrage stellen, was der Preis der „Freiheit“ ist, welche Kosten den „Freien“ also nicht rückerstattet werden. Daran zeigt sich auch, welche Bedeutung der Staat zivil-

gesellschaftlichem Engagement bei der Bewältigung der Herausforderungen einer qualitätvollen Schulbildung in Berlin beimisst. Die freien Schulen verdienen eine „faire“ Kostenerstattung! In der Freiheit zur Gestaltung leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Bildung in Berlin und damit zugleich zur Integration.

DIVERSITÄT ALS CHANCE FÜR DAS BILDUNGSSYSTEM

„Ich kann ‚Integration‘ nicht mehr hören“, sagte kürzlich der im Westjordanland geborene Berliner Fraktionsvorsitzende der SPD, Raed Saleh. Das kann man ihm nicht verdenken, wenn man sich klarmacht, dass auch die Enkel dieses deutschen Politikers in Bildungsstatistiken – zumindest Stand heute – noch als Schüler „mit Migrationshintergrund“ erscheinen werden. Die Betrachtung der Absurditäten eines oberflächlichen Integrationsimages im Bildungssystem lässt sich vertiefen: Wie müsste eigentlich eine Integrationsleistung des Bildungssystems im Blick auf jene selbsternannten Patrioten aussehen, die infolge eines offensichtlichen Mangels an Beheimatung in deutscher Geschichte die von dem NS-Widerstandskämpfer Josef Wirmer entworfene Kreuzflagge schwenken, während sie ernsthaft vor der Islamisierung des christlichen Abendlands warnen?

Mir scheint, dass wir im Bildungssystem vor einem Generationenprojekt stehen wie zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg. Gerade deshalb und trotz des Problemdrucks sollten wir uns Zeit nehmen, die Vorzeichen richtig zu setzen. Geht es wirklich „nur“ um die Integration einer Gruppe junger Menschen in eine homogene Mehrheitsgesellschaft? Ergibt sich nicht gerade die Chance, das Schulsystem auf einen tief greifenden Kulturwandel vorzubereiten? Künftig müssen – und zwar nicht erst aufgrund der Ankunft von Flüchtlingen – junge Menschen auf Begegnung und Kooperation in einer von Diversität geprägten Gesellschaft besser vorbereitet werden. Berlin, das sich als internationale Drehscheibe versteht, hat das Potenzial, Zukunftslabor zu werden. Die Schulen sind längst mit den Folgen der Mobilität von Elternhäusern konfrontiert. Internationalität in der Bildung könnte substanzieller gedacht werden als die bloße Vermittlung guter Englischkenntnisse. Dazu gehören Fragen wie diese: Wie findet man vor dem Hintergrund pluraler Werteordnungen einen gemeinsamen Wertekonsens, der nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner markiert? Wie entwickelt man eine gemeinsame Identität, die nicht auf der Verdrängung von Kultur und Geschichte der Minderheiten beruht?

Wie ist das zu schaffen? Zunächst müssten Geisterdebatten enden. Bisher werden ganze Milieus als „bildungsfern“ diffamiert. Der Beitrag von Eltern zur Wertebildung ihrer Kinder wird damit komplett negiert. Menschen spüren Misstrauen. Warum wundert uns ihre Distanz zu unserem Bildungssystem? Studien belegen, dass Immigranten, denen ein lebendiger Kontakt

zu ihrer Herkunftskultur ebenso gelingt wie die Teilhabe an ihrer neuen Heimat, sich stabiler mit der neuen Heimat identifizieren als Menschen oder Gruppen, die nur über eine der beiden Quellen zur Identitätsbildung verfügen. Warum binden wir in die konkrete Gestaltung des Bildungssystems nicht stärker die Erfahrungen und Kompetenzen von Menschen, gesellschaftlichen Gruppen und religiösen Gemeinschaften ein, die seit Langem in unserer Gesellschaft integriert leben? Auch die erneute Debatte von „Pro-Reli“ ergibt Sinn: Begegnung mit dem anderen ist nur für Menschen bedrohlich, die in der eigenen Kultur oder Religion nicht ausreichend beheimatet sind. Deshalb gehört in einer pluralen Gesellschaft die Auseinandersetzung mit der eigenen Weltanschauung gerade nicht in die private Nische. Begegnung, die nicht in Orientierungslosigkeit enden soll, baut auf dem kritischen Wissen um die eigene Identität auf. Das ist der Sinn des konfessionellen Unterrichts im Sinne des Grundgesetzes. Dass Berlin sich hier ausgeklinkt hat, verdankt es dem Konsens säkularer Mehrheitsmilieus, die jedoch gerade beunruhigt zu entdecken beginnen, dass die eigene Deutungshoheit wieder verstärkt angefragt wird. Das alles sollte dazu führen, dass Bildung wieder stärker dahin rückt, wo sie hingehört, nämlich in die Mitte der Zivilgesellschaft.

Und es braucht mehr als eine standardisierte Schullaufbahn. Nur ein Schulsystem, das Diversität in der sozialen Wirklichkeit beantwortet mit einer Vielfalt pädagogischer Optionen und einem hohen Maß an Durchlässigkeit, die viele Neuanfänge, Umstiege und Möglichkeiten für Schulabschlüsse bietet, schafft angemessene Möglichkeiten zur Vielfalt der Bildung. Das bedeutet aber auch, dass sich Gymnasien und leistungsstarke Oberschulen nicht vor der Aufgabe wegducken können, begabte Schüler unter den Flüchtlingen möglichst umfassend zu fördern, also gleiche Bedingungen zu gewährleisten. Alle Schulen und Schularten müssen sich bewegen.

EINSICHT IN EIGENE GRENZEN

Inklusion, Integration, Förderung besonders begabter Kinder – die Aufgaben der Schulen sind gewachsen. Überlastung wird – wie in Baden-Württemberg – oft von ideologisch gefärbten Entscheidungen der Politik verursacht: Die Klassenfrequenzen der Gymnasien werden auf bis zu 33 Kinder erhöht, die Lehrenden gleichzeitig mit intensiver, individueller Förderung im Namen der Inklusion konfrontiert. Steht hier auf der *hidden agenda* nicht eher die Beseitigung einer ungeliebten Schulart? Auch Berliner Politik liest sich manchmal so, wenn es um die Einheitsschule, den Einheitslehrer und die Rahmenbedingungen für Gymnasien geht. Wo immer aber Bildungstechnokraten Schulen vorschreiben, grenzenlos für alle da sein zu müssen, da verliert die Schule die einzelnen Schüler/-innen aus dem Blick und wird sie in ihren Stärken nicht fordern und in ihren Schwächen nicht fördern können.

Wo das geschieht, werden für abstrakte Visionen die realen Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern und die Motivation von Lehrkräften geopfert. Zum Gelingen guter Schulbildung gehört, dass Schulen sich Schwerpunkte setzen (dürfen). Wissenserwerb braucht das Labor, die Selbstbegrenzung und den Schutzraum. Hier sind freie Träger oft besser aufgestellt als staatliche Träger. Sie müssen – schon aus wirtschaftlichen Gründen – stärker darauf achten, die Aufgaben ihrer Schulen nicht zu überdehnen.

Es gibt seit Jahren Anzeichen dafür, dass der Staatsdirigismus im Schulwesen an seine Grenzen gestoßen ist. Eltern wehren sich gegen die Sprengelpflicht. Ganze Lehrerkollegien gehen in die innere Emigration. Es bräuchte einen Mentalitätswechsel.

GUTE BILDUNG ZUR CHEFSACHE MACHEN

Warum setzen wir nicht auf mehr Eigeninitiative und schaffen entsprechende Anreize? Das Brennpunktschulprogramm zum Beispiel ist gut, heilt aber nur offene Wunden. Warum ermutigen wir nicht Schulen in der ganzen Stadt, sich aktiv um eine buntere Schülerschaft und um geeignete Formen schulischer Förderung unabhängig von Elternhaus und sozialem Umfeld zu bemühen? Lernen in Vielfalt ist eine Grundbedingung guter Bildung.

Dies erfordert allerdings ein verändertes Selbstverständnis von Leitung auf den verschiedenen Ebenen. Schon die Unklarheit, wann die Schulverwaltung in ihrer Aufsichtsfunktion für die Qualität des gesamten Schulsystems auftritt und aus welchen Maßnahmen der staatliche Schulbetreiber spricht, ist nicht hilfreich. Eine klare Rollentrennung von Aufsicht und Schulbetreiber wäre ein wichtiger Schritt. Die Entwicklung von Potenzialen in den Schulen, aber auch Selbstbegrenzungen gelingen nur, wo Schulleitung auf der Basis klarer Kompetenzen ausgeübt und in die strategische Planung ihres Schulstandortes einbezogen wird. Derzeit sind die Anreize, beginnend beim Lohngefälle bis hin zum Mangel an Gestaltungsspielräumen, so gesetzt, dass es sich nicht lohnt, in Schulen Leitungsverantwortung zu übernehmen. Einzelne Lehrende oder ganze Kollegien sehen sich oftmals mit unmöglichen Situationen alleingelassen. Ein Change-Prozess unter diesen Vorzeichen kann nicht gelingen. Dabei hat Berlin viele sehr motivierte, sehr engagierte und kompetente Lehrende. Dieses Personal gilt es zu stärken und weiterzuentwickeln. Eltern, Lernende und Lehrende verdienen als Gegenüber ein Führungspersonal, das Verantwortung übernimmt und Gestaltungsspielräume ausmisst. Eine sinnvolle Führungsstruktur setzt jedoch voraus, dass Bildungspolitik wieder zur Chefsache wird in den Parteien. Kennen Sie einen wirklich profilierten Bildungspolitiker, seit Annette Schavan das Feld verlassen hat?

So nah und doch so fern

Aus der Sicht Mecklenburg-Vorpommerns

SILKE BREMER

Geboren 1965 in Stadthagen, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern und Leiterin des Politischen Bildungsforums Mecklenburg-Vorpommern, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als 1990/91 Berlin Bundeshauptstadt wurde, hatte auch Mecklenburg-Vorpommern Grund zum Jubel. Zwar gibt es keine direkte Nachbarschaft, und gut genährte „Speckgürtel“ können sich hierzulande nicht bilden, gleichwohl war die „Ostverlagerung“ aufgrund ihrer Strahlkraft bis in weit entfernte Regionen auch für Meck-

lenburg-Vorpommern mit Vorteilen verbunden. Dabei ist Berlin als Hauptstadt zumindest für Vorpommern kein Novum. Während die Mecklenburger ihre Eigenständigkeit bis 1952 (als in der DDR die Länder zugunsten von Bezirken aufgelöst wurden) bewahrten, verlor Pommern seine Unabhängigkeit schon im Dreißigjährigen Krieg. Zunächst schwedisch, wurde Vorpommern 1720 in Teilen und 1815 vollständig preussisch. Berlin als Hauptstadt bedeutet insofern für den östlichen Teil des Landes Mecklenburg-Vorpommern den Rückgriff auf eine Jahrhunderte währende Kontinuität.

Dass sich die beiden Landesteile Mecklenburg und Vorpommern in ihrer Verbundenheit mit Berlin erheblich voneinander unterscheiden, ist indes auch an weiteren Themen erkennbar. Geradezu idealtypisch zeigt sich dies am Zuschnitt der Erzbistümer der katholischen Kirche. Unterstehen die Katholiken in Vorpommern dem Erzbischof in Berlin, sind die Katholiken in Mecklenburg dem Erzbistum Hamburg zugeordnet. Auch die evangelische Kirche Pommerns verspürt eine starke Verbundenheit mit Berlin. Als vor einigen Jahren die Nordkirche gebildet werden sollte und die mecklenburgischen und pommerschen Landeskirchen sich schließlich der evangelischen Nordkirche anschlossen, favorisierten zuvor viele in Vorpommern eine Fusion mit der Landeskirche Berlin-Brandenburg.

BADEWANNE DER BERLINER

Allerdings sind sich auch die Mecklenburger in ihrer Orientierung hin zur Elbe und nach Hamburg keineswegs einig. Selbst innerhalb Mecklenburgs bestehen Unterschiede, die nicht allein räumlicher Logik entspringen (das östliche Mecklenburg liegt schlicht näher an Berlin als an Hamburg), sondern auch historische Ursachen haben. So gibt es bis heute eine spürbare Teilung zwischen den Territorien der ehemaligen Herzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: Während im westlichen Teil, Schwerin, eine unbestreitbare Orientierung in Richtung Elbe besteht, ist der östliche Teil naturgemäß stärker nach Brandenburg und somit in Richtung Berlin orientiert. Die historischen Wurzeln dafür reichen weit

zurück – man denke etwa an die aus Mecklenburg-Strelitz'schem Hause stammende Königin Luise von Preußen, die wohl bekannteste Frau des preußischen Herrscherhauses, die in den turbulenten Wendejahren vom 18. zum 19. Jahrhundert auch für eine Intensivierung der Beziehungen zwischen Mecklenburg-Strelitz und Preußen sorgte.

Wiederum andere Nuancen sind zu beobachten, betrachtet man die Beziehungsgeschichte von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern durch eine touristische Brille. Zweifelsohne sind die für den Fremdenverkehr gut erschlossenen Gebiete – allem voran die Küstenregionen – deutlich „Berlin-affiner“ als etwa dünn besiedelte, touristisch wenig entwickelte Landstriche im Hinterland. Entstanden sind die guten Verbindungen zu Kaisers Zeiten, als vor allem der Berliner Adel die Ostsee als *seine* „Badewanne“ entdeckte und die Kaiserbäder Usedom zu seinen bevorzugten Urlaubszielen machte. Das in der Folge entstandene Selbstverständnis vieler Berliner, über das Wochenende an die Küste zu fahren und auch längere Urlaubszeiten an der Ostsee zu verbringen, hat die Jahrzehnte unbeschadet überstanden. Auch nach der Wiedervereinigung blieb diese Verbundenheit bestehen – nicht zuletzt dank einer guten Tourismusförderung im Land. Als Ganzes konnte Mecklenburg-Vorpommern seine Stellung als beliebtestes Inlandsreiseziel der Berliner festigen.

In bundespolitischer Hinsicht besteht eine besondere Verbindung. Gleich zwei der vier ranghöchsten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland kommen aus Mecklenburg-Vorpommern und sind bis zum heutigen Tage eng mit dem Land verbunden. Bundeskanzlerin Angela Merkel

ist politisch in Vorpommern-Rügen-Greifswald beheimatet, ihr Wahlkreisbüro befindet sich in der Hansestadt Stralsund. Die Bundeskanzlerin steht zu „ihrem“ Land, auch „kleinere“ Termine finden ihre Aufmerksamkeit. Und auch der ranghöchste Repräsentant Deutschlands, Bundespräsident Joachim Gauck, hat seine Wurzeln in Mecklenburg-Vorpommern. Der in der Hansestadt Rostock geborene Gauck war viele Jahre in seiner Heimatstadt Rostock als Pastor der mecklenburgischen Landeskirche tätig.

LAUT UND COOL, WEIT UND STILL

Die vielfältigen Verbindungen zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vermögen indes nicht den großen Unterschied zu verbergen, der dem Betrachter sofort ins Auge springt. Berlin ist dynamisch, bunt, cool, international und gerade für junge Menschen sehr attraktiv. Mecklenburg-Vorpommern hingegen übt eine Anziehungskraft mit fast entgegengesetzten Vorzügen aus. Es hat Natur, ist mit seiner geografischen Randlage „weit weg von allem“, landwirtschaftlich geprägt, hat eine einzigartige Landschaft,

unberührte Natur und Weiten, in bestimmten Regionen scheint das Land menschenleer zu sein. Die Metropole Berlin beherbergt mit ihren 3,5 Millionen Einwohnern mehr als doppelt so viele Menschen wie das Land Mecklenburg-Vorpommern mit 1,6 Millionen Menschen und der geringsten Bevölkerungsdichte Deutschlands. Berlin ist laut, in Mecklenburg-Vorpommern findet man Ruhe. Diese auf den ersten Blick einleuchtende Formel vermag die Verhältnisse aber nicht wirklich zu beschreiben. Der genauere Blick zeigt: Beide Länder beherbergen unendlich viele Schätze, die es zu entdecken gilt. Berlin lockt mit den vielfältigsten Angeboten einer großen, internationalen Stadt, Mecklenburg-Vorpommern punktet mit Landschaften und Angeboten etwa aus dem Festspielbereich, den Sails und anderem mehr.

Last, but not least: In landespolitischer Hinsicht sind sich Berlin und Mecklenburg-Vorpommern aktuell erstaunlich ähnlich. Beide Länder werden von einer Großen Koalition regiert. In beiden Ländern endet die laufende Legislaturperiode im September 2016, das heißt, hier wie da stehen die Zeichen in den nächsten Monaten auf Wahlkampf. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – so nah und doch so fern. Die Nähe überwiegt.

Großstädte ticken anders

Zu den Unterschieden zwischen Stadt und Land

OLE VON BEUST

Geboren 1955 in Hamburg, von 2001 bis 2010 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Mitgesellschafter der Ole von Beust Consulting GmbH & Co KG.

Eine Welt, *one world*: Das ist nicht nur eine Kurzfassung von Globalisierung und internationaler Verantwortung, das drückt aus, dass sich Unterschiede immer mehr verwischen. Auch die zwischen Stadt und Land. Das alte Klischee vom aufgeschlossenen Städter und

vom in alten Strukturen gefangenen Land-/Kleinstadtbewohner stimmt längst nicht mehr. Die allgemeine Teilhabe an umfassender Kommunikation, flächendeckende Onlinepräsenz und Vernetzung sowie große Mobilität führen zur Angleichung der Lebens- und Sichtweisen.

Und trotzdem: Großstädte ticken anders – nicht, weil die Bewohner per se aufgeschlossener oder aufgeklärter sind, sondern weil die tatsächlichen

Bedingungen, die auch politische Meinungen und Handlungen prägen, anders sind. Warum?

Soziale Bindungen und damit Engagement in Vereinen und Verbänden sowie Prägung von Meinungen sind in großen Städten geringer. Das liegt an der hohen Fluktuation der Einwohnerschaft. Die Menschen kommen und gehen, zum Beispiel, um zu studieren, wegen eines Arbeitsplatzwechsels oder infolge der Veränderungen privater Verhältnisse. Pro Jahr rechnet man mit etwa 150.000 Zu- und Wegzügen, das heißt, dass sich statistisch in acht bis zehn Jahren die Bevölkerung vollständig austauscht. Der Umzug innerhalb der Stadt von einem Viertel in ein anderes mit weiten Fahrtstrecken kommt hinzu. Für die politische Meinungsbildung bedeutet das, dass der Anteil der durch soziale Bindungen Geprägten – Mitglieder in Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, Kammern – erheblich geringer ist als der in Dörfern und Kleinstädten.

Das Zusammenleben vieler Menschen auf kleinem Raum beschleunigt gesellschaftliche Entwicklungen in Großstädten im Positiven wie im Negativen. Verarmung und Verelendung werden dort beispielsweise schneller sichtbar, tendenzielle Bindungslosigkeiten führen zur Notwendigkeit, Probleme selbst oder mit staatlicher Hilfe statt in der Familie oder im Bekanntenkreis zu lösen. Es bilden sich spontane, kurzfristige Zusammenschlüsse im gesellschaftlichen Engagement; weniger soziale Kontrolle führt zu unkonventioneller Kreativität, aber auch zu asozialem Verhalten; wirtschaftliche Impulse, aber auch Verwerfungen wirken schneller.

KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITIK

Die Funktion der Großstadt als kultureller Mittelpunkt, Verkehrsknotenpunkt, Konsumzentrum oder als universitärer Standort führt neben der virtuellen Teilhabe an den Entwicklungen der Welt auch zur tatsächlichen Wahrnehmung dieser Entwicklungen. Was heißt das für die Politik?

Erstens: Politische Meinungen werden kurzfristig und volatil und nicht durch langfristige Bindungen geprägt. Tradition ist kein Wert an sich.

Zweitens: Von der Politik werden Problemlösungen oder konkrete Entwürfe und nicht weltanschauliche Stringenz erwartet. Der Politiker ist „Geschäftsmanager“ und nicht „Sonntagsredner“.

Drittens: Die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern ist weniger direkt. Das Gespräch nach dem Gottesdienst, beim Vereinstag, beim Neujahrsempfang und Feuerwehrfest gibt es zwar noch, aber ohne eine große Auswirkung oder Bindungswirkung.

Viertens: Die persönliche Übereinstimmung zwischen dem Politiker und dem „Gefühl der Stadt“ ist wichtig, weil die Wahlentscheidung eher

dadurch als durch die Überzeugung aufgrund tradierter Bindungen getroffen wird.

Fünftens: Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen gesellschaftlichen Entwicklungen spielt eine große Rolle, weil jeder diese Entwicklungen täglich vor Augen hat.

Wer diese Analyse teilt, wird verstehen, warum es für die Union in Großstädten nicht einfach ist.

SCHNÖRKELIGE SPRACHE

Die CDU hat sich lange gesellschaftlichen Entwicklungen verschlossen, die in Großstädten schon „gar kein Thema“ mehr waren. Das beginnt bei der Rolle der berufstätigen Frau, der alleinerziehenden Mutter, der Kinderbetreuung und geht über die Akzeptanz der Einwanderung („Deutschland ist kein Einwanderungsland“) und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bis hin zur wachsenden Bedeutung des Autos in der innerstädtischen Mobilität. Wenn Politik Gesellschaftsmanagement bedeutet, muss der Politiker die Gesellschaft vielleicht nicht mögen, aber sie sehen, wie sie ist. Sonst ist er sich seiner Tradition vielleicht treu, erfüllt aber die gestellten Aufgaben nicht und wird nicht gewählt. Im Laufe der letzten Jahre hat sich in dieser Frage sehr viel getan, aber das Image ändert sich nur langsam.

Die Sprache der Politik, auch der Union, war und ist oft zu schnörkelig. Statt traurig ist man „betroffen“, statt „ein bisschen“ geht man „ein Stück weit“, statt Danke zu sagen, spricht man „herzliche Worte des Dankes“ aus. Statt „einwandern“ „zuwandern“, wer noch nichts erreicht hat, sieht sich aber „auf dem richtigen Weg“, die Zahl der Flüchtlinge soll „spürbar reduziert“ werden und so weiter. Das hat natürlich Tradition und auch eine ungewollte Komik, das Problem ist nur: Die Menschen merken instinktiv, dass durch pathetische Sprache die mangelnde Konkretisierung getarnt werden soll.

Die Entscheidung über die zur Wahl Stehenden war häufig zu intern oder zu exekutiv geprägt. Ein guter Behördenleiter muss nicht ein guter Bürgermeister sein (und umgekehrt) und: Stallgeruch ist im Stall angenehm, wird aber von außen anders empfunden. Daher ist es gut, dass zunehmend Parteiunabhängige ihre Chance erhalten.

GRUNDSÄTZE NICHT ÜBER BORD WERFEN

Die Gegenargumente sind bekannt: Man kann die Parteiprogramme nicht je nach Größe der Stadt splitten. Union ist eben Union. Für Bundestagswahlen gilt das. Aber im Kommunalen kann man durchaus differenzieren, ohne Grundsätze über Bord zu werfen. So wurden zum Beispiel mit Zustimmung

der CDU und unter der CDU-Regierung in Hamburg Fixerstuben eingerichtet, wurde Heroin an Schwerstabhängige unter staatlicher Aufsicht vergeben, ein nachfragegesteuertes Gutscheinsystem für die Kita-Betreuung eingeführt, wurden Bauwagenplätze mit Verträgen legalisiert, eingetragene Partnerschaften im Beamtenrecht gleichgestellt, Quoten für die Ausbildung von Jugendlichen mit ausländischem Kulturhintergrund bei der Stadt und bei öffentlichen Unternehmen eingeführt, die städtischen Wohnungen (etwa 139.000) und die Wasserversorgung nicht privatisiert. Die Maßnahmen waren eher unionsuntypisch, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und Aufgaben aber notwendig und wurden letztlich vom Wähler honoriert.

Noch einmal: Die Grundsätze der Union, wie das christliche Menschenbild, Chancengleichheit statt Gleichmacherei, Wettbewerb und Leistung, Nächstenliebe, dürfen nicht zur Disposition gestellt werden; der Spielraum des konkreten Handelns ist innerhalb dieser Grundsätze aber groß.

Das alles gibt keine Garantie, in Großstädten erfolgreich zu sein, jeder hat seine eigenen Erfahrungen – vielleicht erhöht es aber die Chancen.

Berlin gehört keiner Partei

Bürgerbeteiligung benötigt einen veritablen Richtungswechsel

VOLKER HASSEMER

Geboren 1944 in Metz, Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie für kulturelle Angelegenheiten in Berlin a. D., Vorstandsvorsitzender der „Stiftung Zukunft Berlin“.

Richard von Weizsäcker konnte immer einmal wieder „in heiligem Zorn“ sprechen. So, als er davor warnte, dass sich die Parteien den Staat „nicht zur Beute“ machen dürften. Einerseits dürfte er das angesichts der strukturellen und auf vielfachen Verantwortungssäulen gegrün-

deten Stabilität unserer Demokratie nicht wirklich befürchtet haben. Andererseits bewegte ihn aber offenbar die Neigung der Parteien, erst einmal sich selbst und den Erfolg der eigenen Partei im Blick zu haben und erst dann das Gelingen des Staates, obwohl es doch in der Politik um dessen Wohl gehen müsse.

Nicht im Blick hatte Richard von Weizsäcker bei seiner Philippika, dass solche Selbstsucht am Ende Selbstbeschädigung ist: Es ist ein geradezu tödlicher Fehler der Parteien, die berechtigzte Erwartung der Bürger, das

politische Geschäft kümmern sich zuallererst um sie und das Wohl der Gemeinschaft, zu enttäuschen; eine solche Desillusionierung kann schon allein der Anschein hervorrufen, es gehe den Parteien vor allem um sich selbst.

In Berlin hatte das weder die SPD noch die CDU im Auge, als dort beide um den Rang konkurrierten, „Berlin-Partei“ zu sein. Beide Parteien erwarteten sich von diesem Etikett die Bestätigung ihrer führenden Positionen durch die Berlinerinnen und Berliner und schließlich durch das Wahlvolk. Dass es dabei nicht nur um den ersten Platz auf dem Podest ging, sondern dass so auch eine Art Vereinnahmung impliziert wurde, ist bis heute nicht wirklich bedacht worden. Die „Berlin-Partei“ war gegenüber den Menschen in Berlin ein Titel, der so etwas wie einen Eigentumsanspruch vermittelte. Nicht nur die in der Wahlentscheidung legitimierten „Besten“, sondern auch die „Eigentlichen“ – dies schien gar nicht so sehr abhängig von dem zu sein, was die Berlinerinnen und Berliner selbst dazu sagen würden.

„WAHRE BERLINER“ SIND NUR DIE BÜRGER SELBST

Das vielleicht überraschendste Wahlergebnis in Berlin-West im Schicksalsjahr 1989, als eine nach allen Umfragen absolut siegessichere CDU verlor und die SPD, auf die niemand gesetzt hatte, an die Macht kam, ist aus heutiger Sicht eine Bestätigung dieser Analyse. Die damalige Berlin-Partei-Attitüde der CDU vermittelte den Wählerinnen und Wählern letztlich auch, dass sie gar keine besondere Entscheidung treffen müssten, da die CDU ja ohnehin und schon vor dem Wählervotum als die richtige Partei für Berlin definiert sei.

Diese kommunizierte Selbstverständlichkeit wollten die Wählerinnen und Wähler offenbar nicht mittragen. Ihr Votum bei der Wahlentscheidung (für die SPD) machte klar, dass sie sich ausschließlich selbst als die wahren Berliner empfanden, die niemandem das Recht gaben und geben wollten, ungefragt als „ihre“ Partei, eben als die Berlin-Partei, aufzutreten.

Eigentlich hätte die CDU gewarnt sein müssen. Denn in der Vergangenheit war es vor allem die SPD, die sich wie die „ewige Partei Berlins“ gab. Das hat sie übrigens bis heute nicht abgelegt. Im anstehenden Wahlkampf klingt der Anspruch durch, man könne sich (auch bei abnehmenden Umfragezahlen) die Parteien aussuchen, mit denen man die nächste Regierung bildet. Da könnte der Wähler – wieder einmal – ins Grübeln kommen ...

Dies war Anfang der 1980er-Jahre einer der Gründe dafür, dass zum ersten Mal die CDU die Regierung in Berlin bilden konnte. Mit einem neuen, frischen und optimistischen Blick auf die Themen der Stadt, auf ihre Besonderheiten, auf ihre besonderen Potenziale. Und mit der Botschaft, dass man entschlossen sei, damit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger etwas aufbauen zu wollen.

Inzwischen hat diese Frage der Positionierung der Parteien in der demokratischen Ordnung eine noch viel größere Brisanz. Nicht nur, weil das Vertrauen in die schon sprichwörtlich „etablierten Parteien“ inzwischen nicht gerade größer geworden ist. Es hat sich vielmehr insgesamt das Verhältnis zwischen der aktiven Politik und den Bürgern verschoben.

Die repräsentative Demokratie wird als Ganzes – noch? – nicht infrage gestellt. Die festgelegte Rollenverteilung wird aber inzwischen immer weniger gelebt: Die Rolle der Politiker, im Auftrag der Bürger die öffentlichen Dinge zu verantworten und zu lenken, und die Rolle der Bürger, von Wahl zu Wahl sich für die von ihnen bevorzugten Politiker und Parteien zu entscheiden, sind weit weniger selbstverständlich, als sie es zu Beginn waren.

SINKENDE WAHLBETEILIGUNG UND „WUT-WAHLEN“

Die steigende Wertschätzung direkter Bürgerentscheide, Formen direkter Demokratie also, ist dafür ebenso ein Zeichen wie die im Schnitt weiter sinkende Wahlbeteiligung. Besonders zerstörerisch wirkt die abnehmende Achtung, die die Bürgerinnen und Bürger Politik und Politikern entgegenbringen, abnehmende Achtung vor ihnen persönlich, aber auch gegenüber ihren Entscheidungen.

Das äußert sich besonders gefährlich in „Wut-Wahlen“. Indem Wähler Parteien ihre Stimme geben, die letztlich nichts anderes zustande gebracht haben, als in ihren Programmen dieselbe Missachtung und Ablehnung gegenüber den „Etablierten“ auszudrücken, äußern sie ihre Unzufriedenheit. Das sind Wahlentscheidungen, die (die bisher Regierenden) abstrafen, anstatt (den künftig Regierenden) Vertrauen zu erklären.

Wer so wählt, dem geht es weniger darum, dass er den von ihm Gewählten wirklich sein Schicksal anvertrauen will. Deshalb verschwinden auch die meisten dieser Parteien mehr oder weniger (oftmals unmittelbar nach der erfolgten Wahl) wieder, ohne dass das ihren Wählern besonders wehzutun scheint. Sie wollten sich mit ihrer Wahlentscheidung eher ausklinken aus dem demokratischen System der Auswahl von Verantwortlichen.

VERITABLER RICHTUNGSWECHSEL

Es gibt jedoch nicht nur diese ablehnende Tendenz, die unsere repräsentative Demokratie zu einer neuen Entwicklungsphase zwingt. Es gibt auch Strömungen von der „anderen“, der positiven Seite her. Eine für die Gemeinschaft, für das Gemeinwohl grundsätzlich konstruktive Tendenz wird immer stärker – und diese ist noch sehr viel wichtiger als die geschilderte ablehnende Position. Bürger wollen zunehmend selbst mitwirken, wollen die öffentlichen Dinge

nicht mehr allein den Politikern überlassen. Sie wollen, statt „nur“ zu wählen, Akteure im Politischen werden, und zwar ohne dazu den Weg der Parteimitgliedschaft zu gehen.

Das wird hier in der Unterscheidung zu den Wut-Wählern deshalb eine konstruktive Tendenz genannt, weil von diesen Bürgern die gemeinschaftlichen Themen ernst genommen werden. Das ist keine Resignation, das ist sogar eher Entschiedenheit: sich nicht nur um das Eigene, sein Privates zu kümmern, sondern auch um die Gesellschaft, die gemeinsame Zukunft. Dass da eigene Sichtweisen und eigene Interessen eine Rolle spielen, ist weder zu verleugnen noch zu kritisieren. Ein solches subjektives Element hat bereits in der Vergangenheit – allerdings im Akt der Wahlentscheidung – eine Rolle gespielt und nicht in der Alltäglichkeit der operativen demokratischen Praxis.

Bürger sind selbstbewusster geworden, haben mehr Zeit und größere Ansprüche. Sie füllen ihre Rolle als Bürger aktiver aus als in der Vergangenheit. Sie handeln im Bewusstsein, dass das Gemeinwesen letztlich ihr eigenes ist und sie sich deshalb auch um seine Entwicklung kümmern wollen und nicht darauf vertrauen, dass andere es schon in der besten Weise richten werden. Solche Tendenzen sind schlussendlich vor allem eine Chance zur Kräftigung, auch zur Kompetenzerweiterung unserer demokratischen Ordnung. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass ein bloßes „Die-Sache-selbst-in-die-Hand-Nehmen“ aus guten Gründen mit unserer (sehr richtigen) Entscheidung für die repräsentative Demokratie nicht vereinbar ist.

DAS REPRÄSENTATIV-DEMOKRATISCHE STÄRKEN

Es bleibt folglich nichts anderes übrig, als darüber nachzudenken, wie diese neue bürgerschaftliche Entwicklung einen Platz finden kann – in einer Weise, die das System der repräsentativen Demokratie nicht schädigt oder gar infrage stellt. Ja, es muss sogar um Formate gehen, die letztlich das Repräsentativ-Demokratische stärken und zukunftsfähig machen. Es geht um einen veritablen Richtungswechsel. Bisher haben sich die Parteien angewöhnt, immer schon selbst zu wissen, was für das Gemeinwesen das Richtige ist. Sie haben dies in ihren Sitzungen beraten, dabei Kompromisse gefunden und Beschlüsse verabschiedet. Und dann haben sie sich darum bemüht, für ihre Meinung möglichst viele Anhänger zu mobilisieren. Bürger sind in diesem System diejenigen, die man „gewinnen“ muss. Wenn sie sich zu Wort melden, ist man zwar gut beraten, ihnen entgegenzukommen; aber am reibungslosesten scheint es zu laufen, wenn man außerhalb des Wahlkampfes von ihnen, ihren Meinungen und Erkenntnissen in Ruhe gelassen wird. Man hat schon genug zu diskutieren innerhalb der eigenen Reihen. Das operative Geschäft der Demokratie scheint aus dieser Perspektive der Gewohnheit doch letztlich das der Politiker und ihrer Parteien zu sein.

Da muss man sich nicht wundern, wenn von den Bürgerinnen und Bürgern dann auch dieses Geschäft nicht als das ihre erlebt und empfunden wird. Vor allem dürfen sich die Parteien nicht wundern, wenn die in solcher Arbeit erzielten Ergebnisse durchaus nicht immer den Meinungen der Bürger entsprechen – wichtiger noch: ihrem Wissen und ihren Erfahrungen. Eigentlich sind es doch die respektablen und zu respektierenden Bürger, die es bei diesem Auseinanderklaffen der Positionen – ihrer eigenen und der der Politik – nicht belassen wollen, sondern nach Wegen suchen, das, was sie wissen und für richtig halten, zu vertreten und zur Wirkung zu bringen. Es sind jene, die sich gerade nicht den persönlichen Luxus leisten, einfach nur wütend zu sein und zu protestieren, jene, die sich selbst in der Pflicht sehen.

Das ist der Richtungswechsel, der angezeigt wird: Parteien und Politiker müssen sich solcher Teilnahme ehrlich öffnen. Sie müssen sich für das, was an Erfahrungen und Erkenntnissen in ihrer Gesellschaft vorzufinden ist, interessieren. Sie müssen Wege finden – auch zur Verbesserung der Qualität ihrer Arbeit –, solche Erkenntnisse in ihre Überlegungen einzubeziehen. Sie dürfen sich vor der Kompetenz ihrer Bürger nicht verschließen, sie müssen sie erschließen, auch wenn nicht immer alles Gold ist, was da glänzt. Dieses Phänomen kennen die Politiker in gleicher Weise aus ihren Parteien – auch da muss erst Spreu vom Weizen getrennt werden.

ENTSCHEIDUNGEN GEMEINSAM VORBEREITEN

Wie also? Es geht um gemeinsame Entscheidungsvorbereitung. Wenn Fakten gesammelt, Aspekte zusammengetragen werden, wenn Abwägungen vorzunehmen sind, wenn Konsequenzen bedacht werden müssen, wenn Prioritäten ins Kalkül zu ziehen sind: Überall dort haben Bürgerinnen und Bürger „etwas zu sagen“. Sie haben etwas beizutragen, auch wenn sie nicht „das Sagen haben“.

Denn es sind ihre Lebensverhältnisse, über die nachgedacht wird, für die Verbesserungen angestrebt werden. Es geht um Erfahrungen, die auch sie gemacht haben, um Ziele, mit denen auch sie sich – zustimmend oder ablehnend – beschäftigen, Vergleichsfälle, die sie selbst kennen, Hoffnungen, die sie selbst haben. Das ist der Stoff, aus dem schließlich Entscheidungen entstehen. Dieser Stoff muss möglichst umfassend und möglichst dicht sein. Und er muss möglichst eng an und mit den Menschen entwickelt werden, für deren Interessen, für deren Wohlergehen anschließend die Entscheidungen wirken sollen. Ihnen hat das städtische Management zu dienen, sie sind die, die die Stadt tragen und für die die Stadt gemacht ist und entwickelt werden muss. Ihnen gehört die Stadt und um ihretwillen muss sie regiert werden.

Anders als bei Formen der quantitativen Bürgerbeteiligung zählt hier nicht die Zahl der Köpfe, es zählt ihr Inhalt. Es geht um ein qualitatives

Mitwirken. Ein Mitwirken, das auf der Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger fußt. Und um eine Politik, die sich dieser Kompetenz bewusst ist und sie schätzt, die, so aus dem Blickwinkel der Bürgerinnen und Bürger, konstruktiv reagiert auf deren Mitwirkungsbereitschaft, auf deren Mitwirkungsinteresse.

Dies ist eine Vorgehensweise, die für beide Seiten durchaus anstrengender ist als die bloße Abstimmung bei Volksentscheiden. Für die Seite der Bürgerinnen und Bürger, da es um aktives Mitwirken geht, um die Entwicklung von Argumenten und um den Aufwand, den die Auseinandersetzung mit anderen Positionen und Erfahrungen bedeutet. Auf der Seite der Politik bedeutet dieser Prozess Mühe, weil man nicht nur – bestenfalls – die Bürgerinnen und Bürger anzuhören, sondern sie auch in den Prozess der politischen Entscheidungsvorbereitung einzubeziehen hat. Der Aufwand allerdings lohnt sich für beide Seiten: für die Bürgerinnen und Bürger, weil sie mit ihren Erfahrungen und Überlegungen angehört werden, und zwar nicht „irgendwie“, in mehr oder weniger verbindlichen Bürgerversammlungen, sondern dort, wo es „gilt“ – bei der Vorbereitung auf die sie interessierenden Entscheidungen, für die Politik, weil sie sich (vor ihren Entscheidungen) den Bürgerinnen und Bürgern als Partner und nicht (nach ihren Entscheidungen) als Gegner gegenüberstellt. Und für beide: weil die Entscheidungen angesichts der Einbeziehung zusätzlicher Kompetenz besser zu werden versprechen.

In Berlin hat die Stiftung Zukunft Berlin gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern der Politik vorgeschlagen, nach den kommenden Wahlen gemeinsam zwischen Politik und Gesellschaft über eine Strategie für die Zukunft der Stadt zu beraten. Solch ein Zukunftskonzept hat Berlin bislang weder mit der Politik, geschweige denn gemeinsam mit der Gesellschaft erarbeitet. Der Vorschlag will eine partnerschaftliche Arbeit, in der keine der beiden Seiten den Prozess oder den Inhalt allein bestimmen darf.

Dazu hat die Stiftung nach ausführlichen Vorüberlegungen ein Konzept beschlossen, das den Vorsitzenden der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien vorgetragen wurde. Es ist sehr ermutigend, dass die Chefs sowohl der SPD als auch der CDU, der Grünen sowie der Linken zugesagt haben, diese Arbeit in ihren Parteien mitzutragen. Der Anspruch ist groß und das ganze Unterfangen innovativ. Wenn es aber gelingt, könnte daraus ein großes Zeichen werden, dass in Berlin der geforderte Richtungswechsel versucht wird: mit Wort und Tat die wirklichen Eigentümer der Stadt in den Blick zu nehmen – die Bürgerinnen und Bürger.

„Bittere Niederlagen, stolze Siege“

Frank Henkel über den Hauptstadtbeschluss, die Berliner CDU
und die Perspektiven der Stadt

FRANK HENKEL

Geboren 1963 in Berlin, seit 2008 Landesvorsitzender der CDU Berlin, seit Dezember 2011 Senator für Inneres und Sport und Bürgermeister von Berlin.

Herr Henkel, wie blicken Sie auf den „Hauptstadtbeschluss“ vor 25 Jahren zurück?

Frank Henkel: Mit diesem Beschluss ist umgesetzt worden, was in der alten Bundesrepublik Konsens über viele Jahrzehnte war – nämlich dass im Falle der wiederhergestellten Einheit Berlin unumstößlich die Hauptstadt Deutschlands werden soll. Es war damals eine quälende Debatte, bei der die Glaubwürdigkeit der Politik

mit auf dem Spiel stand. Bis heute bin ich Wolfgang Schäuble außerordentlich dankbar dafür, dass er in der entscheidenden Bundestagsberatung die richtigen Worte gefunden hat. Wolfgang Schäuble hätte es absolut verdient, Ehrenbürger der Stadt Berlin zu werden.

Dass der Bundestag, der Bundesrat, das Bundeskanzleramt und andere Ministerien nach Berlin gezogen sind, hat der Entwicklung der Stadt einen zusätzlichen Schub gegeben, und die vielen Neu-Berlinerinnen und Berliner haben die Stadt auf vielfältige Weise bereichert. Ich halte es für gut und richtig, wenn wir endlich einen Schlussstrich ziehen könnten – und das heißt: Umzug aller Ministerien nach Berlin. Die Zeit ist mehr als reif dafür.



© picture-alliance/dpa, Foto: Kay Nietfeld

Sie sind im Berliner Osten aufgewachsen und mit fast achtzehn Jahren in den Westteil ausgereist, als die Stadt noch geteilt war. Wie blickt man mit einer solchen ost-westlichen Sicht auf das heutige Berlin?

Frank Henkel: Ich bin in der Charité geboren, mit Spreewasser getauft, ein Berliner mit Leib und Seele, der gewissermaßen aus beiden Seiten der einst geteilten Stadt kommt. Und der darum vielleicht ein wenig stolz darauf sein darf, die fantastische Entwicklung dieser in Freiheit wiedervereinten Stadt mitzuerleben und heute als Bürgermeister und als Senator für Inneres und Sport an einer verantwortlichen Stelle mitgestalten zu dürfen.

Nach der Übersiedlung in den Westen habe ich mich zunächst in der „Gesellschaft für Menschenrechte“ engagiert. Diese

NGO setzte sich damals besonders gegen das Unrecht in der DDR und den osteuropäischen Staaten ein und entwickelte Hilfsinitiativen. Dieses Thema hat mich aufgewühlt und war der Impuls für mein späteres parteipolitisches Engagement in der Berliner CDU.

Richard von Weizsäcker habe ich noch erlebt, ohne Mitglied zu sein. 1986 trat ich der Union bei. Es begann die Ära Eberhard Diepgen. Später war es die große Leistung der von ihm geführten Großen Koalition, den Osten und Westen Berlins in sozialer Verantwortung zusammenzuführen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West – seinerzeit ein riesiger Kraftakt.

Aus unserer Sicht wurde die Berlinförderung damals viel zu schnell zurückgefahren, was dazu führte, dass Arbeitsplätze abgebaut werden mussten und es an Mitteln fehlte, um die Infrastrukturen

beider Teile – das getrennte Gesundheits- oder Bildungswesen, die getrennten Sicherheitsapparate und so weiter – zusammenzuführen. Trotzdem ist das gelungen, und es wurde zu einer prägenden Zeit für die Stadt. Berlin hat sich damals neu erfunden. Sie kennen ja den Spruch: „Berlin ist immer im Werden, niemals im Sein!“

Wie beurteilen Sie die Entwicklung Ihrer Partei – gerade auch jenseits der Erfolge?

Frank Henkel: Wir haben erlebt, wie die CDU 1989 mit einer guten Bilanz abgewählt wurde und die erste rot-grüne Landesregierung antrat. Sie überdauerte knapp zwei Jahre, und in Gesamtberlin wurde Eberhard Diepgen erneut zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Also die Erfahrung bitterer Niederlagen und stolzer Siege!

Dann kamen wir 2001 in eine Situation, in der um die Schieflage der Bankgesellschaft Berlin eine Geschichte gesponnen wurde, die die Verantwortung für dieses Geschehen im Senat und in den Aufsichtsgremien einseitig den Union-Mitgliedern zuschob. Der Bruch der Koalition folgte und wurde seitens der Sozialdemokraten geschickt inszeniert. Ob es der Stadt gutgetan hat, daran kann man bis heute Zweifel haben.

Es kamen schwere Zeiten für die Berliner CDU – vor allem mit Sicht auf die Wiederherstellung der Akzeptanz in der Bevölkerung. Zehn Jahre blieb sie in der Opposition, was in der Demokratie zweifellos eine wichtige Funktion ist. Doch erfolgte zu dieser Zeit der Austausch des Führungspersonals, ohne dass dieser Prozess – etwa durch Nachfolgeregelungen – gesteuert war. Es gab „Diadochenkämpfe“

und die unglückliche Entwicklung, dass eine Fülle von Talenten in verschiedenen Ämtern verschlissen worden ist. Es gelang nicht, Stabilität in die eigenen Reihen zu bringen und sich wieder wahrnehmbar auf eine vernünftige politische Sacharbeit zu fokussieren.

Infolgedessen haben wir 2001 und 2006 mit unterschiedlichen Spitzenkandidaten die Wahlen verloren. Zwei Jahre später trat der Landesvorsitzende zurück, der Fraktionsvorsitzende musste zurücktreten. Das sind Dinge, die offensichtlich unumgänglich waren, aber eine Partei nicht gut dastehen lassen. Aus dieser Situation heraus bin ich Fraktionsvorsitzender und wenig später auch Landesvorsitzender geworden.

Diese harten Jahre waren aber auch ein Lernprozess. Die Partei hat schmerzlich erfahren, dass es so nicht weitergehen kann und dass – wenn man Erfolg haben will – Geschlossenheit die beste Ausgangsbasis ist. Denn eines will jedenfalls der bürgerliche Wähler nicht – eine Partei, die permanent streitet. Und damit meine ich nicht die Sachauseinandersetzung: Die ist gut und richtig. Aber wenn man sich nur um Personalfragen streitet, fliegen einem keine Sympathien zu. Dass die Union heute weit geschlossener ist als alle politischen Mitbewerber, zeigt, dass der Lernprozess fruchtet.

2011 war es soweit, dass wir wieder als ein Partner wahrgenommen wurden, mit dem man wenigstens Sondierungsgespräche führte. Als dann die rot-grüne Sondierung an der Frage von ein paar Autobahnmetern der A100 scheiterte, brachte uns das mit an die Regierung.

Berlin strahlt international, hat eine sinkende Arbeitslosigkeit und eine

wachsende Wirtschaft. Welchen Anteil hat die Politik daran? Oder war das alles – wie häufig in der Presse zu lesen ist – trotz einer zumindest als „piefig“ abqualifizierten Berliner Politik und Verwaltung möglich? Die aus dem Ru-der gelaufenen Projekte – wie der BER-Flughafen – geben dieser Wahrnehmung ja Munition.

Frank Henkel: Dass der BER immer noch nicht fertiggestellt ist, ist kein Ruhmesblatt – weder für die deutsche Industrie noch für die Politik in Gestalt der drei Gesellschafter: Bund, Brandenburg und Berlin. Da lässt sich nicht drum herumreden. Dennoch müssen wir aufpassen, dass die Eindrücke, die durch die mehrfache Verschiebung der Flughafeneröffnung entstanden sind, nicht die Erfolgsstory Berlins überlagern.

Mag auch sein, dass Berlin in vielen Fragen immer noch sehr kommunal ist. Und ich bin auch nicht so vermessen, zu sagen, dass etwa die Erfolge in der Wirtschaftsentwicklung ausschließlich mit Politik zu tun haben. Start-ups beispielsweise kommen und gehen – mit oder ohne Regierungsbeteiligung der Union. Dennoch halte ich es für wichtig, eine Politik zu verfolgen, die konsequent auf die Schaffung von Jobs ausgerichtet ist. Wenn ich mir anschau, wie viele Start-ups sich gegründet haben, dass Berlin die Gründerhauptstadt Europas ist, dass wir beim „Risikokapital“ zum zweiten Mal London abgelöst haben – dann sind das Entwicklungen, die auch mit der politischen Rahmensetzung zu tun haben.

Auch hier gab es andere Zeiten: Klaus Wowereit hat in der rot-roten Koalition das Ende des industriellen Zeitalters ausgerufen und eine einseitige Fokussierung

auf Dienstleistungen betrieben. Überspitzt habe ich stets formuliert, dass sich die soziale Infrastruktur einer Stadt wie Berlin nicht davon finanzieren lasse, wenn man statt zwei- dreimal am Tag zum Friseur ginge. Was ich sagen will, ist: Natürlich braucht eine Metropole wie Berlin Dienstleistungen – etwa im Kulturbereich –, aber die Voraussetzung dafür ist ein industrielles Rückgrat.

Das ist unser Standpunkt, und damit sind wir 2011 in die Koalition eingetreten. Und dabei meinten wir nicht Industrie-arbeitsplätze wie im 19. Jahrhundert, sondern moderne Industriearbeitsplätze, die mit einer gewissen Wertschöpfungskette verbunden sind. Wer sich die letzten fünf Jahre anschaut, wird feststellen, dass sich die Stadt auf diesem Gebiet prächtig entwickelt hat.

Klingt so, als lief momentan alles gut in Berlin?

Frank Henkel: Es läuft vieles gut in Berlin. Aber es gibt Dinge, an denen wir weiter arbeiten müssen. Rot-Rot ist verantwortlich für einen Personalabbau, der unter Wowereits Überschrift stand: „Sparen, bis es quietscht“. Mit unserer Regierungsbeteiligung ist es da zu einer deutlichen Trendwende gekommen.

In Berlin sind unter Rot-Rot beispielsweise 1.800 Polizisten abgebaut worden. Das war aber nicht allein ein Abbau, sondern es gab einen Einstellungsstopp, der bewirkte, dass es zu langfristigen Defiziten bei der Personalentwicklung der Polizei kam. Gegen Ende der jetzigen Legislaturperiode gibt es wieder 1.000 Stellen im Sicherheitsbereich mehr und 200 bei der Feuerwehr. Die Stellen beim Verfassungsschutz haben wir um 25 Prozent erhöht,

um politischen Extremismus besser bekämpfen zu können.

Deshalb ist es unter dem Gesichtspunkt verlässlicher Rahmenbedingungen wichtig, dass wir im Oktober die Chance bekommen, den Weg weiterzugehen. Denn natürlich stehen gewaltige Aufgaben bevor. Ich denke etwa an das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt: Berlin wird bald vier Millionen Einwohner haben. Da gibt es Punkte, die mit Blick auf den öffentlichen Sektor hasenfüßig angegangen worden sind. Ich denke aber auch an das Stichwort Digitalisierung, denn das, was in Sachen Digitalisierung in Berlin gut läuft, betrifft bisher nahezu ausschließlich den privaten und nicht den öffentlichen Sektor. Das lässt sich etwa mit der Frage verbinden: Wie steht es mit der Digitalisierung an Berliner Schulen oder in der Berliner Verwaltung?

Von 2001 bis 2011 fand öffentlicher Wohnungsbau unter Rot-Rot fast nicht statt. Dadurch gab es immer weniger Wohnraum, was wiederum steigende Mieten zur Folge hatte. Das lässt sich in einer Legislaturperiode nicht aufholen. Aber es wird jetzt sehr viel gebaut. Sowohl öffentlich als auch privat sind sehr viele Wohnungen entstanden. Auch das muss weitergehen: bauen, bauen, bauen und die vorhandenen Instrumente konsequent nutzen. Berlin hat sechs städtische Wohnungsbaugesellschaften, die den Zweck haben und in die Lage versetzt werden müssen, preiswerten Wohnraum anzubieten – und zwar nicht nur am Stadtrand, sondern auch in der Mitte der Stadt.

Sie haben das Thema Sicherheit angeschnitten. Das Kottbusser Tor und der

Görlitzer Park haben es bundesweit zu trauriger Berühmtheit gebracht. Vor diesem Hintergrund die Frage: Wie sicher ist Berlin?

Frank Henkel: Die Lage am Görlitzer Park oder am Kottbusser Tor geht nicht auf Entwicklungen der letzten zwei, drei Jahre zurück, sondern darauf, dass der Staat über mindestens eineinhalb Jahrzehnte hinweg einfach nur zugesehen hat. Ich habe gesagt, dass Recht und Ordnung durchgesetzt werden müssen, und habe beispielsweise die Taskforce Görlitzer Park ins Leben gerufen. Niemand hat behauptet, dass wir die Probleme von heute auf morgen lösen. Aber gerade am heutigen Morgen gibt es eine Meldung von der Berliner Staatsanwaltschaft mit dem Inhalt, dass die Maßnahmen am Görlitzer Park Erfolge bringen. Auch die Polizeipräsenz am Kottbusser Tor wurde deutlich gesteigert. Ich bin daher überzeugt, dass wir zwar nicht am Ziel, aber auf dem richtigen Weg sind.

Überall da, wo wir Schwerpunkte setzen – das muss man angesichts knapper Personalressourcen –, gibt es Fortschritte: Die Gewalt im öffentlichen Personennahverkehr ist seit 2011 deutlich gesunken. Sogenannte Rohheitsdelikte liegen auf einem Rekordtief, sind auf das Niveau von Mitte der 1990er-Jahre zurückgegangen. Der organisierten Kriminalität haben wir den Kampf angesagt – mit Blick auf die sogenannten „arabischen Großfamilien“, aber auch auf kriminelle Rockerbanden. Deutschlandweit steigt die Zahl der Wohnungseinbrüche. In den rot-grün regierten Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Hamburg verzeichnet die Statistik zweistellige Zuwachsraten. Durch unsere Schwerpunktsetzung lag

die entsprechende Zahl für Berlin im letzten Jahr bei –2,8 Prozent. Gleichwohl gibt es auch eine andere Seite der Medaille: Beispielsweise Taschendiebstahl hat in Berlin zweistellige Wachstumsraten. So ist meine Einschätzung: Ja, die Stadt ist alles in allem sicher, aber es ist nicht so, dass wir nicht noch weiter zu tun hätten.

Der 1. Mai liegt nicht weit zurück. Wie sieht es mit dem politischen Rückhalt für die Berliner Polizei aus, wenn es gegen linksextremistische Gewalt- und Straftäter geht? Da soll es eine Verdopplung in den letzten acht Jahren gegeben haben.

Frank Henkel: Was den Extremismusbereich betrifft, gibt es eine sehr aktive linksextremistische und eine große rechtsextremistische Szene, darüber hinaus einen stark anwachsenden Ausländerextremismus, meist mit Bezug zum Salafismus. Das zusammen stellt die Berliner Polizei vor große Herausforderungen. Beispielsweise über die Flüchtlingsfrage gibt es veritable Links-rechts-Auseinandersetzungen, wo die Polizei bei Demonstrationen in entsprechenden Größenordnungen präsent sein muss, und sie bewältigt diese Aufgaben ganz hervorragend, wie Sie etwa am 1. Mai feststellen konnten. Das könnte sie nicht ohne entsprechenden politischen Rückhalt.

Wenn wir von gesellschaftlichem Rückhalt sprechen, gehören Polizisten immer noch zu den Berufsgruppen, die eine hohe Anerkennung haben. Gleichwohl gibt es in Berlin dies betreffend die eine oder andere Baustelle. Wir haben über den Görlitzer Park und das Kottbusser Tor gesprochen, man müsste die linksextremistische Szene in der Rigaer Straße noch

hinzunehmen – das spielt sich größtenteils im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ab. Hier würde ich mir oftmals eine größere Sensibilität der grünen Verwaltungsspitze wünschen.

Was bedeutet es für die hiesige Innenverwaltung und Polizei, dass Berlin Hauptstadt ist?

Frank Henkel: Im letzten Jahr fanden rund 5.000 Demonstrationen statt, nicht jede mit großen Teilnehmerzahlen von 10.000, 20.000, 30.000 Leuten. Wenn es aber um TTIP oder andere Streitfragen geht, sind es leicht 250.000 Menschen.

Dazu kommt die Sicherung der Staatsbesuche oder die Bewachung von Botschaften und Konsulaten und Ähnliches, wozu uns das Wiener Abkommen verpflichtet. Das tun wir gern, aber hier streben wir einen fairen Lastenausgleich mit der Bundesregierung an, der momentan neu verhandelt wird.

Dem Bund sind wir unendlich dankbar für das, was er auf dem Gebiet der Kultur in Berlin leistet. Aber bei der Inneren Sicherheit hat sich die Lage extrem verändert. Mein Vorgänger hat unter gänzlich anderen Bedingungen sechzig Millionen Euro vereinbart. Wenn ich es zusammenrechne, dann benötigen wir schon heute das Doppelte. Zwar werden wir keine 150 Millionen plus x erhalten, aber eine dreistellige Millionensumme muss es schon sein, damit die Hauptstadtpolizei den Aufgaben gerecht werden kann, die ihr aufgetragen wurden.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 9. Mai 2016.



Hardenbergstraße

29e-29d

Budapester Straße

50-40



S 400
5.7
3.7



R3



Populistische Fieberanfälle

Was ist los in Amerika und was geht es uns an?

MICHAEL ZÖLLER

Geboren 1946 in Würzburg, emeritierter Professor für Politische Soziologie und Leiter der Amerika-Forschungsstelle, Universität Bayreuth, war Gastprofessor an etlichen Universitäten der USA und ist gegenwärtig noch Sprecher des Lehrbereiches „Wirtschaft und Gesellschaft“ der Hochschule für Politik in München.

Es ist nicht vorbei, bevor es vorüber ist, lautet eine beliebte amerikanische Redewendung. Mit der *Grand Old Party* ist es so weit gekommen, dass sie hoffen muss, weder Donald Trump noch Ted Cruz würden schon vor der *National Convention* eine Mehrheit der Delegierten gewinnen – und die Demokraten stehen kaum besser da. Das Ganze betrifft uns freilich mehr, als eine von Asterix inspirierte Berichterstattung („Die spinnen, die ...“) erkennen lässt. Zum einen zeigt die internationale

Lage, was es bedeutet, wenn das „unverzichtbare Land“ mit sich selbst beschäftigt ist, zum anderen aber demonstriert nicht erst dieser Vorwahlkampf, dass schlichte Rezepte, die uns unter der Parole „mehr Demokratie“ empfohlen werden, keineswegs zur Milderung populistischer Fieberanfälle taugen, sondern diese erst richtig entfachen.

Vorbei sind jedenfalls die Zeiten, in denen die meisten republikanischen Senatoren liberaler waren als die Demokraten, während deren „Blue Dogs“ ihre Partei auf gemäßigtem Kurs hielten und Kompromisse zwischen den beiden Parteien organisierten. Nach jeder der drei vergangenen Wahlen zogen aber nur noch halb so viele *Blue Dogs* in das Repräsentantenhaus ein als zuvor. In Iowa, dem Staat, der ein riesiges Maisfeld ist, war diesmal nichts von Ethanol, aber viel von Gott zu hören. Der schrill agitatorische Fernsehsender MSNBC

auf der einen und die nur wenig informativeren Fox-News auf der anderen Seite bestimmen den Diskussionsstil, und schließlich herrscht ein gegen jedes Establishment gerichteter Furor, der Erfahrung schon als solche der Korruption verdächtigt. Dass nun Hillary Clinton, die alles verkörpert, worauf diese Kritik zielt, es mit dem kalkuliert vulgären Donald Trump und mit dem selbsternannten Sozialisten Bernie Sanders zu tun bekommt, scheint das Bild abzurunden.

So sehr sich aber diese beiden Protektionisten gleichen, weil sie je eine der beiden Seiten des Populismus vertreten, die in der amerikanischen Politik von William Jennings Bryan bis Huey Long immer wieder virulent geworden sind, wirft ihr Erfolg doch zunächst Fragen nach den Institutionen auf. Wie konnte Sanders sich um die Nominierung zum Kandidaten der Demokratischen Partei bewerben, bevor er sich selbst erstmals als Demokrat registrieren ließ, und wie konnte Trump, der seine Registrierung schon mehrfach gewechselt hat und dabei sowohl als Kandidat einer „Reformpartei“ wie auch als Demokrat und Unterstützer Hillary Clintons auftrat, sich bei den Republikanern in den Vordergrund drängen? Die Antwort auf solche Fragen lautet: Die Wehrlosigkeit amerikanischer Parteien ist das Ergebnis von Regelungen, die das Verfahren der Präsidentschaftswahl nach und nach in Richtung direkter Demokratie umgebogen haben.

CALVINISMUS OHNE ERBSÜNDE

Da sich dieses Wahlverfahren in dem Verfassungskonvent von Philadelphia als der schwierigste Streitpunkt erwiesen hatte,

einigte man sich nur auf die indirekte Wahl durch Repräsentanten, die sogenannten Wahlmänner, während alles Weitere den einzelnen Staaten überlassen blieb. So dauerte es einige Jahrzehnte, bis schließlich überall am gleichen Tag, wenn auch getrennt nach Staaten, in allgemeinen Wahlen über einheitliche Vorschlagslisten abgestimmt wurde, weshalb Demokraten und Republikaner seit Mitte des 19. Jahrhunderts solche Tickets auf *National Conventions* verabschiedeten. Daher musste auch geklärt werden, wer dazu wie viele Delegierte auf welche Weise benennen durfte. Während aber im Falle der Verfassung die *Federalists* mit ihrer Betonung von Repräsentation und Wettbewerb die Oberhand behielten, setzte sich nun die entgegengesetzte amerikanische Tradition, der Glaube an die unbegrenzte Urteilsfähigkeit des gemeinen Mannes, der Calvinismus ohne Erbsünde, durch. Dem entsprach zunächst der *Caucus*: Wer sich als Wähler der betreffenden Partei registrieren ließ, kann sich in einer Turnhalle oder einem Feuerwehrhaus nach ausgiebiger Beratung daran beteiligen, denjenigen zum Delegierten zu küren, der erläutert hat, für welchen Kandidaten er auf dem Parteitag stimmen werde. Erst wenn ein zweiter Wahlgang nötig werden sollte, wird ein solcher Delegierter zum Repräsentanten, der an sein Versprechen, sein *pledge*, nicht mehr gebunden ist. Dieses *Caucus*-System bewährte sich, solange man in dem ländlich-kleinstädtischen Amerika seine Nachbarn kannte, auch wenn deren Farm einige Meilen entfernt war.

Doch im vergangenen Jahrhundert folgten zwei wesentliche Änderungen. Die eine reagierte auf die sogenannten Parteimaschinen, die in den Großstädten der

Ostküste den Tausch von Wählerstimmen gegen Patronage etablierten, weshalb bald, etwa in New York, fast alle Politiker der Demokratischen Partei ebenso wie die städtischen Polizisten irische Namen hatten. So entstand der Ruf nach Reform, in diesem Falle danach, die Delegierten in Urnenwahlen bestimmen zu lassen, um dem System der verräucherten Hinterzimmer, wie es nun hieß, die Grundlagen zu entziehen. Neben den *Caucus* trat daher seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts zunehmend die anonyme Form der *Primaries*, die später durch Briefwahl auch noch von der lästigen Bindung an einen Termin befreit wurde. In beiden Fällen spielen Parteimitglieder keine Rolle, denn maßgeblich ist nur die Bekundung, diesmal den Präsidentschaftskandidaten der betreffenden Partei wählen zu wollen, und die Zahl der Delegierten ergibt sich nicht aus jener der Mitglieder eines Parteiverbandes, sondern aus dem politischen Output: Hat der jeweilige Staat zuletzt für das Ticket dieser Partei gestimmt und wie viele ihrer Kandidaten hat er nach Washington geschickt? Vor allem aber verleihen diese Verfahren den Engagierten und Organisierten aller Art ein übermäßiges Gewicht.

SICHERHEITSMECHANISMUS „SUPERDELEGATES“

Darauf wiederum reagierten die Demokraten nach ihrem tumultuösen Chicagoer Parteitag von 1968. Zusätzlich zu den aus *Caucus* oder *Primary* hervorgegangenen Delegierten, die *pledged*, also auf einen Kandidaten festgelegt waren, wurde eine weitere Kategorie von Delegierten einge-

führt, die nicht gewählt, sondern ernannt sind und in ihrer Entscheidung frei bleiben. Bei diesen nicht festgelegten sogenannten *Superdelegates* handelt es sich um aktive oder ehemalige Amtsinhaber wie Gouverneure oder Senatoren, denen man eine pragmatisch-unideologische Tendenz unterstellt. Die Demokraten, die jedenfalls früher radikale Bewegungen mit charismatischen Anführern mehr fürchten mussten als die Republikaner, verstärkten diese Gruppe immer mehr, indem sie zuletzt etwa alle Demokraten im Kongress zu *Superdelegates* erklärten. Auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten im Juli 2016 werden gut zwanzig Prozent der fast 5.000 Stimmberechtigten solche *Superdelegates* sein, während bei den Republikanern weit weniger Delegierte diesen privilegierten Status genießen.

Hillary Clinton und das Establishment ihrer Partei können daher aufatmen. In South Carolina und in weiteren Staaten mit einem ähnlich hohen Anteil schwarzer Wähler erfüllten diese die Erwartungen, und dort, wo Hillary Clinton sich oft nur knapp gegen Sanders durchsetzte, funktionierte der Sicherheitsmechanismus der *Superdelegates*. Die Führung der Republikaner hingegen, wenn es denn eine solche gibt, ist ihre Sorgen noch nicht los. Trump bleibt zwar trotz des immer offenkundigeren Missverhältnisses zwischen Lautstärke und Substanz stark, denn was viele abstößt, macht ihn zum Favoriten der deutlich hervortretenden Gruppe der geringqualifizierten weißen Männer, die sich in jeder Hinsicht abgehängt fühlen, und diese Klientel gibt es fast überall. Doch setzt die übermächtige mediale Präsenz Trumps, der sogenannte publizistische Krawallfaktor, vorerst alle sonstigen Regelmäßigkeiten außer Kraft. So hätte

man „unter normalen Verhältnissen“ erwarten dürfen, dass Cruz, der die evangelikalischen Wähler nicht nur aus taktischen Erwägungen zu seiner Zielgruppe gemacht hat, sich außerhalb des südlichen *Bible Belts* schwertun werde. Inzwischen sind Stimmen für Cruz zwar die einzige Möglichkeit, Trump noch kurz vor dem Ziel zu stoppen, doch eine Mehrheit derer, die in diesem Sinne taktisch wählen, erklärt zugleich in Umfragen, in den allgemeinen Wahlen weder für Trump noch für Cruz stimmen zu wollen.

NOLENS VOLENS HILLARY?

So kommt nun tatsächlich alles darauf an, ob das Rennen bis zur *Convention* im Juli offenbleibt. Anders, als man es oft lesen und hören kann, werden dann aber Trump und Cruz keineswegs in einer Stichwahl die Sache unter sich entscheiden. Die Delegierten sind aus gutem Grund nur auf ihren Kandidaten festgelegt, falls er im ersten Wahlgang eine Mehrheit erzielt. Wenn nicht, ist alles wieder offen, und die Fragen, wen man einer Mehrheit der Bevölkerung präsentieren kann oder wofür die Partei immer noch steht, können wieder eine Rolle spielen. Dass Trumps Anhänger dies als undemokratisch bezeichnen werden und dass er mit einer Kandidatur als Unabhängiger drohen wird, falls man ihm die Kandidatur „stiehlt“, wie er jetzt schon unkt, ist absehbar. Es ist keineswegs ausgemacht, wem Trump, der sich auf viele ehemalige Wähler der

Demokraten und bisherige Nichtwähler stützt, in diesem Falle wirklich schaden würde. Jedenfalls könnten Elder Statesmen der Republikaner ein neues Ticket präsentieren. In solchen Spekulationen wird noch nicht berücksichtigt, dass auch bei den Demokraten, trotz aller Vorentscheidungen zugunsten Hillary Clintons oder gerade deswegen, eine ähnlich unerwartete Lage eintreten könnte, sei es, dass sie immer schlechter abschneidet oder neue Enthüllungen, etwa über ihre Finanzen, auftauchen.

Sollte freilich Trump nicht zu stoppen sein, muss man nolens volens auf Hillary Clinton setzen oder auf zweierlei hoffen: erstens darauf, dass jeder Präsident von der Realität einschließlich der internationalen Rolle der USA eingeholt wird, auch wenn es im Falle des amtierenden Präsidenten etwas gedauert hat. Dem Thema des Nahen Ostens konnte in den letzten Wochen keiner der Kandidaten ausweichen, was für einen amerikanischen Vorwahlkampf eher ungewöhnlich ist. Und zweitens bleibt es bei *Checks and Balances*, soll heißen: Auch ein Präsident Trump hätte es mit einem Kongress zu tun, dem er nicht einfach kündigen kann.

Wir Europäer aber, die wir spätestens seit Alexis de Tocquevilles zugleich bewundernder und kritischer Analyse gelernt haben, Amerika auch als ein Experimentierfeld zu betrachten, auf dem die Tendenzen moderner egalitärer Gesellschaften frühzeitig sichtbar werden, haben allen Grund, nicht die plebiszitären, sondern die repräsentativen Formen der Demokratie weiterzuentwickeln.

Vorsicht: Falle!

Lehren aus drei Jahren Erfahrung mit der AfD

NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der AG „Zukunft der Volksparteien“.

Seit drei Jahren diskutieren Parteien, Medien und Öffentlichkeit die Frage nach dem „Umgang mit der AfD“. Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen im März 2016 und der Programmparteitag der AfD Ende April haben diese Debatten erneut befeuert. Parteigremien, Fachkonferenzen und Talkshows suchen nach Antworten: Wie hältst du es mit der AfD? Wie „umgehen“ mit der Partei und ihren Wählern?

Die Frage wird zuweilen mit einer derartigen Intensität diskutiert, dass der Eindruck entstehen könnte, die neue rechtspopulistische Partei, die in bundesweiten Umfragen derzeit bei bis zu fünfzehn Prozent liegt, sei das zentrale Problem der Bundesrepublik. Der AfD wird das recht sein.

Dabei mutet schon die Fragestellung seltsam an. Ist seinerzeit etwa über den „Umgang mit der Piratenpartei“ diskutiert worden? Oder rätseln wir beständig über den „Umgang mit der Partei Die Linke“?

Die Diskussion des „Umgangs“ lebt im Kern von der Annahme, man könne politisch etwas tun, sagen oder beschließen,

was dazu führen würde, dass die AfD wieder von der politischen Landkarte verschwindet. Dabei operieren die meisten handelnden Akteure immer noch mit Kategorien wie „unsere Wähler“, „konservativ“, „links“ und „rechts“. Mit einer rechts-populistischen Partei des „Dagegen“, die in Programm und Attitüde aktuelle Ängste der Bürger mit Varianten von „Früher war alles besser“ beantwortet, sind ironischerweise Parteien konfrontiert, die sich ihrerseits nach dem Parteiensystem von früher sehnen.

Dabei geben die zurückliegenden drei Jahre mehr als genügenden Aufschluss darüber, wie die Thesen über den „Umgang“ zu widerlegen oder zu bestätigen wären. Die AfD ist erkennbar weder „die gute alte CDU“ noch Ausdruck eines „Rechtsrucks“ der deutschen Gesellschaft oder gar eines politischen „Dunkeldeutschland“. Sie ist eine opportunistische Protestpartei. Mit politischen Positionsverschiebungen entlang eines Links-rechts-Spektrums wird man die AfD nicht bekämpfen können, auch nicht mit rhetorischen Urweisheiten à la „Rechts von der Union darf es keine Partei geben“. Diese Kategorien sind Protestwählern schlicht gleichgültig. Die AfD wird gewählt, weil Protestwähler diffusen Unmut zum Ausdruck bringen wollen, weil vielfältige Ängste in der Gesellschaft zugenommen haben, weil sich viele Menschen globalen Entwicklungen hilflos ausgeliefert fühlen und sich nach Abschottung, Übersichtlichkeit und Beschaulichkeit sehnen.

Die hohe Beweglichkeit der Wählerschaften in Deutschland macht vor diesem Hintergrund den Erfolg neuer Parteien möglich. Für die neuen Bundesländer gilt das ganz besonders. In individualisierten, pluralistischen Gesellschaften, in denen

Medienpublika sich fragmentieren und das Medienkonsumverhalten zunehmend Echokammern hervorbringt, sind Auswirkungen auf das Parteiensystem zu erwarten. Dass durch eine Große Koalition im Bund kleinere und auch außerparlamentarische Parteien Auftrieb bekommen, ist auch keine neue Erkenntnis. Die AfD gehört zudem gemeinsam mit der FDP zu den ungebundenen Oppositionsparteien, während Grüne und Linke an Landesregierungen beteiligt sind. Ein gewisser Grad an Gelassenheit wäre vor dem Hintergrund dieser strukturellen Faktoren hinsichtlich der Wahlergebnisse der AfD also angebracht.

WER SICH VON POPULISTEN TREIBEN LÄSST, VERLIERT

Das soll nicht heißen, dass man sich wegen des autoritären Geistes der AfD, der fortwährenden Tabubrüche, der gezielten Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas und der völligen Abwesenheit konstruktiver Problemlösungsansätze in dieser Partei keine Sorgen machen müsste. Hysterie und erschrecktes Starren auf die AfD sind jedoch genau das, was die Populisten zum Überleben brauchen. Wenn Politiker mehrerer Parteien jetzt argumentieren, man müsse dieses und jenes beschließen „wegen der AfD“ oder „weil sonst die AfD ...“, laufen sie in eine klassische Falle der Rechtspopulisten: Wer sich von Populisten treiben lässt, löst keine relevanten Probleme mehr. Werden die relevanten Probleme nicht gelöst, stärkt das die Populisten.

Ohnehin ist die Adaption der populistischen Rhetorik oder das „Eingehen auf die Sorgen und Ängste der Bürger“, bei

dem man den Populisten ungewollt recht gibt, nachweislich gescheitert. Der öffentliche Widerstand des CSU-Chefs Horst Seehofer gegen die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin hat nicht zu schlechteren Ergebnissen der AfD bei den Landtagswahlen im März 2016 geführt. Das gelang übrigens auch nicht dort, wo Seehofer selbst im Wahlkampf im Einsatz war. Die Haltung des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, für eine „Obergrenze“ der Flüchtlingszuwanderung und „nationale Maßnahmen“ hat die AfD in diesem Bundesland nicht geschwächt. Niemand wird ernsthaft argumentieren wollen, die AfD hätte sogar noch mehr als 24,2 Prozent der Stimmen erhalten, wenn Haseloff sich anders positioniert hätte. Die taktische Absetzung der Spitzenkandidaten Julia Klöckner und Guido Wolf von der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage hat die Zustimmung zur AfD nachweislich nicht gesenkt.

Ebenfalls gescheitert ist allerdings auch der Ansatz einer vollkommenen Ausgrenzung der neuen Partei. Mit einer politischen „Einheitsfront“, die von einem moralischen Sockel aus argumentiert, wird man die AfD nur weiter stärken und bei Protestwählern sehr wahrscheinlich Trotzreaktionen hervorrufen. Daher ist eine pauschalisierende Abstempelung der AfD und ihrer Wähler als „rechtsradikal“ ein Fehler. Eine Ausgrenzung der AfD wird, wie in den vergangenen drei Jahren erlebt, schon allein deshalb nicht gelingen, weil die Lust am Tabubruch und der rhetorischen Grenzüberschreitungen in klickoptimierten Medien leicht Resonanzräume finden. Zudem gibt es viele interessierte Seiten, die eine Ausgrenzung scheitern lassen. Vermeintlich „Konservative“ in der Union, die mit dem Kurs der

Partei unzufrieden sind, benutzten die AfD ebenso als Instrument wie politische Wettbewerber, die darauf hoffen, die Dominanz der CDU und Angela Merkels dadurch zu brechen, dass die AfD sich zu einer Art „Linkspartei-Problem“ der CDU entwickelt. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass die Wählerwanderungen zur AfD seit der ersten Wahlteilnahme bei der Bundestagswahl 2013 eine klare Sprache sprechen. Wie bei jeder Protestpartei, übrigens auch bei den Piraten, kommen die Wähler der AfD zu etwa einem Drittel aus dem ehemals bürgerlichen Lager, zu einem Drittel aus dem ehemals linken Lager und zu einem Drittel von den Nichtwählern. Trotz dieser Fakten hält sich das Leitmotiv, die AfD sei ein exklusives Problem der Unionsparteien, obwohl der Verlust der Protestwähler an die AfD beispielsweise für die Linkspartei existenzielle Fragen aufwirft und die SPD ihr Wahlergebnis im März in zwei Bundesländern halbierte.

WIE SICH PROTESTVERHALTEN ABBAUEN LÄSST

Noch einmal: Die AfD ist eine Protestpartei. Sie wurde nicht wegen ihrer programmatischen Aussagen oder wegen ihres führenden Personals gewählt. Die Wahlergebnisse der AfD sind ein Kommunikationsversuch im Sinne eines Denktzettelns an alle etablierten Parteien und das politische System der Bundesrepublik. Um das Protestverhalten abzubauen, werden die Parteien Wege finden müssen, um an die Wähler zurückzukommunizieren: „Ja, wir haben gehört und wir haben verstanden.“

Die dauernde Frage nach dem „Umgang mit der AfD“ ist falsch, weil man mit ihr umgehen muss wie mit anderen Parteien auch. Man muss die AfD argumentativ stellen. Das beschlossene Programm bietet dafür jetzt konkretere Möglichkeiten. Die AfD hatte sich lange vor einer Festlegung programmatischer Positionen gescheut, um Projektionsfläche für möglichst viele unterschiedliche Protestwähler zu bieten. Durch das Programm verkleinert sie die Projektionsfläche und macht sich angreifbar. Viele der Positionen des Grundsatzprogramms der AfD sind schon in der Analyse falsch, viele der im Programm formulierten Forderungen sind in der Vergangenheit bereits gescheitert oder völlig aussichtslos. Es braucht jetzt argumentationsfähige Persönlichkeiten in den etablierten Parteien, die dies offenlegen und die Argumentation führen – sowohl medial vermittelt als auch vor Ort.

Die argumentative Auseinandersetzung mit der AfD ist außerdem eine gute Gelegenheit, sich der eigenen politischen Grundlagen noch einmal bewusst zu werden. Die Problemlagen in Europa und der Welt und das Aufkommen der Populisten weisen eindeutig darauf hin, dass grundsätzliche Fragen stärker besprochen, ihre Antworten gut begründet und verteidigt werden müssen: Warum gewähren wir Asyl? Was bedeutet es, ein guter deutscher Bürger zu sein, und wie kann man einer werden? Was bedeutet Religionsfreiheit als Grundrecht? Wie verhalten wir uns zu Religion im öffentlichen Raum?

Warum wollen wir die Europäische Einigung? Warum sind wir Mitglied der NATO? Was ist der besondere Wert der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie? Die Angriffe der Rechtspopulisten der AfD auf die von ihnen so genannten „Konsensparteien“ zielen genau auf diese Fragen. Will man sie abwehren, muss man von den Grundlagen her argumentieren können.

Die Hysterie um die Wahlergebnisse der AfD sollte vor allem aber nicht vom zentralen Punkt wegführen. Das Erstarken der migrationsfeindlichen und europafeindlichen Populisten in ganz Europa hat mit der mangelnden Handlungsfähigkeit der Europäischen Union (EU) angesichts globaler Herausforderungen zu tun. Die Populisten reagieren mit dem Streben nach nationaler Verschachtelung auf ungelöste europäische Probleme. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum mit der Zuspitzung in Griechenland, die schleppenden Reaktionen auf die Annexion der Krim und Russlands Intervention im Donbass sowie die Probleme bei der Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung sind Iterationen der mangelnden Handlungsfähigkeit der EU. Es wäre wünschenswert, wenn nach dem Referendum in Großbritannien, den Präsidentschaftswahlen in Frankreich und den Bundestagswahlen 2017 die führenden Mitgliedstaaten gemeinsam eine Initiative zur Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit der EU ergreifen würden. Das wäre der richtige Umgang mit Populismus.

„Ich hätte es besser gemacht“

Kurt Biedenkopf veröffentlicht seine Tagebücher 1989 bis 1994

HORST MÖLLER

Geboren 1943 in Breslau, von 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und von 1996 bis zu seiner Emeritierung 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Kurt Biedenkopf: Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch Juni 1989 bis November 1990, Siedler Verlag, München 2015, 432 Seiten, 29,99 Euro.

Kurt Biedenkopf: Ein neues Land entsteht. Aus meinem Tagebuch November 1990 bis August 1992, Siedler Verlag, München 2015, 528 Seiten, 29,99 Euro.

Kurt Biedenkopf: Ringen um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch August 1992 bis September 1994, Siedler Verlag, München 2015, 528 Seiten, 29,99 Euro.

Tagebücher von Spitzenpolitikern sind selten, zumal sehr umfangreiche und sich über lange Zeiträume erstreckende. Schon deshalb reagieren Historiker, aber auch das politisch interessierte Publikum besonders neugierig. Natürlich ist das bei zeitgenössischen Politikern kaum anders: Mithilfe des Registers können sie leicht feststellen, wie schmeichelhaft oder kritisch sich der Verfasser über sie äußert –

Kurt Biedenkopf tut es überwiegend kritisch. Er ist ein Intellektueller unter den Politikern, tummelt sich indes ebenso munter im Haifischbecken der Politik, mit kräftigen Urteilen spart der Verfasser auch in seinen Tagebüchern nicht. Und mögen sie häufig auch unzutreffend sein, eine Quelle sind solche Subjektivismen allemal.

Die Geschichtswissenschaft benötigt solche autobiografischen Quellen, muss sie allerdings mit quellenkritischer Sorgfalt auswerten, wozu nicht allein der ständige Rekurs auf weitere Dokumente gehört, sondern im optimalen Fall die Überprüfung an der Urfassung. Das ist aber oft nicht möglich, zumindest nicht zum Zeitpunkt des Erscheinens, weil Bearbeitungen, Kürzungen, spätere Ergänzungen nur in sogenannten kritischen Ausgaben nachvollziehbar sind. Eine Veröffentlichung der Urschrift ist in diesem Fall allein schon deshalb ausgeschlossen, weil das Tagebuch von Kurt Biedenkopf einen riesigen Umfang aufweist, bis heute etwa 12.000 Seiten: Soweit bekannt, existiert von keinem zweiten bundesrepublikanischen Spitzenpolitiker ein vergleichbar umfangreiches Tagebuch.

Handelt es sich nur um Tagebucheintragen? Eher um eine Mischform, finden sich doch neben Eintragungen an einzelnen Tagen auch Redeauszüge, Berichte über Reden anderer Politiker, Interviews, aber auch davon ausgehende Analysen, Reflexionen, Bewertungen. Das führt zu einer gewissen Unübersichtlichkeit, ist aber bei dieser Form unvermeidbar und macht durchaus den besonderen Reiz aus, weil es sich über weite Strecken um einen Kommentar zur zeitgenössischen Entwicklung aus der Perspektive des Verfassers handelt. Allerdings ist die Orientie-

rung und Zuordnung einzelner Passagen oft schwierig. Wie bei allen Autoren, die ihr eigenes Wirken im Spannungsfeld von Aktion und Reaktion, von Mitspielern, Gegenspielern und Konkurrenten darstellen, geht es nicht zuletzt um die eigene Leistung. Der sachliche Informationswert bleibt gelegentlich hinter den Aussagen zur politischen Selbsteinschätzung des sächsischen Ministerpräsidenten zurück.

SEITENEINSTEIGER UND QUERDENKER

Die hier vorgelegten Bände erstrecken sich auf die Zeit vom Juni 1989 bis zum September 1994, also eine Epoche weltgeschichtlicher Veränderung und unglaublicher Dynamik. In ihr vollzogen sich der Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen einschließlich der DDR, das Ende der Sowjetunion und des Kalten Krieges, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Neuordnung Europas sowie entscheidende Schritte zur europäischen Integration. Von zentraler Bedeutung in Biedenkopfs Tagebuch ist die innerdeutsche Entwicklung, vor allem der Neuaufbau rechtsstaatlicher, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Strukturen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung 1990, an dem Biedenkopf als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen 1990 bis 2002 maßgeblich beteiligt war.

War eine solch rasante neue Karriere von Biedenkopf zu erwarten, wie kam es dazu, dass er als Sechzigjähriger das erste Mal ein solch hohes staatliches Amt, noch dazu außerhalb seines früheren Wirkungskreises, wahrnahm? Zwar galt das auch für andere Regierungschefs in den neuen

Bundesländern, da, wie Konrad Adenauer es nach Gründung der (alten) Bundesrepublik ausgedrückt hatte, alles neu gemacht werden musste. In fundamentalen Umbrüchen wie 1989/90 werden die Karten neu gemischt, es gibt neue Chancen, neue Karrieren. Das galt übrigens nicht allein für die Politik; an den Universitäten oder in der Wirtschaft verhielt es sich ähnlich. Und doch ist die politische Laufbahn Biedenkopfs vor und nach 1989 ein besonderer Fall.

Als „Seiteneinsteiger“ kam der brillante Bochumer Ordinarius für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht (1964 bis 1970), zeitweilige dortige Universitätsrektor (1967 bis 1969), Geschäftsführer der Henkel GmbH in Düsseldorf (1970 bis 1973) in die Politik. Der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und neugewählte Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl – wie Biedenkopf 1930 in Ludwigshafen geboren –, setzte ihn als Generalsekretär ein. Kohls Ziel war es, aus dem „Kanzlerwahlverein“ CDU, der in der Zeit seines Vorgängers Rainer Barzel vor allem über die Bundestagsfraktion gesteuert wurde, eine organisatorisch und programmatisch starke Mitgliederpartei zu formen. Dieses Ziel erreichte Kohl mit Unterstützung des bis 1977 als Generalsekretär amtierenden tatkräftigen Politstrategen Biedenkopf und dessen Nachfolgers Heiner Geißler. Biedenkopf erwies sich als politischer Denker, aber auch als Querdenker, als Autor scharfsinniger Analysen, insbesondere zur Sozial- und Wirtschaftspolitik und zur Tarifautonomie, der schwer einzuordnen war, aber trotz oder wegen vieler überparteilicher Ansätze erheblich dazu beitrug, der CDU ein neues programmatisches Profil zu geben.

STARKER EHRGEIZ, SCHWACHE MENSCHENKENNTNIS

Diese enorme Leistung bestärkte Biedenkopfs politischen Ehrgeiz und sein ausgeprägtes Selbstwertgefühl, was bei ihm wie auch seinem Nachfolger Geißler zu der Fehleinschätzung führte, als Generalsekretär auch gegen den Parteivorsitzenden, der beide gerufen hatte, agieren zu können. Zwar tragen Generalsekretäre oft den Marschallstab im Tornister, doch nur selten in der Geschichte der Bundesrepublik kam es von dieser Position aus zur Übernahme des Parteivorsitzes, zum Beispiel, als Guido Westerwelle den FDP-Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt verdrängte. Bei einem starken Parteivorsitzenden, wie es Helmut Kohl zweifellos war, ist die Intention eines solchen Wechsels nahezu aussichtslos. Geißler und Biedenkopf unterschätzten Helmut Kohl, was für die, die ihn eigentlich kennen mussten, kein Ausweis guter Menschenkenntnis war.

Diese Vorgeschichte ist deshalb von Belang, weil das schwierige Verhältnis Biedenkopfs zu Kohl sein Tagebuch über weite Strecken prägt. Sie wirkte sich auch auf Biedenkopfs zweiten Start in die Politik aus, der – anders als seine Zeit als Generalsekretär – ein Misserfolg wurde. Er unterlag in Nordrhein-Westfalen als CDU-Kandidat für das Ministerpräsidentenamt 1980 dem SPD-Spitzenkandidaten Johannes Rau und 1987 dem innerparteilichen Gegenkandidaten Norbert Blüm, über den sich im Tagebuch viele kritische Bemerkungen finden. Wenngleich Biedenkopf für die Fusion der beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen entscheidende Verdienste besaß, wurden seine Misserfolge doch vorwiegend auf

seine eigenen Fehler zurückgeführt und nicht allein – wie Biedenkopf selbst es sieht – auf die innerparteiliche Gegnerschaft des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Kohl. Frühere Ressentiments, Verletzungen, Eitelkeiten sind im Tagebuch leicht als Spätwirkungen der Entwicklungen in den 1970er- und 1980er-Jahren erkennbar.

DER ÜBERZEUGUNGSSACHSE

Dann aber ereignete sich der fundamentale Umbruch 1989/90: Jetzt bot sich urplötzlich die große Chance zu einer gouvernementalen Karriere. Nun machte Biedenkopf alles richtig: Noch während des unsicheren Übergangs entschied sich der Sechzigjährige ohne Wenn und Aber für eine Gastprofessur an der Universität Leipzig, knüpfte zahlreiche Kontakte, sah sich sogleich als Sachwalter der DDR-Bevölkerung gegen die von ihm als arrogant eingestufte Bundesregierung, besaß aber als Vorstandsmitglied der CDU, als Bundestagsabgeordneter und öffentlich vernehmbare Stimme Gewicht in der westdeutschen Politik – wenngleich vielleicht nicht in dem Ausmaß, welches er sich selbst zumaß. Das Angebot einer erneuten Bundestagskandidatur als Direktkandidat im Wahlkreis Bonn nahm er nicht an, wie er im Tagebuch schildert, und riskierte damit das Ausscheiden aus der Politik. Der Lohn kam schneller als erwartet. Sein Engagement in Leipzig, wo der hochkompetente Biedenkopf sofort zu einem gefragten Berater, insbesondere in Fragen der Marktwirtschaft, wurde, der weit über die Universität und die Stadt hinauswirkte, trug ihm große Sympathien ein.

Er ließ eine erstaunliche Sensibilität für Probleme des sächsischen Selbstwertgefühls erkennen, der Pfälzer wurde Überzeugungssachse. Die dortige CDU nominierte ihn als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl und, anders als zehn Jahre zuvor in NRW, erwies er sich als hervorragender Wahlkämpfer. Er errang 1990 für die CDU die absolute Mehrheit in Sachsen, die er zweimal, 1994 und 1999, verteidigte. Nun konnte er endlich als Regierungschef gestalten und wurde trotz der extrem komplizierten und schwierigen Ausgangslage nach dem Zusammenbruch der DDR und den Herausforderungen der „inneren Wiedervereinigung“ einer der herausragenden Ministerpräsidenten. Der Aufbau Ost verdankt ihm viel. Seine erfolgreiche Politik und zweifelsfreie Kompetenz nicht allein in sächsischen Angelegenheiten, sondern ebenso über den Bundesrat im Bund, trugen ihm große Popularität ein, die er sichtbar genoss.

WEITSICHTIGER STRATEGIE

In den beiden Bänden des Tagebuchs, die die Jahre 1990 bis 1994 behandeln, sind die wertvollsten Passagen solche, die die Veränderungen der bundesdeutschen Politik nach der Wiedervereinigung thematisieren, darunter Bund-Länder-Probleme wie Neugliederung und Länderfinanzausgleich, wo es bald zu gemeinsamen Überlegungen mit dem Bayerischen Innenminister und späteren Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (seit 1993) kam. Pläne und Strategien für gemeinsame Initiativen mit anderen Bundesländern, sei es mit Bayern oder mit Thüringen, wo Bernhard Vogel seit 1992 genauso erfolgreich und

anerkannt regierte, werden überzeugend geschildert. Viele aufschlussreiche Gespräche werden referiert, immer wieder scharfsinnige Analysen eingestreut, die Biedenkopf einmal mehr als weitsichtigen strategischen Kopf zeigen. Daneben aber kommt man durch zahlreiche Detailinformationen auf seine Kosten, auch über politische Probleme, zu denen es noch an veröffentlichten Quellen fehlt.

Auch im ersten Band über die aufwühlend spannenden Monate 1989/90 fehlen solche substanziellen Reflexionen nicht, etwa wenn Biedenkopf darüber nachdenkt, in welcher spezifischer Weise und mit welcher fundamentalen Wirkung die deutsche Politik durch die Sozialpolitik geprägt wird. Zu den von Biedenkopf immer wieder mit überraschenden, jedenfalls grundlegenden Einsichten dargestellten Problemen gehören der ökonomische, soziale und demografische Wandel: Hier ist er in seinem Element, hier kann er brillieren. Vieles ist bis heute aktuell und bedenkenswert.

Im ersten Band, dessen größerer Teil schon einmal veröffentlicht war, werden naturgemäß vor allem Themen der Wiedervereinigung behandelt. Zu diesen Fragen existieren inzwischen grundlegende Quellenwerke, so die Akten aus dem Bundeskanzleramt 1989/90, die Berichte zur Lage, die Helmut Kohl im Parteivorstand der CDU gab, die Edition „Die Einheit“ zum „Zwei-plus-Vier-Prozess“ aus den Akten des Auswärtigen Amtes beziehungsweise des DDR-Außenministeriums, französische, britische, amerikanische und russische Dokumentationen sowie zahlreiche „Erinnerungen“, vor allem jene von Helmut Kohl, von Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow, James Baker sowie von zahlreichen anderen beteiligten

Staatsmännern, schließlich wichtigen Beratern wie Horst Teltschik, Johannes Ludwig und anderen. Für vergleichsweise kurz zurückliegende Ereignisse sind wir also mit publizierten Quellen reich ausgestattet.

RESSENTIMENTS GEGEN HELMUT KOHL

Daraus ergibt sich ein Problem für die Darstellungen von Kurt Biedenkopf, weil wir vieles inzwischen wissen, was damals nicht bekannt war. Das ist einem authentischen Tagebuchschreiber des Jahres 1989 und der 1990er-Jahre keineswegs vorzuwerfen, seine Sicht bleibt eine Quelle für die zeitgenössischen Diskussionen. Doch resultiert die Schwäche von Biedenkopfs Texten in dieser Hinsicht weniger aus dem Zeitpunkt der Niederschrift als aus dem fast auf jeder Seite begegnenden Ressentiment gegen Helmut Kohl. Selbst wenn er ihm einmal – was gelegentlich vorkommt – etwas verquält richtiges politisches Handeln attestiert, folgt wenig später zumindest eine Einschränkung, und zwar oft so unvermittelt, dass man sich fragt, wie dem rationalen Analytiker so etwas unterlaufen konnte. Immer wieder wird dem Bundeskanzler, aber auch anderen Kabinettsmitgliedern mangelndes handwerkliches Können unterstellt, dann heißt es: „Wäre ich an seiner Stelle gewesen!“ Stets dominiert die Attitüde: „Ich hätte es besser gekonnt!“ Und das gilt selbst in den Fragen, wo offensichtlich alles richtig gemacht worden ist und auch Biedenkopf keine plausible Alternative nennt, über die sich sinnvoll streiten ließe. Mangels handfester Kritikpunkte heißt es völlig unvermittelt

nach einer durchaus präzisen Zusammenfassung eines Berichts von Helmut Kohl über die Planung der nächsten Schritte zur Wiedervereinigung unter dem 5. März 1990: „Ich habe den Bundeskanzler selten so unsympathisch erlebt wie an diesem Nachmittag.“ Natürlich sollte gerade ein Tagebuchschreiber mit seinem unverhohlenen Urteil nicht hinter dem Berg halten. Doch welche Aussagekraft hat ein solches Urteil? Für Kohl als Staatsmann jedenfalls keine, für Biedenkopf als Politiker aber schon.

Immer wieder kommt es in solchen Passagen zu überraschenden Fehleinschätzungen: So äußert sich Biedenkopf in Übereinstimmung mit Richard von Weizsäcker zögerlich bis ablehnend zu dem von Helmut Kohl – und allen politischen Realisten zu Recht – bevorzugten Verfahren zur Wiedervereinigung, nämlich den Beitritt der neuen Länder nach Artikel 23 Grundgesetz. Den Vorzug eines Vorgehens nach Artikel 146 Grundgesetz sahen Biedenkopf und von Weizsäcker darin, der DDR-Bevölkerung Mitbestimmung und eigenständige Beteiligung an der Gestaltung der künftigen Verfassungs-, Rechts- und Wirtschaftsordnung des vereinigten Deutschland zu geben. Doch tatsächlich weiß jeder, der sich historisch und politisch mit Verfassungsberatungen befasst, welche Dauer sie haben und welche Fallstricke sie bergen.

Biedenkopfs Meinung in dieser Frage hängt mit einer zweiten Fehleinschätzung zusammen: Ihm zufolge hätte man die auch von ihm für richtig gehaltene Wirtschafts- und Währungsunion ohne Zeitdruck in zwei bis drei Jahren umsetzen sollen, bevor man grundlegende politische Entscheidungen fällte; man hätte zeitlich nichts überstürzen sollen. Wäre

diese Abkoppelung der Wirtschaft von der Politik wirklich möglich gewesen, ohne fortdauernde Dichotomien zu erzeugen?

FEHLEINSCHÄTZUNGEN

Die zeitliche Streckung hatte zwar auch Helmut Kohl in seinem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 vorgesehen. Doch beginnend mit der Maueröffnung, der massiven Wanderungsbewegung von Ost nach West begannen sich innen- wie außenpolitisch die Ereignisse zu überstürzen. Spätestens nach einigen Wochen und der internationalen Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan war klar: Die Bundesregierung musste schnell handeln, um nicht vom Leben bestraft zu werden. Die längst veröffentlichten Protokolle über die Gespräche des Bundeskanzlers mit allen ausländischen Akteuren zeigen, dass Helmut Kohl diese Entwicklung sofort erfasste, Biedenkopf aber noch Monate später meinte, die Bundesregierung habe Zeit. Diese Diagnose verkannte die außenpolitische Konstellation vollkommen, nicht zuletzt die unkalkulierbare Entwicklung in der Sowjetunion. Alle wesentlichen politischen Akteure teilten hingegen die Einschätzung, man müsse schnellstmöglich das „Zeitfenster“ nutzen, in dem eine Wiedervereinigung möglich sei. Dass Biedenkopf ausgerechnet die außenpolitische Kompetenz Kohls bemängelte, die sich gerade in den Verhandlungen als überragend – und schließlich erfolgreich! – erwies, lässt sich nur mit seinem Ressentiment erklären.

Doch auch grundsätzlich verbindet Biedenkopf die berechtigte und notwendige Hochschätzung der Oppositionsbe-

wegung in der DDR mit einer Unterschätzung der internationalen und außenpolitischen Zusammenhänge: Die Friedliche Revolution hat das unschätzbare und bleibende Verdienst, den Zusammenbruch der DDR herbeigeführt beziehungsweise stark beschleunigt zu haben; sie hat das Verdienst, eine Dynamik entfaltet zu haben, die die internationalen Akteure ebenfalls zu Reaktionen zwang und der Bundesregierung die Möglichkeit gab, ihrerseits den rasanten Verfall der DDR in den außenpolitischen Verhandlungen argumentativ einzusetzen. Vorausgegangen aber waren die Destabilisierung der Sowjetunion und anderer kommunistischer Diktaturen, darunter vor allem derjenigen Polens und seiner durch Solidarność initiierte Entwicklung von der Diktatur zur Demokratie. Und schließlich konnte die Wiedervereinigung, der Abzug der Roten Armee und die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands nur international erstritten werden – gegen eine Mehrheit von Skeptikern und Gegnern dieses Prozesses.

EINE NEUE VERFASSUNG?

Aber nicht nur in diesen Bedingungsbeziehungen, sondern ebenfalls im politischen Gehalt ist Biedenkopfs Position nicht ohne Fragwürdigkeiten: Er unterschätzt die in der DDR vorhandene Zielsetzung eines sogenannten Dritten Weges; das gilt international, wie die Dokumentation „Die Einheit“ jüngst belegt hat, aber ebenso für wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen. Wie sie mit den grundlegenden Prinzipien des überzeugten Marktwirtschaftlers Biedenkopf in

Einklang zu bringen sind, bleibt schleierhaft: Eine neue Verfassung zu beraten, hätte nicht allein ein zeitliches Risiko bedeutet, sondern ebenso ein substanzielles. Kohls Einschätzung, das Grundgesetz müsse unbedingt erhalten und deshalb der Weg über Artikel 23 gewählt werden, war deshalb politisch richtig, wenn man keine andere Republik wollte.

Die Reihe dieser Beispiele ließe sich verlängern, und das ist bedauerlich, weil diese insgesamt aufschlussreichen und interessanten Texte durch die ermüdende Wiederholung von Ressentiments nicht gewinnen, sondern verlieren. Für die Veröffentlichung der weiteren Bände sollte man deshalb besser auf die (Ab-)Wertungen verzichten, die ohnehin jeder kennt.

Jubiläum mit Dissonanzen

25 Jahre Nachbarschaftsvertrag:
Reflexionen zu den deutsch-polnischen Beziehungen

BASIL KERSKI

Geboren 1969 in Danzig, Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig und Chefredakteur des Deutsch-Polnischen Magazins DIALOG, lebt in Berlin und Danzig.

Immer wenn ich die polnisch-deutsche Grenze überquere, die ohne Kontrollen heute im Grunde nur noch eine formale Linie darstellt, fühle ich mich als freier

Europäer. Ich erinnere mich an die großen europäischen Revolutionen nach 1989, die uns zu dieser friedlichen Offenheit geführt haben. Als Jugendlicher habe ich noch eine komplett andere Realität erlebt, einen durch den Eisernen Vorhang geteilten Kontinent. Wenn ich in diesen Tagen an der Oder die Grenze passiere, dann fühle ich aber nicht nur Freude, sondern mich erfasst immer mehr auch ein neues Gefühl innerer Unruhe.

Ich frage mich seit einiger Zeit, wie dauerhaft dieser Zustand ist, wie beständig diese friedliche Offenheit, die für meine Generation von Polen und Deutschen zum selbstverständlichen Alltag wurde. Mich bedrängt die Frage, ob der abnehmende Wille vieler Bürger, die nationale und europäische Identität miteinander zu verbinden, ob das neue Misstrauen gegenüber unseren Nachbarn und die nationalistische Rhetorik, ob all diese Faktoren in nächster Zeit zurück zu einem Mitteleuropa führen werden, das nach 1989 Geschichte zu sein schien. Ein Kontinent der geschlossenen Grenzen, Köpfe und Herzen scheint wieder real zu sein.

Wenn ich mich an 1991 und den damals am 17. Juni unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit erinnere, wird mir bewusst, dass meine Generation sein Zustandekommen vor 25 Jahren als selbstverständlich ansah. Die allgemeine Atmosphäre der Wendejahre ließ keinen Zweifel darüber zu, dass sich Europa in Richtung Demokratie, Freiheit und Frieden bewegen würde.

SIGNALWIRKUNG FÜR EUROPA

Das Abkommen stellte einen Neuanfang dar, denn der Vertrag charakterisierte die Beziehungen beider Nationen als eine Werte- und Interessengemeinschaft und formulierte das gemeinsame Ziel des Beitritts Polens zur westlichen Gemeinschaft – und dies zu einem historischen Zeitpunkt, als der Warschauer Pakt und die Sowjetunion formell noch Bestand hatten. Diese im Abkommen skizzierten großen Visionen wurden von den politischen Eliten

beider Länder nach 1991 konsequent verfolgt. 1999 wurde Polen NATO-Mitglied, 2004 trat es der Europäischen Union (EU) bei. Aus verfeindeten Nationen wurden innerhalb weniger Jahre militärische, politische und ökonomische Partner.

Der Nachbarschaftsvertrag hatte zwar bilateralen Charakter, doch seine Signalwirkung für Europa ist nicht zu unterschätzen. Gemeinsam mit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 bildete der Nachbarschaftsvertrag die Grundlage für die Errichtung einer neuen politischen Ordnung Europas, die auf den Trümmern von Jalta entstand. Diese Abkommen gaben in den Revolutionszeiten der europäischen Politik Halt und Orientierung, halfen, die Dynamik zu kontrollieren, den friedlichen Charakter der Veränderungen zu sichern.

EU-BEITRITT TROTZ SKEPSIS IN DEUTSCHLAND

Wenn man die letzten 25 Jahre bilanziert, so muss man feststellen, dass Deutschland und Polen großen Nutzen aus der bilateralen Kooperation zu ziehen vermochten. Beiden Nationen gelang es dank der bilateralen Zusammenarbeit, politisch und ökonomisch ihre Stellung in Europa zu stärken. Ein Höhepunkt des letzten Vierteljahrhunderts war der EU-Beitritt Polens im Jahr 2004, der erhebliche Auswirkungen auf die Beziehungen Polens und Deutschlands zueinander hatte. Man sollte sich dabei ins Gedächtnis rufen, dass in den Jahren vor Polens Beitritt ein großer Teil der deutschen Gesellschaft gegen die Mitgliedschaft Polens gewesen ist.

Meinungsumfragen gaben damals ein sehr widersprüchliches Stimmungsbild ab. Die deutsche Gesellschaft unterstützte zwar die EU-Erweiterung, nahm aber zu jedem Kandidaten eine andere Haltung ein. Sie befürwortete den Beitritt Ungarns und der Tschechischen Republik, jedoch nicht den Polens. Es war ein nicht zu unterschätzender Akt politischer Zurückhaltung der deutschen Parteien, dass sie diese kritische Haltung zu Polen nicht instrumentalisierten. Die deutsche Elite handelte hier zukunftsorientiert, nicht im Einklang mit der öffentlichen Meinung, weil sie wusste, dass die Aufnahme Polens in die EU Deutschlands Interessen dienen würde. Die deutsche Politik hielt auch noch an der EU-Osterweiterung fest, als es wegen des Irak-Kriegs und der europäischen Verfassungsdebatte zur ersten Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen kam.

2003 unterstützte Polens sozialdemokratische Regierung im Gegensatz zu Berlin die von den USA initiierte militärische Intervention im Irak. Politiker der „Bürgerplattform“ (*Platforma Obywatelska*, PO) und der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) kritisierten damals vehement die Pläne für eine Vertiefung der europäischen Integration durch Einführung einer europäischen Verfassung. Die polnisch-deutschen Beziehungen waren damals zusätzlich belastet durch Bundeskanzler Gerhard Schröders Freundschaft zu Wladimir Putin. Das nach 1989 neu gewonnene Vertrauen zwischen den Staaten begann zu schwinden. Trotzdem agierte die deutsche politische Elite im Geist des Vertrages von 1991 und unterstützte Polens EU-Beitritt. Dank der Erweiterung konnte Deutschland seine

geopolitische Position erheblich verbessern und aus der peripheren in eine zentrale Lage innerhalb der EU wechseln. Für Polen eröffnete die EU-Mitgliedschaft die Chance für ein politisches und ökonomisches Bedeutungswachstum, das es nach 2004 intelligent zu nutzen wusste.

Trotz der Erfolge der letzten 25 Jahre können sich Polen und Deutsche heute nicht ruhig zurücklehnen und das Erreichte feiern. Die Herausforderungen für Europa und damit für die deutsch-polnischen Beziehungen sind groß: Krise der Eurozone, der Kollaps der nordafrikanischen Staaten und des Nahen Ostens und Putins imperiale Politik. Das sind zwar keine deutsch-polnischen Faktoren, aber sie stellen Entwicklungen dar, die die deutsch-polnische Partnerschaft durch unterschiedliche Perzeptionen und gegensätzliche Politik schwächen könnten. Der Umgang mit den Flüchtlingsströmen hat dies deutlich gemacht – kein bilaterales Thema, aber ein europäisches, das die deutsch-polnische Nachbarschaft stark belastet hat.

KEINE SINNESVERWIRRUNG

Der Umgang der deutschen Politik mit der Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015 wird von der polnischen Öffentlichkeit meist ohne einen breiteren Kontext thematisiert. Überwiegend wird der Vorwurf erhoben, durch die Öffnung der Grenzen für die Flüchtlinge mit naiver Offenheit einer multikulturellen Umgestaltung der Gesellschaft Vorschub geleistet zu haben. In Polen findet kaum Beachtung, dass Merkels Politik nicht das Ergebnis einer

Sinnesverwirrung, sondern die unausweichliche Folge der entsetzlichen humanitären Situation war. Ihr Vorgehen war eine Geste der Solidarität. Leider zeigte die polnische Politik nicht dasselbe Maß an Mitgefühl gegenüber den Flüchtlingschicksalen wie viele Deutsche; stattdessen fanden im Herbst 2015 fremdenfeindliche und islamophobe Slogans zum ersten Mal Eingang in den polnischen Parlamentswahlkampf. Ein Tiefpunkt der Entwicklung der politischen Kultur in einem Land mit einer reichen Migrationserfahrung, dessen politische Klasse sich auf christliche Werte und Solidarität beruft!

ABKEHR VON DER GEMEINSAMEN POLITIK?

Der Umgang mit der Migration hat die Gesellschaften Deutschlands und Polens voneinander entfernt. Alte Vorurteile von einem angeblich fremdenfeindlichen, nationalistischen Polen finden in Deutschland wieder Anklang. Und in Polen wiederum nutzen nationalistische Politiker und Publizisten die durch die Flüchtlingsfrage entstandene deutsch-polnische Distanz, um die Berliner Republik als ein durch „naive politische Korrektheit“ und durch „unchristliche Multikulturalität“ geschwächtes politisches System zu diskreditieren. Verstärkt wird diese deutschlandkritische Tendenz durch das tiefe Misstrauen des heute einflussreichsten polnischen Politikers, des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński, gegenüber Deutschland. Er sieht in der nach 1989 entstandenen polnischen Republik ein Kondominium Deutschlands und Russlands.

Deutschlands dominierende Rolle in Europa will er zurückdrängen, indem er auf die enge Zusammenarbeit mit den mitteleuropäischen Nachbarn setzt, quasi Vise-grád-Integration gegen das Weimarer Dreieck und Kerneuropa. Diese neue, gegenüber Deutschland distanzierte Politik soll Polens Stimme deutlicher zur Geltung bringen und ein Europa der souveränen Nationen stärken. In der Konsequenz bedeutet diese Philosophie eine Abkehr von der vor einem Vierteljahrhundert begründeten Politik der deutsch-polnischen Interessen- und Wertegemeinschaft, und dies (Ironie der Geschichte) pünktlich zum 25. Geburtstag des so existenziellen Nachbarschaftsvertrages.

Doch ganz so einfach lässt sich der Wandel der polnischen Deutschlandpolitik nicht vollziehen. Deutschland ist mit Abstand der größte Handelspartner Polens, Kaczyńskis Kondominium-These teilt nur eine Minderheit der Polen, und Polesis wäre ein unter Polen angesichts der neoimperialen Ambitionen Moskaus vollkommen unpopuläres Politikkonzept. Die PiS-Regierung befindet sich also im Widerspruch zwischen ihrer programmatischen Distanz gegenüber dem deutschen Nachbarn und der realen positiven Bedeutung der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau werden daher in kommenden Zeiten alles andere als konfliktfrei verlaufen. Blockaden, Passivität, Entfremdungen und Lähmungen, aber auch Pragmatismus und Gesprächs- sowie Kooperationsbereitschaft werden die deutsch-polnischen Beziehungen zwischenzeitlich prägen.

Die Europäische Volkspartei

Vierzig Jahre in Europas politischer Mitte

HANS-GERT PÖTTERING

Geboren 1945 in Bersenbrück, Mitglied des Europäischen Parlaments (1979–2014), Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999–2007), Präsident des Europäischen Parlaments (2007–2009), Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In diesem Jahr feiert die Europäische Volkspartei (EVP) ihr vierzigjähriges Bestehen. Das Jubiläum erinnert an die Gründungsveranstaltung einer europäischen Partei, deren Vorgängerorganisationen und deren führende Köpfe bis dahin bereits über zwanzig Jahre, seit Beginn der Europäischen Integration, am europäischen Einigungsprojekt mitwirkten. Am

8. Juli 1976 wurde einer von ihnen, Leo Tindemans, der belgische Ministerpräsident, in Luxemburg zum ersten Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei gewählt. Als europapolitischer Sprecher der Jungen Union Niedersachsen war es mir vergönnt, den Moment der Gründung der EVP im sechsten

Stockwerk des Schuman-Gebäudes mitzuerleben. Diese Erfahrung sollte dann auch den Beginn meines politischen Wirkens auf europäischer Ebene bedeuten. Drei Jahre später – 1979 – wurde ich bei den ersten Wahlen als Abgeordneter ins Europäische Parlament gewählt und war fortan bis zu meinem Ausscheiden 2014 Mitglied der EVP-Fraktion. Tiefe Dankbarkeit erfüllt mich für diese Zeit. Am 8. Juli 1976 wäre es für mich unvorstellbar gewesen, dass ich von 2007 bis 2009 der zwölfte Präsident des direkt gewählten Europäischen Parlaments werden sollte.

Dankbarkeit besonders dafür, teilzuhaben an dem langen Weg, den die Europäer zurückgelegt haben: von einem Kontinent der Feindschaft zu einer Europäischen Union, die sich gründet auf gleiche Werte und Prinzipien. Dass heute über 500 Millionen Menschen aus 28 Ländern auf der Grundlage der „Einheit in Vielfalt“ zusammenleben, ist eine einzigartige Errungenschaft. Die Europäische Volkspartei hat mit ihren Vertretern maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Und auch wenn die Idee einer europaweiten christdemokratischen Partei weitaus älter ist, als ein vierzigjähriges Jubiläum den Anschein gibt, sollte dieser Jahrestag zum Anlass genommen werden, um sich auf die Grundlagen der heutigen bürgerlichen Parteienfamilie zu besinnen. Denn wie die CDU in Deutschland vereinigt die EVP christliche, soziale, liberale und konservative Überzeugungen.

„NICHT STAATEN VEREINIGEN WIR, SONDERN MENSCHEN“

Der Rückblick auf die Geschichte zeigt, dass es gerade in ihrem christlichen Glauben verbundene Politiker wie Robert Schuman, Jean Monnet, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer waren, die nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs begannen, ein gemeinsames Europa aufzubauen. Ihr großes Anliegen war es, die lange verfeindeten Nationen zu versöhnen und weitere Kriege durch eine enge Verflechtung unmöglich zu machen. Bei ihren Visionen stand dabei stets der Mensch im Vordergrund. Diese Sichtweise spiegelt sich in dem Satz Jean Monnets: „Nicht Staaten vereinigen wir, sondern Menschen.“ Der Fokus auf den Menschen und dessen Würde, nicht auf den Staat, ist eine Grundlage der Christdemokratie, die noch heute das Profil der Europäischen Volkspartei prägt.

Als Europäer und Christdemokraten können wir daher stolz sein, dass das Versöhnungs- und Einigungswerk Europas mit diesem Leitgedanken begann. Dabei wussten alle – und das gilt auch heute: Die europäische Einigung muss immer wieder neu errungen werden. Konrad Adenauer hat es in der letzten außenpolitischen Rede seines Lebens am 16. Februar 1967 in Madrid treffend gesagt: „In unserer Epoche dreht sich das Rad der Geschichte mit ungeheurer Schnelligkeit. Wenn der politische Einfluss der europäischen

Länder weiterbestehen soll, muss gehandelt werden. Wenn nicht gleich die bestmögliche Lösung erreicht werden kann, so muss man eben die zweit- oder drittbeste nehmen. Wenn nicht alle mittun, dann sollen die handeln, die dazu bereit sind.“ Diese Worte Konrad Adenauers haben auch heute noch uneingeschränkte Gültigkeit. Und wir dürfen niemals vergessen: Wie alles Menschliche bleibt auch die europäische Einigung unvollkommen, ja gefährdet. Sie erfordert zu jeder Zeit Einsatz und Anstrengungen. Der Glaube daran, es bleibe oder werde schon alles gut, reicht nicht.

FÖRDERER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER IDEEN

Die ersten direkten Wahlen des Europäischen Parlaments waren es dann, die den Anreiz zur Gründung der Europäischen Volkspartei gaben: Denn der damals lose existierende Dachverband christdemokratischer Parteien, die „Europäische Union Christlicher Demokraten“ (EUCD), war den Anforderungen einer europäischen Parlamentspartei nicht gewachsen. Die neu gegründete EVP sollte demnach die Plattform für die parlamentarische Zusammenarbeit der in ihr organisierten nationalen Parteien sein – vor allem im Hinblick auf eine effiziente und geordnete Arbeit der Fraktion im Europäischen Parlament. Der Name „Europäische Volkspartei“ war dabei kein Zufall: Mit ihm wurde ein wesentlicher Bestandteil der künftigen Ausrichtung angezeigt, denn von Anfang an sollte die Integration von Parteien mit unterschiedlichen politischen Traditionen ermöglicht werden. Heute sind 75 Mitgliedsparteien aus vierzig Staaten in der EVP vertreten. Die Europäische Volkspartei hat sich somit seit ihrem Bestehen nicht nur zu einer Parlamentspartei innerhalb der Europäischen Union entwickelt, sondern tritt auf dem gesamten Kontinent als Förderer christdemokratischer Ideen auf. Insbesondere in den mittelost-europäischen Staaten hat die Europäische Volkspartei eine entscheidende Rolle bei der Transformation und Modernisierung der Parteienlandschaften gespielt.

Fundament der Zusammenarbeit bürgerlicher Parteien in Europa ist die Christdemokratie. Sie wird in politischen Abhandlungen heute als Politik der Mitte, des Zentrums, bezeichnet. Nicht nur im philosophischen Sinne trifft diese Einordnung den Kern christdemokratischer Anliegen. Die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung, wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit, Kirche und Staat, Ökonomie und Ökologie, Vergangenheit und Zukunft, Nation und Europa – in all diesen Spannungsverhältnissen, die unsere Gesellschaft prägen, bildet die Christdemokratie die Mitte politischer Möglichkeiten. Alternativen, die eine einseitige Entscheidung zugunsten einer dieser Varianten fordern, sind dem christdemokratischen Verständnis somit fremd. Als Christdemokraten fühlen wir daher ein tiefes

Misstrauen gegen alle Formen des Radikalismus und Extremismus. Freiheit und Verantwortung sind die Grundlagen für die Gestaltung des Persönlichen, private Entfaltung und soziale Gerechtigkeit prägen die Soziale Marktwirtschaft, und Nation und Europa bilden die Grundlagen des Modells der europäischen Integration, die nicht dem Zentralismus, sondern dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist. Die Vorstellungen von Christdemokraten sind im Wesentlichen Modelle der Versöhnung und der Balance, die das allgemeine Interesse in der Gesellschaft zu ergründen suchen. Die politische Grundlage der Europäischen Volkspartei ist daher kein Zufall, sondern die logische Konsequenz unseres Denkens und unserer politischen Überzeugungen. Sie hat somit einen Weg genommen, der einerseits die Traditionen der Christdemokratie bewahrt, aber zugleich eine Öffnung hin zu säkularen Parteien der politischen Mitte ermöglichte. Auf diese Weise ist die Europäische Volkspartei die stärkste Kraft im Europäischen Parlament geworden und hat diese Position bereits mehrfach behauptet. Von 1999 bis 2007 durfte ich diese stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament als ihr Vorsitzender führen.

WERTE IN DEN KONTEXT DER GEGENWART STELLEN

Unsere politische und moralische Aufgabe für die Zukunft besteht nun darin, das Erbe unserer christlich-demokratischen Überzeugungen zu wahren und unseren Werten treu zu bleiben: der Einigung unseres Kontinents auf der Grundlage der Würde des Menschen, der Freiheit, des Friedens, der Demokratie, des Rechts sowie der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität. Im Zuge zunehmender Säkularisierung verringert sich die Stammwählerschaft christdemokratischer Parteien. Es gilt daher, die Werte unserer Parteienfamilie in den Kontext der heutigen Zeit zu stellen und sie auch gegenüber Kritikern unserer Politik entschlossen zu verteidigen. Wenn die Vertreter der Europäischen Volkspartei ihre Politik an diesen Grundwerten ausrichten, wird die EVP auch in Zukunft Europa entscheidend mitgestalten.

Die Zukunftsfähigkeit hängt jedoch auch von der Fähigkeit zur Anpassung an neue Herausforderungen ab. Dies war stets die Stärke der Europäischen Volkspartei, geht ihre Gründung doch bereits auf eine solche Notwendigkeit zurück. In den vergangenen Jahrzehnten hat sie zudem mehrere Zusammenschlüsse und Trennungen überstanden. Ein derart großes Bündnis mit unterschiedlichen politischen Parteien unterliegt einem ständigen natürlichen Wandel. Zukunftsfähigkeit heißt somit auch Handlungsfähigkeit in den eigenen Reihen. Die Europäische Volkspartei im 21. Jahrhundert muss daher in ihren Entscheidungsfindungen immer wieder Handlungsfähigkeit beweisen. Dies erfordert nicht zuletzt die Bereitschaft der Mitgliedsparteien,

sich der gemeinsamen europäischen Sache zu verschreiben. Mitgliedschaften von Parteien, die sich gegen Zusammenarbeit und die Ideale der Europäischen Volkspartei wenden, darf es in der EVP nicht geben.

MIT MUT UND WEITSICHT UMSETZEN

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, wenn die meisten Politiker nicht mehr daran glauben, dass ein Ziel erreichbar ist, dann begänne erst die richtige Arbeit. Dies ist auch meine Erfahrung. Die Wahrnehmung Konrad Adenauers gilt in ganz besonderer Weise für das europäische Einigungsprojekt und die Arbeit einer europäischen Parteienfamilie. Die europäische Politik hat heute die wohl größten Herausforderungen seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 zu bewältigen. Die Fragen der Einwanderung und die Bekämpfung des Terrorismus sind dafür nur einige Beispiele. Wir dürfen dabei niemals vergessen, dass die Würde jedes einzelnen Menschen immer im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns stehen muss. In der Bewahrung und Durchsetzung unserer Werte und Überzeugungen sind schließlich Mut und Weitsicht notwendig – innerhalb und außerhalb der Europäischen Volkspartei. Die kleinen Schritte sind dabei ebenso bedeutsam wie große Entscheidungen. Wichtig ist und bleibt, dass die Richtung stimmt: ein Europa der politischen Mitte, das sich auf Freiheit, Frieden und Einheit gründet.

Neuer Aufstieg

Die deutsche Exzellenzinitiative für die Universitäten setzt ihren Erfolg fort

PETER FRANKENBERG

Geboren 1947 in Bad Honnef, von Oktober 1994 bis 2001 Rektor der Universität Mannheim, von 2001 bis 2011 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Vorstand der Heinrich-Vetter-Stiftung.

Ziel der deutschen Exzellenzinitiative für die Universitäten ist es, einzelne deutsche Spitzenuniversitäten und Fakultäten in der weltweiten Gruppe herausragender staatlicher Einrichtungen sichtbarer zu

machen und in entsprechenden Rankings zu platzieren. Ein strukturelles Problem der deutschen Universitäten, das sie seit ihrer Gründungsphase beherrscht, ist das Lehrstuhlprinzip: „My chair is my castle!“ Dies hat bekanntlich zur inneren Versäulung der deutschen Universitäten geführt, die durch die äußere Versäulung der deutschen Forschungslandschaft zementiert wurde.

Neben der universitären Forschung spielen die großen Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft oder

die Helmholtz-Gemeinschaft eine führende Rolle. In der Nachkriegszeit strebten die US-Universitäten an die Weltspitze, konnten sich Oxford und Cambridge und mit ihnen andere englische Spitzenuniversitäten weiterentwickeln; es kamen Spitzenuniversitäten in Ostasien und Australien dazu und bildeten eine starke Konkurrenz zu den deutschen Universitäten.

Die 68er-Jahre bedeuteten einen Einbruch in der deutschen Universitätsentwicklung. Das Aufbegehren gegen verkrustete hierarchische Strukturen führte jedoch weder zu einer größeren Autonomie der Institutionen noch zu einer Verbesserung der Governance, sondern überwiegend zu kaum noch entscheidungsfähigen Institutionen; es schmälerte auch keineswegs die staatlichen Eingriffsrechte. Dazu kamen zwei weitere entscheidende und verheerende Veränderungen des deutschen Universitätssystems, die letztlich zu einem weiteren Abstieg der deutschen Universitäten im internationalen Vergleich führten.

ZWEI FEHLENTSCHEIDUNGEN

Dies war zum einen der Öffnungsbeschluss, das heißt die Öffnung der Universitäten im Rahmen einer breiten Akademisierung für einen möglichst großen Anteil der Abiturienten eines Jahrgangs. Diese Entwicklung führte zur Massenuniversität, zu reduzierter Forschung und schlechten Ausbildungsrelationen. Die Alternative wäre gewesen, berufsnahe akademische Ausbildungssysteme, also Fachhochschulen, in allen Fächern für eine möglichst große Zahl von Studierenden auszubauen und die Universitäten auf ihre zentrale Rolle in Forschung und Lehre zu beschränken.

Eine zweite gravierende Fehlentscheidung waren die sogenannten Überleitungen von Mitarbeitern auf Professorenstellen. Damit wurden die Qualitätskriterien für Berufungen auf Professorenstellen aufgegeben – mit nachhaltig negativen Folgen. In weiteren Berufungskommissionen dominierten nun die Übergeleiteten, womit eine Bestenauslese für Lehrstühle verhindert wurde. Diese Verfahren wurden nach Ländern unterschiedlich gehandhabt, wie auch die Hochschulgesetze trotz der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes von Land zu Land variierten. Insgesamt entwickelte sich ein Vorteil für die Hochschulstrukturen der süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg.

Waren nun alle deutschen Universitäten nur Mittelmaß, bevor die Exzellenzinitiative gestartet wurde? Durchaus nicht! In der Lehre hatten sie gleiche, überwiegend schlechte Bedingungen mit ungünstigen Betreuungsrelationen und übten in der Mehrzahl kein Recht zur Auswahl von Studierenden aus. Aber in der Forschung gab es große Unterschiede in der Leistungsfähigkeit von Fakultäten und Universitäten, wie die Förderstatistik der Deutschen Forschungsgemeinschaft belegt.

Bereits vor der Exzellenzinitiative kam es zu ersten Initiativen nachhaltiger struktureller Reformen, die die Voraussetzungen für unternehmerische und damit autonome Universitäten gewesen sind. Sie waren die Grundvoraussetzungen für eine im internationalen Kontext gesehene Wettbewerbsfähigkeit deutscher Universitäten. Das Land Niedersachsen ergriff die Initiative zur Bildung von Stiftungsuniversitäten. Die Universität Mannheim und die Technische Universität München konnten sich mit ihren Strukturen den internationalen angelsächsischen Gegebenheiten

anpassen und sich durch eine klare Trennung von Entscheidung und Kontrolle sowie einer eindeutigen Zuordnung von Verantwortlichkeit die Basis für eine größere Autonomie verschaffen.

DIE ZIELE WURDEN ERREICHT

Diese Autonomie ist die Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Institution Hochschule. Denn nur wenn sich Universitäten selbstbestimmt entwickeln können und aus eigener Initiative nach vorn streben, Schwerpunkte setzen und vor allen Dingen im Forschungsbereich die internationale Konkurrenz annehmen können, dann werden sie sichtbare und internationale Exzellenzuniversitäten sein können.

Die Exzellenzinitiative begann mit einer Idee des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und der Fachministerin Edelgard Bulmahn. Sie zielten auf die Bundesförderung einiger weniger attraktiver Spitzenuniversitäten. Allerdings war ihnen wenig bewusst, dass die Verfassung eine Mitwirkung des Bundes bei Universitäten auf Forschung reduzieren und letztlich auf ein Projektvorhaben beschränken müsse. Die folgenden Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern führten einvernehmlich zu einer dreigliedrigen Struktur der Exzellenzinitiative mit dem Ziel der Förderung vor allem forschungsstarker Fakultäten durch Graduiertenschulen und Forschungscluster. Die Förderung von sogenannten Spitzenuniversitäten, also ganzen Institutionen, wurde durch eine sogenannte dritte Linie dargestellt, die sich auf Zukunftsperspektiven beschränkte.

Aufgrund der grundgesetzlichen Einschränkungen musste es bei zeitlich begrenzten Vorhaben bleiben, sodass eine nachhaltige Förderung der Institutionen damals nicht möglich gewesen ist. Dies wurde erst für die jetzt anstehende neue Runde der Exzellenzinitiative durch die Reform des Grundgesetzartikels 91 b möglich und wird damit nach 2017 umgesetzt werden.

Im Prinzip ist die Exzellenzinitiative während der ersten beiden Runden, die bis einschließlich 2016 gefördert haben, unverändert geblieben. Nach einer sehr sorgfältigen Bewertung durch den Wissenschaftsrat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die „Imboden-Kommission“ der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz sowie eine Arbeitsgruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Exzellenzinitiative trotz der relativ geringen Mittel in den ersten beiden Phasen ihre Ziele vollkommen erreicht: Die Mittel betragen etwa nur den halben Etat der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, dennoch konnte die äußere Versäulung der Wissenschaft deutlich reduziert werden. Bei der Hälfte der Forschungscluster sind außeruniversitäre Einrichtungen, vor allem die Max-Planck-Gesellschaft, beteiligt. Die Bildung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) ist ein Paradebeispiel des Erfolges der Exzellenzinitiative. Dazu kommen verschiedene Forschungscampi, wie derjenige von Göttingen oder die Verbindung des Helmholtz-Zentrums Jülich mit den Universitäten Köln und Bonn. Die Sichtbarkeit deutscher Spitzenuniversitäten wurde erhöht. Sie stiegen in den internationalen Rankings beziehungsweise waren dort zum ersten Mal vertreten. Viele junge deutsche Wissenschaftler kehrten vor allem aus den

USA nach Deutschland zurück. Es gelang, internationale junge Wissenschaftler in die Graduiertenschulen einzubeziehen.

Neben der Forschung wurde die Lehre in den Universitäten internationaler, eine Vielzahl englischsprachiger Studiengänge wurde und wird angeboten, folglich werden die deutschen Universitäten auch zunehmend international von Studierenden wahrgenommen und nachgefragt.

NACHHALTIGE FÖRDERUNG AB 2017

Die neue Phase der Exzellenzinitiative von 2017 greift diese erfolgreichen Elemente auf. Die Graduiertenschulen sind inzwischen Regel an deutschen Universitäten geworden und können damit in die Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft überführt werden. Die Forschungscluster werden flexibler gehandhabt, weisen eine längere Dauer auf und könnten sogar aus dem Projektcharakter in eine nachhaltige Finanzierung überführt werden. Die Exzellenzuniversitäten, welche als ganze Institutionen gefördert werden, können nun nachhaltig ihre Spitzenposition im internationalen Wettbewerb einnehmen und sogar verbessern oder verteidigen.

Eine herausragende Universität zeichnet sich jedoch zudem dadurch aus, dass sie herausragende Professorinnen und Professoren beruft und eine Bestenauswahl von Studierenden möglich ist. Solange diese Möglichkeiten nicht gegeben sind, werden in der Forschung „Spitzenuniversitäten“ genannte Einrichtungen diesem Anspruch in der Lehre nicht gerecht werden können. Die viel zu hohe

Lehrbelastung an deutschen Forschungsuniversitäten ist im internationalen Kontext nicht wettbewerbsfähig.

Es gibt international kaum Spitzenuniversitäten, die keine Studiengebühren erheben. Ohne Studiengebühren wird die Grundfinanzierung auch der deutschen Spitzenuniversitäten auf Dauer defizitär bleiben. Niemand denkt an prohibitive Gebühren, aber doch an einen Beitrag der Studierenden zu den Kosten der Universität mit entsprechenden ordnungspolitischen Schlussfolgerungen.

Ein weiteres Problem ist die immer noch unzureichende Autonomie der Universitäten in vielen Bundesländern. Am besten ist diese Autonomie in Baden-Württemberg realisiert worden. In Nordrhein-Westfalen hat es einen erheblichen Autonomierückbau gegeben, auch Bayern entwickelt sich neben der Technischen Universität München zu einer autonomen Hochschul- und Universitätslandschaft. Aber gerade die Finanzministerien müssten Eingriffsrechte aufgeben, dazu gehören Stellenpläne und damit auch die Einführung von Globalbudgets für Gehälter und Pensionen.

In der Personalstruktur gibt es ebenfalls wichtige Stellschrauben, die korrigiert werden müssten. Der gesamte wissenschaftliche Bereich unterhalb der Professoren- und Professorinnenebene ist problematisch. Es gibt nur zeitlich befristete Stellen. Alle Stellen in Dauerstellen umzuwandeln, würde das System blockieren. Auf der anderen Seite gibt es zu wenig Karriereperspektiven, kaum eine Planbarkeit akademischer Karrieren; so wächst die Bereitschaft vieler junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dieses gerade im angelsächsischen Bereich zu suchen. Zum ersten Mal begegnet man

diesem Phänomen mit wirklichen Tenure-Track-Strukturen – am beispielhaftesten an der Technischen Universität München und auch in den Hochschulgesetzen des Landes Baden-Württemberg. Jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Karriereperspektiven zu eröffnen, ist aber die Voraussetzung dafür, sie im System der deutschen Universität zu halten und dieses System für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiv zu machen. Alle soziologischen Leistungsstudien von Universitäten belegen, dass gerade eine hohe ethnische Mischung von Forschungsteams und die Beteiligung beider Geschlechter die Grundvoraussetzung von Höchstleistungen in der Forschung ist. Warum sollte es in Deutschland nicht möglich sein, Verträge unterhalb der Professorebenen so zu gestalten, dass sie weder statisch auf Lebenszeit ausgerichtet sind noch zeitlich strikt befristet werden? Man dürfte den Institutionen eine angemessene Entscheidung im Einzelfall durchaus zutrauen!

Eine weitere Problematik hat sich aus der ersten Föderalismusreform ergeben: Die Übertragung der Bauzuständigkeit allein auf die Länder hat dazu geführt, dass in den Ländern zunehmend weniger Mittel für den Hochschulbau bereitgestellt worden sind. Eine Korrektur könnte etwa eine Art Deutsche Hochschulbaugemeinschaft vornehmen, in die alle Länder und der Bund einzahlten und die dann nach objektiven Kriterien Mittel vergeben sollte.

HAUSAUFGABEN FÜR DIE LÄNDER

Für die Länder muss gelten, dass auch sie noch einige Voraussetzungen für die Entwicklung von Spitzenuniversitäten zu erfüllen haben. Dazu gehört eine ausreichende Grundfinanzierung aller Hochschulen, damit das deutsche Hochschulsystem nicht aus der Balance gerät. Außerdem müssten die Länder zu den so wichtigen Programmpauschalen, die alle forschungsstarken Hochschulen unterstützen, ihren Anteil beitragen und diese Programmpauschalen entsprechend auf mindestens vierzig Prozent erhöhen. Und letztlich wäre es auch wichtig, dass die Länder im internationalen Kontext wettbewerbsfähige Gesetze erlassen, die den Hochschulen möglichst große Freiräume einräumen, sich selbst zu definieren, zu strukturieren und damit auch Entscheidungswege ermöglichen, die klare Verantwortlichkeiten zuweisen, die Kontrolle durch nicht Betroffene beinhalten und die die Universitäten in die Lage versetzen, selbst gravierende Strukturentscheidungen zu treffen. Das ist die mögliche und notwendige Voraussetzung für eine Fokussierung auf ihre besten Leistungsbereiche, ohne dass einige Universitäten ihren Anspruch von Voll-Universitäten aufgeben.

„Gütig, knitz, witzig“

Zum Tode von Lothar Späth (* 16. November 1937, † 18. März 2016)

Lothar Späth starb am 18. März 2016. Die Trauerfeier und der anschließende Staatsakt fanden am 30. März in der Stuttgarter Stiftskirche statt. Als Freund der Familie würdigte Günther H. Oettinger den Verstorbenen mit folgenden Worten:

„... wir nehmen Abschied von Lothar Späth und blicken mit großem Respekt, mit Wehmut und Dankbarkeit auf seinen Lebensweg zurück. In allen Bereichen des Arbeitslebens in der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Medien, in der Verwaltung und in der Politik kannte Lothar Späth sich aus. Er war in all diesen Welten zu Hause.

Er war Bürgermeister von Bietigheim, er war herausragender Regierungschef von Baden-Württemberg. Er hat Wissenschaft, Kunst und Forschung gefördert und gemocht und Hochschulen gegründet. Er war spät am Abend in den Medien und hat als Manager und als Ratgeber von der Neuen Heimat über die C. Baresel AG, Jenoptik, Merrill Lynch, von Holtzbrinck, Aurenz, Bizerba bis zu Herrenknecht für Arbeitsplätze und Wachstum viel erreicht.

Lothar Späth war rastlos. Ein hohes Arbeitstempo, eine schnelle Auffassungsgabe, ein rasanter Redestil. Das war er. Und er konnte ‚das Gras wachsen hören‘ – früher und besser als die meisten von uns. Er war ein Mann voller Kreativität, voller Überraschungen. So wurde im Jahr 1980 – nach seinem Wahlsieg – Gerhard Mayer-Vorfelder Kultusminister und Annemarie Griesinger nach Bonn abgeordnet. Er hat in seinem Kabinett die besten Frauen und Männer auf zum Teil überraschenden Posten gehabt. Er gründete nach Tschernobyl das erste Umweltministerium mit Erwin Vetter als neuem Minister in seinem Team.

Seiner Zeit war er einige Jahre voraus. Er wollte die Fusion von SDR und SWF im Jahr 1988, die Bankenfusion Mitte der 1980er-Jahre. Zehn Jahre später war es dann möglich. Er hat den Landtag mit seinen Ratgebern Wolfgang Gönnerwein und Hannes Retlich mit einer Kultur- und Kunstvision überrascht und später auch überzeugt. Er hat das Konzept und die Finanzierung der städtebaulichen Erneuerung vorgeschlagen, das Strukturprogramm für den ländlichen Raum kam ergänzend hinzu. Gemeinsam haben Lothar Späth und Erwin Teufel über Jahrzehnte unser Land geprägt: zwei sehr unterschiedliche Männer, die sich gegenseitig respektierten. Die Ergänzung tat Baden-Württemberg gut.

Lothar Späth war ein Mann großer Bürgernähe, der Menschen begeistern konnte. Er verfügte über unglaubliche Überzeugungskraft und Ideenreichtum. Er konnte einen schwindlig reden, aber auch zuhören. Er war neugierig, bis in die letzten Jahre hinein, wollte alles wissen, hat nachgefragt, war immer aufnahmebereit. Und er hat uns am Nesenbach die große, weite Welt erklärt. In Sitzungen konnte man unter seinem Sessel die Petrodollar-Ströme erkennen von New York bis Shanghai. Er war der Vorstandsvorsitzende der Baden-Württemberg AG und er war der Modernisierer Baden-Württembergs, der das Land für das nächste Jahrhundert fit gemacht hat. Lothar Späth war ein Mann des Dialoges über alle Parteigrenzen hinweg. Helmut Schmidt, Gerhard Schröder, Erhard Eppler, Dieter Spöri, Claus Weyrosta, Winfried Kretschmann, Rezzo Schlauch, Fritz Kuhn, Jürgen Molok, Hans-Dietrich Genscher sind nur einige Namen derer, die seinen Respekt genossen, mit denen er im Wettbewerb stand, aber auch für beste Lösungen bürgte. Er wollte der Zukunft auf die Spur kommen.

Lothar Späth hat seine Mitarbeiter unglaublich motiviert. Noch heute treffen sich die früheren parlamentarischen Berater und Sekretärinnen der Zeit, in der er Fraktionsvorsitzender war, 1972 bis 1978, und schwärmen von dieser schönsten, politischen Zeit. Oder das Staatsministerium mit Matthias Kleinert, Hans-Jochen Henke, Erich Griesinger – eine umwerfende Mannschaft. Sie kamen seinem Tempo kaum nach, aber wenn sie sein Tempo aufgenommen hatten, haben sie im Landtag immer für Wirbel und für Überraschung gesorgt.

Für mich war Lothar Späth Vorbild, Ratgeber und später auch Freund. Ich habe ihn im Jahr 1975 kennengelernt, als wir in einem Kreisverband, dem Kreis Ludwigsburg, zu Hause waren, er in Bietigheim, ich in Ditzingen. Er kam noch abends spät zu Kreisvorstandssitzungen, gegen halb elf, und spielte mit uns Skat – mit Matthias Kleinert und anderen Freunden. Er war zwar ein guter Skatspieler, aber ein schlechter Verlierer. Deswegen haben wir immer eine Stunde gespielt: Wenn er nach einer Stunde hinten lag, gegen uns Studierende, wurde der Einsatz verdoppelt. Noch eine Stunde. Spätestens nach der vierten Stunde war unser Taschengeld zu Ende, er gewann und zog zufrieden nach Hause.

Oder die Kelter von Bietigheim, legendäre Abende mit ihm – später in Jena! Und gerade in den letzten Jahren war er für die Elefantenfreunde beim Tennis und danach beim Gespräch oder beim Skat immer jemand, bei dem man sich wohlfühlte. Er hat Wärme und Wohlbefinden ausgestrahlt. Das Porträtfoto hier in der Kirche bringt eigentlich Lothar Späth heute zum Leben zurück, zeigt ihn genauso, wie er in den letzten Jahren war: gütig, knitz, witzig, ein bisschen Schalk und trotzdem sehr, sehr wissbegierig und kenntnisreich.

Er hat großartige Wahlerfolge erlebt, aber auch Tiefen wie auf dem CDU-Parteitag in Bremen 1989 und sein Ausscheiden zwei Jahre später durchlitten; aber er stand immer wieder auf. Daher war er ein Vorbild und ein Freund. Sein Lebenswerk für Baden-Württemberg hat Bestand. Ehren wir es! Euch, liebe Familie Späth, wünschen wir in diesen Tagen viel Kraft.“

Günther H. Oettinger
Ministerpräsident a. D., EU-Kommissar für
die digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Der Feindiagnostiker

Michael Kleeberg erhält den Literaturpreis
der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter
des Referates Literatur der Konrad-
Adenauer-Stiftung Sankt Augustin
und außerplanmäßiger Professor für
Neuere deutsche Literatur und ihre
Didaktik an der Universität zu Köln.

Martin Heidegger – ein Salonlöwe? Richard
Wagner schreibt eine Arbeiter-Oper? Aristide
Briand und Gustav Stresemann diskutieren
mit T. S. Eliot und den Brüdern Mann, und
das alles im friedlichen Berlin der 1930er-
Jahre – geht's noch?, so haben Rezensenten ge-
fragt. Ja, im Roman schon! Zumal, wenn der

Autor ein so findiger Kopf wie Michael Kleeberg ist. Getreu dem Diktum
Golo Manns, dass die Geschichte Erzählung sei, bürstet er deutsche Ge-
schichte gegen den Strich. *Ein Garten im Norden* (1998) entwirft ein kontra-
faktisches Bild vom 20. Jahrhundert und fragt nach den Voraussetzungen,
unter denen es womöglich hätte besser sein können, als es in der traurigen
Wirklichkeit war. Das ist keine Geschichtsspekulation, sondern einer der
„ernsten Scherze“ (Johann Wolfgang von Goethe), die sich die Erinnerungs-

literatur leistet. Kleebergs Romane schlagen Profit aus der Freiheit des Denkens und der Imaginationskraft des künstlerischen Gedächtnisses.

Natürlich ist der am 24. August 1959 in Stuttgart geborene Autor, der von 1978 bis 1982 Politische Wissenschaften und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg und Visuelle Kommunikation an der Hamburger Hochschule der Bildenden Künste studiert hat, klug genug, um die Gewichte zwischen Fakten und Fiktion so zu verteilen, dass seine Bücher auf ganz verschiedene Weise gelesen werden können. Die einen schätzen sie als Gründerzeitromane der Berliner Republik, als feindiagnostische Gesellschafts- und Zeitromane. Andere würdigen das epische Geschick, mit dem der Autor „in der Erinnerung Vergangenheit in Bewegung setzt, sie im Gedächtnis derer, die sich auf Erinnerung einlassen, befestigt und so zu einem Teil unserer gesellschaftlichen Identität macht“ (Wolfgang Frühwald).

Die Spannung zwischen Gegenwart und Geschichte ist die Quelle, der Kleebergs Erzählen entspringt. Der erste Prosaband, *Böblinger Brezeln* (1984), steht unter dem Einfluss der Kurzgeschichten Hemingways. Die Erzählung *Der saubere Tod* (1987), eine kuriose *Coming of age*-Geschichte aus den 1980er-Jahren, spielt im Kreuzberger Jugendmilieu. Ein junger Mann kommt nach Berlin. Er will „binnen eines Jahres Geld, eine große Altbauwohnung und einen Sportwagen“ besitzen. Am Ende wird ihm der Prozess gemacht, auf Rauschgifthandel und Mord lautet die Anklage.

WESTLICHE „IDENTITÄTSMÜDIGKEIT“

Es geht um die „Identitätsmüdigkeit“ des westlichen Menschen und um die „Selbstverständlichkeiten von durchschnittlichem Leben“, wie der Autor erklärt. Diesen Blick weitete Michael Kleeberg in dem Entwicklungsroman *Proteus, der Pilger* (1993) und seinem Band *Der Kommunist vom Montmartre* (1997) auf die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Es ist eine liebevolle, aber skeptische Perspektive auf die Dinge, die gelassen ist und souverän. Der Erzähler entscheidet sich „für den Überblick und gegen das Eintauchen“.

Der Garten im Norden markierte den Durchbruch im Werk. Dabei ist der Roman weit mehr als eine „staatsbürgerliche Wegweisung“ für die Berliner Republik, wie es in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß. Der Roman enthält eine „historische Tiefendimension“ (Erhard Schütz). Sie besteht, angelehnt an Thomas Manns *Faustus*-Roman, in dem Versuch, dem „Verhängnis“ der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert ein Alternativmodell entgegenzustellen, in dem die mitteleuropäische Geschichte auch einmal – ohne Krieg – gut gehen kann. Mit dieser Lizenz zum Erfinden einer „anderen“ als der historischen Erinnerung lässt Kleeberg eben Martin Heidegger nicht als kurzzeitigen Nazi-Ideologen auftreten, sondern als tangotanzenden Populärphilosophen.



© picture alliance / Erwin Elsner

Mit seinen Romanen *Karlmann* (2007) und *Vaterjahre* (2014) beschreibt Michael Kleeberg das unscheinbare Glück des deutschen Mittelstands und den epikureischen Trost der Dinge. Charly Renn, genannt Karlmann, ist ein Mann inmitten einer zweiten Ehe und eines neuen Berufs, der es gewohnt ist, zu handeln, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er agiert, infrage zu stellen. Das übernimmt der Erzähler – und mit ihm der Autor, der ein augenzwinkerndes Interview mit seiner eigenen Figur geführt hat (anzuschauen auf YouTube) und bekennt, dass er an Männern am meisten „Selbstironie“, an Frauen die „Ausstrahlung“ schätze:

„Als Zwanzigjähriger [...] will man die Welt retten und die schöne Blondine aus dem Nachbarhaus besitzen. Als Vierzigjähriger lässt man die Welt Welt sein und hat die Blondine geheiratet. Wer das nicht geschafft hat, sagt seiner dunkelhaarigen Frau, sie solle sich die Haare färben lassen.“

So lässt Kleeberg seinen „Karlmann“ zum nichtintellektuellen Lebenskünstler reifen, zu einem Helden des Einverständnisses, der die Windungen und Wendungen der deutschen Gesellschaft in den 1980er- und 1990er-Jahren zwar nicht versteht, aber durch und durch erfährt.

ZERREISSPROBE DER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT

Ein dritter Teil, der diesen Durchschnittsbürger ohne metaphysische Neigungen ins neue Jahrhundert geleitet, soll das epische Projekt abschließen. In der Zwischenzeit bereitet Kleeberg seine Frankfurter Poetik-Vorlesungen vor – und hat er den Roman *Das amerikanische Hospital* geschrieben. Erzählt wird die Begegnung des von Panikattacken gequälten Irakkriegsveteranen David Cote mit der Französin Hélène, die unter ihrem unerfüllten Kinderwunsch leidet. Die Konstellation zerrissener Lebensgeschichten ist zugleich eine Zerreißprobe der westlichen Wohlstandsgesellschaft. Es ist kein Zufall, dass der Autor sein Paar 2005 durch Paris streifen lässt. Die von Streiks und Chaos erschütterte Stadt wird zum Spiegelbild einer Gesellschaft, die durch die Beschleunigung des Fortschritts aus der Bahn geworfen wird: „Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Ghettoisierung, Rückbau des Sozialsystems, Rückzug des Staates, zerfallende Familien, Schulversagen, Unbildung, Kriminalisierung, Selbsthaß“ – der Autor lässt kaum eines der zeitbewegenden Themen aus.

Paris steht auch im Brennpunkt der jüngsten Essays von Michael Kleeberg. Der Autor hat sich als „Mutbürger“ ohne Aktualitätszwang über seine Zeit gebeugt und in ihre Abgründe geblickt. So verglich er im Februar 2015, nach dem Attentat auf die Redaktion der Pariser Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*, die Geschichte der jüdischen und der islamischen Minderheit in der französischen Gesellschaft. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* berichtete er im Mai 2015 über das kafkaeske Gleichgewicht von Repression und Fortschritt im Iran. Im *Libanesisch[e]n Tagebuch* (2004) beschreibt sich der Autor als politischer Erzähler seiner Zeit, „skeptisch, ironisch, der Freiheit mehr verpflichtet als der Gleichheit“.

Am 5. Juni 2016 wurde Michael Kleeberg, dessen Werke ins Albanische, Arabische, Dänische, Englische, Französische, Griechische, Japanische und Spanische übersetzt sind, in Weimar der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 verliehen. Ausgezeichnet wurde er, so die Begründung von Jury und Stiftung, als „Citoyen in der Tradition der deutsch-französischen Verständigung und als europäischer, politisch wachsamer Denker der Freiheit“.



Am 20. Juni 1991 entschieden sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung. Nahe dem Brandenburger Tor informierten sich Jugendliche in der Presse über das Ergebnis. Die Stimmenverteilung wurde zunächst mit 337 zu 320 Stimmen angegeben und wurde später auf 338 zu 320 Stimmen korrigiert.

© picture-alliance/dpa, Fotograf: Andreas Altwein



Piscita

Win! Ja!

Der Reiseproviant für Ihren Motor.

Castrol



Schüttelvorwarnung:
als Todeschützen
heute über
ihre Taten sagen

**Die Wahrheit
über meine
Verletzung**

**Krank
Was ich ab
1. Juli
zahlen muß**

Schon fünf Millionen reingelegt

Die nächste Ausgabe erscheint im August 2016
zum Thema

Populismus

Diagnosen zu einem Phänomen

Hierzu schreiben unter anderen Eckhard Jesse,
Matthias Jung, Patrick Moreau und Viola Neu.

IMPRESSUM

Nr. 538, Mai/Juni 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

**Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von**
Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistent: Cornelia Wurm

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

*Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhalts-
verzeichnis 2015 bei.*

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Cadenabbia und der Comer See

**Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische
Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung**
Reiseführer: Genießen, Wandern und Entspannen

*Ein MERIAN Solitaire –
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und TRAVEL HOUSE MEDIA
GmbH, 2016,
2. vollständig überarbeitete
Ausgabe*

*208 Seiten mit zahlreichen
Schwarz-Weiß-Fotos von
Adenauers Aufhalten am
See sowie aktuellen Bildern.
Stadtpläne von Como und
Bellagio, Straßenkarte
Comer See.*

ISBN 978-3-8342-2069-1

Preis: 14,99 Euro

*Bestellen Sie
versandkostenfrei bei der
Konrad-Adenauer-Stiftung
per E-Mail an
publikationen@kas.de oder
per Fax 0 22 41/24 65 22 64*

www.kas.de/reisefuehrer

Der erste Teil des Reiseführers erzählt die Geschichte des Sees, schildert Adenauers Aufenthalte in Cadenabbia, lässt Zeitzeugen zu Wort kommen und bietet Informationen über die Villa La Collina – damals Adenauers Feriendomizil, heute internationaler Ort der Begegnung und Hotel für Individualreisende.

Der zweite Teil blättert die vielfältigen touristischen Reize des Comer Sees auf: die Stadt Como, prunkvolle Villen und hübsche Dörfer, das malerische Bellagio u. v. m. Sechs Wanderungen führen zu jahrhundertealten Stätten und eröffnen wundervolle Ausblicke.

Auf Wiedersehen in Cadenabbia!



**Konrad
Adenauer
Stiftung**